Historische Tatsachen Nr. 19

Dipl. Pol. Udo Walendy

Die Einheit Deutschlands

1945: Ein englischer Soldat vor den Trümmern der Reichskanzlei.
Wann wird England über seinen Wahn ernsthaft nachdenken?

Historische Tatsachen Nr. 19 — Wissenschaftliche Zeitschrift —

Dipl. Pol. **Udo Walendy**

Die Einheit Deutschlands

Dieses Heft ist vor Drucklegung juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze oder maßgebende Richtersprüche verletzen.

"Ich habe nur ein Vaterland und das heißt Deutschland. Und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem besonderen Teil desselben angehöre, so bin ich auch nur ihm und nicht einem Teil desselben von ganzem Herzen ergeben."

Frhr. v. Stein

Neuerscheinung

Udo Walendy
Frieden schaffen mit Wahrheit
Eine wissenschaftliche Untersuchung wesentlicher Sachbereiche der jüngsten deutschen Geschichte

ca. 420 S., ill. Reg. Ln. DM 38,--

Dem Historiker ist neben der Aufschlüsselung zurückliegender Geschehenszusammenhänge als Aufgabe zugewachsen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich Wahrheit und Recht in der gegenwärtigen wie zukünftigen Politik durchsetzen! Die Gefahrenlage für die Menschheit ist zu groß geworden, als daß irgendwelche opportunistische Abstriche gemacht werden dürfen. Die v o l l e , nicht die "h a l b e" Wahrheit muß auf den Tisch!

Copyright
by
Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung

4973 Vlotho / Weser Postfach 1643

Konten des Verlages:
Postscheck Essen 116162 - 433
Postscheck Wien 7598.326
Kreissparkasse Herford G.st. Vlotho
Kto: 2535 (BLZ: 494 501 20)

Druck: Kölle Druck, 4994 Pr. Oldendorf

ZERSCHLAGUNG DES DEUTSCHEN REICHES

Die Auffassung, die Teilung und Zerstückelung Deutschlands sei eine Folge des Dritten Reiches oder der Politik Adolf Hitlers "zu verdanken", ist geschichtswidrig. Pläne zur Aufteilung Deutschlands hat es lange vor dem Nationalsozialismus gegeben.

Die Führungsgremien der Entente, also der alliierten Militärallianz während des Ersten Weltkrieges, haben bereits um das Jahr 1914 herum ihren politischen und militärischen Erwägungen Aufteilungspläne in bezug auf Deutschland zugrundegelegt. Diese wurden dann 1918/1919 nur zum Teil, aber dennoch in erschütternder Dramatik, verwirklicht. Eine bereits damals von französischen Führungskreisen anempfohlene und publizierte "Oder-Neiße-Linie" sowie Zerstückelung Deutschlands in eine Fülle von Provinzen bis hin zum thüringischen Rest-Deutschland kennzeichneten Mentalität, Schuld und Fernziel dieser Machtegozentriker.

Ihre maßgebenden Haßprediger waren keine "Anti--Nazis" oder "Antifaschisten", sondern eindeutige "Anti-Germanisten" und führten ihren abartigen Vernichtungswillen gegen Deutschland nicht etwa auf innen- oder außenpolitische Maßnahmen des Reiches zurück, sondern verkleideten ihre eigenen aggressiven Forderungen in frei erfundene Negativpostulate gegenüber dem deutschen Volk. Dies vielfach möglicherweise auch aus der Erwartung heraus, daß großmundige Redensarten notwendig seien, um im eigenen engen Wahlbezirk Stimmengewinne zu erzielen. Teilweise sind diese Töne schon seit der Jahrhundertwende bekannt.

Wir können diese Geschichte hier nur andeuten und dabei einige wenige Repräsentanten hervorheben, die auch den Zweiten Weltkrieg nachhaltig einleiteten und mitgestalteten:

Winston Churchill: Er betrachtete den Zweiten Weltkrieg als "30-jährigen Krieg gegen deutschen Angriff, beginnend mit dem Jahre 1914" [1] wobei der unterstellte "ständige Angriff" eindeutig verlogene Agitation darstellte. Wer weitere Beweise für Churchills Haßmentalität benötigt, prüfe in dem Buch des Verfassers "Wahrheit für Deutschland — Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 47 ff Weiteres nach.

Franklin Delano Roosevelt: Bereits während des Ersten Weltkrieges befürwortete er als Unterstaatssekretär der Marine die kriegerische Einmischung der USA in den europäischen Krieg, erprobte sich bereits an einem "Bedingungslosen Sieg der USA" und begleitete Präsident Woodrow Wilson zur Versailler Friedenskonferenz. Daß Deutschland nicht bereits damals vor den USA bzw. ihm in die Knie ging, hat ihn als Alptraum bis zu seinem Lebensende 1945 verfolgt. Ehrliche Friedensinitiativen, sachliche Sprachregelungen mit Deutschland, Respektierung des Selbstbestimmungsrechtes für das deutsche Volk oder auch nur seiner Interessensphäre im fernen Europa sind von F.D. Roosevelt, Präsident der USA vom April 1933 bis April 1945, nicht überliefert, hingegen vielfältige Belege für das genaue Gegenteil.

Robert Vansittart, Ständiger Unterstaatssekretär des britischen Foreign Office: Er rechnete die Deutschen zur Tierwelt, in die Raubvogelfamilie der Würger (butcher birds). Seinen "Haß" staute er bereits seit der Jahrhundertwende auf [2].

Henry Morgenthau jun. greift ebenfalls schon auf den Ersten Weltkrieg zurück [3].

Weitere, sich für die Gestaltung der menschheitlichen Politik "auserwählt" Dünkende — diese Motivation spielt leider eine nicht unbedeutende Rolle! — wie Nathan Kaufman und Louis Nizer, Ilja Ehrenburg und Genossen verwiesen auf die Deutschen als "Untermenschen", als "Halbaffen", als Geschöpfe, die keineswegs Menschen seien und die zu töten geradezu eine fortschrittliche Tat für die zivilisierte Menschheit sei.

Lenin und Stalin forderten spätestens seit 1917 die Unterwerfung Deutschlands als vordringliches Fernziel zwecks Ausbreitung der bolschewistischen Terrorherrschaft. Begriffe wie "Faschismus" oder "Nationalsozialismus" waren in der kommunistischen Ideologie überhaupt nicht vorgesehen!

Niemand von diesen Strategen bezog sich bei Konzipierung derartiger "Feindbilder" auf Fakten, auf konkrete, sachgerecht bewertete Handlungen des deutschen Volkes oder irgendwelcher seiner Führer, die womöglich zu Vorwürfen oder gar Verurteilungen hätten berechtigen können! Spätere Vorwürfe hinsichtlich der "deutschen Schuld" am Ausbruch des Ersten Weltkrieges entbehrten jeder sachgerechten Bewertung der dem Kriegsausbruch vorangehenden Zusammenhänge.

Schon im Ersten Weltkrieg und danach gab es in jenen entscheidenden Ländern mächtige Publizisten mit weltweit umspannender Reichweite, die unter Einsatz ihrer technischen Mittel ihre politischen Ziele zur Dif-

---

1) Schriftwechsel zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin 1941 - 1945", Moskau 1957 Band I, S. 204 , Schreiben Churchills an Stalin vom 27.2.1944

2) Der Spiegel v. 22.7.1964, S. 43 + Heinz Nawratil, "Vertreibungsverbrechen an Deutschen", München 1982, S. 121.

3) John Morton Blum, "From the Morgenthau Diaries — Years of War 1941 - 1945", Boston 1967, S. 332.

famierung und schließlichen Ausschaltung Deutschlands durchzusetzen suchten. In nicht nachlassendem Eifer lasteten sie dem deutschen Volk alle möglichen "Verbrechen" an und schreckten vor niederträchtigen Geschichtslügen nicht zurück.

So beschlossen die Sieger von Versailles, eine neue Völkerrechtsordnung einzuführen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Abschaffung von Geheimdiplomatie und Geheimverträgen beruhen sollte. So jedenfalls ihre Proklamationen. In Wirklichkeit haben sie dem deutschen Volk diese Grundsätze vorenthalten und ihm neben den zahllosen und unerbringlichen Reparaturleistungen Gebietsabtretungen auferlegt und Millionen Deutsche unter fremde Staatshoheiten gestellt und sie dort der wirtschaftlichen Enteignung und Landesvertreibung ausgesetzt. So viel Land wurde dem deutschen Volk entwendet, enteignet, wie es der Hälfte des britischen Insel-territoriums entspricht.

Großbritannien und Frankreich begnügten sich auch nicht nur mit einem "Vertrag" von Versailles -- der in Wirklichkeit ein Diktat war und unter Androhung militärischer Maßnahmen erzwungen wurde ---, sondern begründeten einen Völkerbund, der als internationales Aufsichtsorgan die dauerhafte Durchsetzung ihrer Forderungen von 1919 überwachen sollte.

National-egoistische Machtpolitik der Sieger begründete eine ebensolche Machtpolitik der kleinen Mitsieger. Das moralische Chaos war komplett. Jeder, der auf Deutschland schimpfte und damit Forderungen "begründete", wurde zum "Friedensfreund" und Verfechter der Interessen "der zivilisierten Völker".

Erst Jahre n a c h dem Ersten Weltkrieg bahnte sich jener Mann den Weg in die Politik, der den Widerstand gegen das offensichtliche Unrechts- und Imperial- und Ausbeutungssystem der Versailler Siegermächte auf sein Panier gesetzt hatte. Jene, die Treu und Glauben unter den Völkern zu Grabe getragen, verlogene und ungerechte Rechtsmaßstäbe zur Dauerentrechtung und -diskriminierung des deutschen Volkes international verankert haben — diese dann aber in vielfältiger Weise selbst sogar gebrochen haben (in der Grenzfrage, der Kolonialregelung, der Ruhrbesetzung, der Abrüstungszusage usw.) —, haben selbst die Zeichen gesetzt, die zum Ausbruch eines neuen europäischen Krieges führen mußten.

Genau diese Feststellungen haben bereits damals namhafte amerikanische, britische, französische, italienische Spitzenpolitiker und Publizisten getroffen (z.B. Lloyd George, der britische Premier, Raymond Poincaré, der französische Staatspräsident, Francesco Nitti, der italienische Ministerpräsident, Robert Lansing, der US-Außenminister unter Wilson, Lord Rothermere u.a.).

Adolf Hitler stand mit seinem Willen, diese dem deutschen Volk als Dauer-Schmach auferlegte internationale Regelung abzuwehren, nicht allein. Die Empörung des ganzen deutschen Volkes sowohl gegen das Versailler Verfahren als auch gegen die Zielsetzungen und Praktiken der über Rußland ausgreifenden Kommunisten war allgemein. Zu wehren versucht hatten sich viele, doch sie hatten es nicht verstanden, ihr Wollen politisch zu realisieren. Dieser Mann — Adolf Hitler — führte im Kampf gegen das von ihm vorgefundene Unrecht in Ost und West sein Volk erneut zu gleichberechtigter Größe zurück und errang den Respekt der Großen dieser Welt. Gegner wie Theodor Heuß verbreiteten sich publizistisch über "das Ethos der nationalsozialistischen Bewegung".

Ausländer wie Lloyd George oder Winston Churchill rühmten in bewundernswerten Worten nicht nur die Leistungen der nationalsozialistischen Führung, sondern auch das Glückempfinden des deutschen Volkes. Selbst Weltrevolutionär Stalin ließ sich darüber aus, "wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebe, wisse er sehr genau". Niemand sprach vom "Verbrecherstaat" oder "Verbrechersystem". Das sind dann spätere Vokabeln aus dem Arsenal der psychologischen Kriegführer und Kriegsfortsetzer, die von den gut dotierten Umerziehern begierig aufgegriffen wurden. Im Gegenteil, man verhehlte einst nicht, daß man froh war, im Herzen Europas zum Schutz der westeuropäischen Völker einen Damm errichtet zu sehen, der die weitere Ausdehnung des Bolschewismus nach Europa zu vereiteln versprach und in

Ihr Lebensinhalt: Haß gegen die Deutschen. Ihre politische Weisheit: "Tötet die Deutschen"!
Links: Lord Cherwell Rechts: Henry Morgenthau
Wegen "Volksverhetzung" hat der Staatsanwalt sie nicht belangt.

der Lage war.

Sind die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges sowie die Kriegsziele der Siegermächte in den Büchern des Verfassers "Wahrheit für Deutschland" und "Europa in Flammen 1939 - 1945" Bd. II substantiiert und beweiskräftig dargelegt worden, so sei hier zusammenfassend nur festgestellt: Weder Großbritannien noch die USA noch die Sowjetunion haben gegen Hitler-Deutschland Stellung genommen und beschlossen, die im Reich wiederhergestellte politische Macht erneut zu zerschlagen, weil sie dies für die Durchsetzung von Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit, Selbstbestimmungsrecht, Humanität, Demokratie oder als Maßnahme gegen Aggression, Diktatur oder "Tyrannei" für notwendig hielten. Motive, Zielsetzungen, Gründe waren grundsätzlich andere.

Großbritannien und die USA haben sich mit einer Macht verbündet und ihr zu Sieg und Expansion verholfen, die alles das, was man vorgab zu bekämpfen, in weitaus schärferer Konsequenz, ja in totaler Enteignung der Bevölkerung und blutigem Terror mit 30 - 40 Millionen Todesopfern allein bis 1939 durchgeführt und in ihrer Lehre und staatlichen Organisation verankert hat! Diese Länder und ihre Verbündeten können sich anschließend nach Bezwingung des gemeinsam erwählten Gegners nicht zu Recht darauf berufen, Vorgeschichte und Geschichte, Lehre und Praxis des Bolschewismus nicht gekannt zu haben!

Der Nationalsozialismus war zudem erst Jahre später in die politische Arena getreten, als Zielsetzung und Revolutionswirklichkeit der Bolschewiki sich in Rußland bereits durchgesetzt und in Deutschland vielerorts mit gleichermaßen gewaltsamen Methoden auszuweiten begonnen hatten. Der Bolschewismus ist somit kein Ergebnis der "bösen Deutschen" oder des "bösen Hitler" — in der marxistisch-leninistischen Ideologie ist Deutschland überhaupt kein Bezugspunkt! —, sondern im Gegenteil ist der Nationalsozialismus erst eine Reaktion auf den expansiven terroristischen Bolschewismus und auf die verlogene Politik der Versailler Mächte. Auch in den nachfolgenden Jahren waren jene Mächte in der Vorderhand geblieben, beherrschten sie — im Gegensatz zur Partei Hitlers oder auch des besiegten und zerrütteten Deutschland — doch Imperien, ganze Kontinente; und waren sie doch willens und z.T. in der Lage, das im Ersten Weltkrieg besiegte Deutschland wie eine Aktiengesellschaft zu verwalten und von allen Rohstoffen der Welt abzuschneiden bzw. abhängig zu halten.

Aus der Vorkriegs- und Kriegspolitik Großbritanniens bleibt hier nur auszugsweise festzustellen, daß die kriegstreibenden Londoner Strategen mit dem Hintergrundeinfluß Franklin Delano Roosevelts nicht nur Polen aufgewiegelt hatten, das "durch Deutschland gestörte Gleichgewicht Europas" wieder gewaltsam ändern zu helfen, sondern sie haben auch die Sowjetunion um dieses Zieles willen Pfänder im Baltikum, Polen und auf dem Balkan zugesichert. Damit haben sie ohne Not und Zwang Monate v o r Kriegsbeginn den Bolschewismus auf Kosten und gegen den Willen der osteuropäischen Völker nach Mitteleuropa hereingeholt.

Diese auf die Sowjetunion bezogenen Maßnahmen waren:

1. Einseitige Bezugnahme der Garantie an Polen auf die deutsch-polnische, nicht hingegen auf die gleichermaßen umstrittene polnisch-russische Grenze. Hinzu kam, daß Polen einseitig "ermuntert wurde, seine Beziehungen mit Deutschland zu kompromittieren" (Aussage des polnischen Botschafters in Paris, Lukasiewicz, vom 29.3.1939 in einem Bericht an seinen Außenminister), ohne jedoch von seinen "Freunden" ein Sicherheitsversprechen gegenüber der UdSSR zu erhalten.

2. Monatelange, von London angeregte Koalitionsverhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion mit der Absicht, die UdSSR in ein anti-deutsches Bündnissystem hineinzuziehen und mit dem Reich in einen militärischen Konflikt zu verwickeln.

3. Vertrag Großbritanniens, Frankreichs und Sowjetunion vom 24.7.1939, der zwar später nicht ratifiziert wurde, aber in dem die Absichten dieser Regierungen außerordentlich deutlich formuliert waren. In diesem Vertrag waren automatische Verpflichtungen dieser Regierungen zur Kriegserklärung an Deutschland festgelegt, auch für den Fall einseitiger — dialektischer — Auslegung des Vertragstextes. Und die Sowjets waren bereits damals in puncto Begriffsauslegung Meister! So sollte die automatische Verpflichtung zur Kriegserklärung an Deutschland gelten für den Fall, daß "eine der interessierten Mächte" Deutschland beschuldigte, gegenüber Estland, Lettland, Litauen oder Polen eine Politik der "indirekten Aggression" (was ist das?) oder eine Politik der "wirtschaftlichen Unterwanderung" (was ist das?) oder eine Politik der "bedrohten Neutralität" eines dieser Länder (was ist das?) zu betreiben und unter einem solchen Vorwand gegen Deutschland militärisch vorginge.

4. Note Frankreichs vom 22. August 1939 an Stalin, der sich die britische Regierung anschloß, in der das Vordringen der Roten Armee in Estland, Lettland, Litauen und Polen auch gegen den Willen dieser Völker durch Großbritannien und Frankreich nahegelegt und zu decken zugesagt wurde. Der Wille der freien "kleinen Völker" — die laut F.D. Roosevelt am "Konferenztisch der Großen" sowieso nichts zu suchen hatten! — war schon vor dem Krieg offensichtlich belanglos, wenn nur der Wille zur Zerschlagung Deutschlands durchgesetzt werden könnte!

Die Sowjetunion nach Mitteleuropa hereingeholt

Hitlers Entschluß, mit Stalin einen Nichtangriffspakt abzuschließen, wie es dann am 23. August 1939 geschehen ist, war eine Reaktion auf dieses Vorgehen der Westmächte, war der Versuch, die totale Einkreisung und militär-politische Erdrosselung Deutschlands zu vereiteln, und zwar "mit friedlichen Mitteln". Die jahrzehntelangen Bemühungen der Nachkriegshistoriker und -propagandisten, diesen Nichtangriffsvertrag als "Kriegsverbrechenspakt" hinzustellen, den Hitler abgeschlossen habe, um den Krieg gegen Polen auslösen zu können, sind geschichtswidrig.

Obgleich Stalin gemäß seiner ideologischen Konzeption weiterhin bemüht war, "die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern bis hin zu Kriegen zu steigern", weigerte er sich doch im März 1939, "die Kastanien" für die machtpolitischen Interessen der Westmächte "aus dem Feuer zu holen". Stalin hat dann zwar dank der am 22.8.1939 erteilten Zustimmung Großbritanniens, Frankreichs und auch Roosevelts sowie in einseitiger Auslegung des Begriffs "Interessensphäre" im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23.8.1939 – und in bezug auf Finnland völlig über beide Vertragsthemen territorial hinausgehend – unter Ausnutzung der am 1.9.1939 entstandenen Kriegslage Ostpolen, die baltischen Länder, Bessarabien und zusätzlich die Nordbukowina besetzt. Er ließ dies offiziell als "vorläufige Stationen" des proklamierten weiteren Vordringens bezeichnen. Doch dies genügte den Westmächten immer noch nicht. Denn London entsandte im Frühjahr 1940 seinen Sonderbotschafter Cripps nach Moskau, um Stalin unter Zusicherung von materiellen Hilfen ungeheueren Umfanges nahezulegen, doch nun endlich mit britischer und us-amerikanischer Zustimmung auch die Herrschaft über den ganzen Balkan wahrzunehmen.

Diese Zusagen der westlichen Mächte an die Sowjetunion – F.D. Roosevelt betrieb ohnehin eine Politik, die die Auslieferung ganz Kontinentaleuropas an den Bolschewismus vorsah (Aussage von Kardinal Spellmann) –, lange bevor sich die Sowjetunion überhaupt im Kriege befand, blieben den ganzen nachfolgenden Krieg über bestehen. Mit anderen Worten: Großbritannien und die USA haben in Verfolg eigener kurzsichtiger und verbrecherischer Zielsetzung bewußt die Freiheit aller Völker Osteuropas geopfert. Und dies in Kenntnis der Zielsetzung, des Systems, des Sprachgebrauches und der Bedrohung des Kommunismus ihren eigenen Völkern gegenüber.

Französische Karte vom Jahre 1915.
Originaltext des diesbezüglichen österreichischen Flugblatts von 1915 in "Wahrheit für Deutschland – Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges".

Veranlassung zu "tiefer Feindschaft"?

Ähnlich wie beim Ersten Weltkrieg, so verstärkte sich der Ruf nach Zerschlagung Deutschlands nicht erst während des — Zweiten — Weltkrieges, sondern bereits Jahre zuvor. Historiker — auch "deutsche" — "rechtfertigen" diese Zerschlagungspläne oder führen kommentarlos die "Rechtfertigungsgründe" der anderen an, die darauf hinauslaufen, daß diesmal nicht der "böse Kaiser" und seine Monarchie, sondern die nationalsozialistische Innen- und Außenpolitik "die Völker zu tiefer Feindschaft gegen Deutschland veranlaßt" hätte. [4]

Dieses Argument ist sach- und geschichtswidrig!

Was die Innenpolitik eines souveränen Staates anbelangt, so hat laut Völkerrecht keine andere Macht ein Recht, sich in fremde innere Angelegenheiten einzumischen. Gar einen Kriegsgrund damit zu motivieren oder auch nur "tiefe Feindschaft", weil dieses oder jenes aus dem innenpolitischen Geschehen eines anderen Staates nicht behage, kennzeichnet sich selbst als provokative Kriegspolitik; insbesondere dann, wenn diese "sich empörenden" Agitatoren eine andere Macht, die ihre Völker total enteignet und entrechtet und über 49 Millionen Menschen willkürlich umgebracht hat (Untersuchungsergebnis des Internationalen Roten Kreuzes [5]) als Bundesgenossen willkommen heißt und die Öffentlichkeit von ihren Grausamkeiten mittels einer "Greuelpropaganada gegen den Feind" (wie geschehen bis heute) ablenken.

Sicher sind in der Innenpolitik des Dritten Reiches Wege beschritten worden, die anders ausgerichtet waren als in Frankreich, Großbritannien oder den USA. Sie führten in der Notlage des deutschen Volkes 1933 zu einer nationalen Erhebung, die in unwahrscheinlich kurzer Zeit einen nicht für möglich gehaltenen Aufschwung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens unter begeisterter Mithilfe der größten Teile der Bevölkerung mit sich gebracht hat. Daß in einem revolutionären Umbruch die bisher privilegiert Gewesenen mit z.T. durchaus rigorosen Mitteln, die ohnehin allseits und langjährig in den bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen der Weimarer Zeit angewendet worden waren, behandelt worden sind, kann nur der verstehen, der die damaligen Verhältnisse im Lande kannte. Bürgerlich-friedliche Maßstäbe fernab am grünen Tisch der reichen Länder sind hier fehl am Platze. Die Verhältnisse in Deutschland damals waren nämlich von einer ganz anderen Not geprägt als in den siegreichen Imperien, den "Ländern der unbegrenzten Möglichkeiten".

Es hatten in Deutschland langjährig unter dem Eindruck von Arbeitslosigkeit, Wirtschaftschaos und Hunger bürgerkriegsähnliche Zustände geherrscht, wobei die damals Tonangebenden auch nicht kleinlich waren in der Handhabung ihrer Macht und den Versuchen, jene Zustände, die eine Besserung der Lage nicht mehr gewährleisteten, zum dauerhaften politischen Umfeld zu stabilisieren.

Es galt, nach den langen Jahren der Not und Zerrissenheit mit Hilfe eines militärisch geprägten Führungsstils kurzfristig jene Grundlagen zu schaffen, die das Volk benötigte, um zueinander zu finden und die Krise zu überwinden. Daß in dieser Welt, in der wir leben, vieles durch menschliche Unzulänglichkeit verdorben wird, daß andererseits vieles hätte besser gemacht werden können, ist ebenso sicher wie die Tatsachen, daß binnen 6 Jahren eines politischen Umbruchs nicht sämtliche Führungskader stets mit den qualifiziertesten Kräften besetzt werden können und für notwendig erachteter Personalwechsel auf Grund der Sozialgesetze nicht immer möglich ist.

Die innenpolitische Situation 1933 - 1939 war zusätzlich belastet mit der Judenfrage, die aus der Krisensituation der Weimarer Zeit erwachsen war. Mit Hilfe devisenbeständigen und somit inflationssicheren Geldes und Unterstützung der Weimarer Behörden war nach dem Ersten Weltkrieg ein Strom ausländischer Zuwanderer in eine Fülle von politischen, wirtschaftlichen, publizistischen, juristischen und sonstigen Entscheidungspositionen eingedrungen, während das durch den Krieg geschlagene und in Armut und Not gestürzte Volk keine Möglichkeit hatte, dies zu verhindern oder "im wirtschaftlichen Wettbewerb" mitzuhalten. Das hatte

4) Ernst Deuerlein, "Die Einheit Deutschlands", Frankfurt - Berlin 1957, S. 140.

5) Heinz Nawratil, "Vertreibungsverbrechen an Deutschen", München 1982, S. 113 + 259.

6) Nähere Einzelheiten siehe in:
Udo Walendy, "Europa in Flammen 1939 - 1945", Vlotho 1967, Band II, S. 169 ff.

Drei verhängnisvolle Diktatoren:

Im persönlichen Alleingang haben sie verhängnisvollste Entscheidungen über Krieg, Kriegsverbrechen willkürliche Vertreibungen und Grenzen, über politische Schauprozesse und verlogene Umerziehungsmaßnahmen getroffen:
(v.l.) Winston Churchill, Franklin Delano Roosevelt, Josef Stalin.
Kriegsverbrecherprozesse gegen sie haben jedoch nicht stattgefunden. Als Sieger hatten sie das nicht zu befürchten.

bereits in den zwanziger Jahren sehr viel böses Blut geschaffen und zu dem Wunsch geführt, Nicht-Deutsche in Deutschland wirtschaftlich auszuschalten und zur Auswanderung zu veranlassen. Leider hatte es sich zudem gezeigt, daß gerade diejenigen, die auf diese geschilderte Weise binnen ganz kurzer Zeit in eine Fülle maßgeblicher Führungspositionen eingedrungen waren, nicht nur alles daransetzten, auf diesen Kommandobrücken zu bleiben, sondern auch alles daransetzten, die politische Unmündigkeit des Deutschen Reiches zur Dauererscheinung zu machen. Derartige Machtansprüche und Gegensätze, die schließlich von den ausländischen "Freunden" noch zusätzlich angeheizt wurden, führten in der Praxis auch nach dem nationalsozialistischen Umbruch 1933 zu nicht vertretbaren Schmähungen, Entrechtungen, Existenzvernichtungen — diesmal mit umgekehrtem Vorzeichen — und anläßlich der "Kristallnacht" am 9. November 1938 zu Zerstörungen, Vermögensschäden und auch zu Mord in Einzelfällen. Alles das ist zu bedauern. Alles das kann aber nicht zum einzigen Beurteilungskriterium der politischen Lage eines Volkes werden. Innen- wie außenpolitische Zusammenhänge, Verantwortlichkeiten und auch Praktiken in anderen Ländern müssen zur sachgerechten Bewertung herangezogen werden. Kein Volk, kein Staatssystem scheint in der Lage zu sein, solche Ausbrüche grundsätzlich zu verhindern, zweifellos eine Tragik im Ablauf menschheitlichen Schicksals.

Nicht glaubhaft und nicht zu verantworten hingegen ist eine Politik, die unter Berufung auf die Nürnberger Gesetze von 1935 oder (und) die "Kristallnacht" vom 9.11.1938 einen europäischen oder gar weltweiten Krieg zu erzwingen sich bemühte und auch dafür "die Schuld" dem seit dem 24. März 1933 kriegsbedrohten deutschen Gegner anlastete.

1.) Jedem Sachkenner war einsichtig, daß eine solche Politik — wie es Winston Churchill in bezug auf die britische Garantie an Polen am 31.3.1939 ausdrückte — "zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen mußte", somit Elend, Tod und Schrecken für alle Völker Europas heraufbeschwören würde, was in gar keinem Verhältnis zur behaupteten Motivierung stand, "Wiedergutmachung für die Schäden der Juden in Deutschland zu erlangen";

2.) Waren gar keine Engländer, Franzosen, Amerikaner, Polen, Russen betroffen gewesen, die sich insofern ohnehin nicht eine solche Motivierung zu eigen machen konnten;

3.) wußte man in Paris, London und Washington sehr wohl, daß auch maßgebende Kräfte in der NSDAP — einschließlich Adolf Hitler — mit heftigem Unwillen auf die Ereignisse der "Kristallnacht" am 9.11.1938 reagiert hatten;

4.) hätte mit Diplomatie, Wirtschaftspolitik und Unterstützung der deutscherseits gewünschten Auswanderungspolitik für unerwünschte Juden allseits befriedigende Verhältnisse geschaffen werden können.

5.) Die Tatsache, daß die Gegner Deutschlands keinerlei Unterschied zwischen Nationalsozialisten und dem deutschen Volk, zwischen politischen Aktivisten und Widerständlern geduldet haben, weist die Nachkriegsbewertung als abwegig aus, derzufolge man den Natio-

nalsozialismus habe bekämpfen müssen, weil es sich um einen "Verbrecherstaat" gehandelt habe. In Wirklichkeit waren es die vorbildlichen sozialpolitischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen, die wiedererlangte politische Machtstellung des deutschen Volkes, die trotz der Niederlage des Ersten Weltkrieges erreicht wurden, derentwegen man zur Zerschlagung der deutschen Macht aufrief.

Dieses Beispiel — "Veranlassung der Völker zu tiefer Feindschaft gegenüber dem deutschen Volk" aus Gründen einzelner, herausgegriffener Vorgänge im Dritten Reich — zeigt, wie völkerrechtswidrig, unaufrichtig und für die Zukunft gefährlich eine solche behauptete Motivation ist. Insbesondere, wenn man zusätzlich berücksichtigt, daß der Allianzpartner Sowjetunion seit 1917 Terror und Mord gegenüber innenpolitisch "unzuverlässigen Elementen" zum täglichen Programm erhoben hat.

Was die Außenpolitik anbelangt, so blieb dem praktisch vom Nullpunkt anfangenden Nationalsozialismus vorerst nur übrig, auf Aktionen der anderen zu reagieren und die verletzten Rechte Deutschlands mit friedlichen Mitteln wiederherzustellen. Dies war Hitlers Absicht und diese war ihm geglückt, — bis zum 1. September 1939. Wenn also Teilungspläne der anderen gegenüber Deutschland bereits vor Kriegsbeginn — ganz gleich ob vor oder nach dem Anschluß Österreichs oder des Sudetenlandes — als "politische Überlegungen und Forderungen entstanden waren" (so Ernst Deuerlein s. o. S. 141), so kann dies doch auch nur als schuldhafte Kriegsprovokation, als vorsätzlicher Wille zu völkerrechtswidrigem Handeln gewertet werden. Es ist also nichts mit dem Argument, daß — wie Ernst Deuerlein anführt — "der Wunsch nach Zerschlagung der Einheit des deutschen Volkes in diesem Zeitpunkt als Ausdruck der Furcht vor ihm zu verstehen ist". Wenn deutsche Politiker "als Ausdruck der Furcht" die Zerschlagung der Einheit dieses oder jenes Volkes erwogen oder durchgeführt hätten, so würden diese selben Leute, die jedwede anti-deutsche Politik des Auslandes verharmlosen, sofort sämtliche Register aus ihrem "Kriegsverbrecher"-vokabularium ziehen und nicht müde werden, tagein, tagaus der Welt die so populäre Melodie von der "deutschen Schuld" vorblasen.

Zwei Hauptverantwortliche des durch eigenes "Vorantreiben der Dinge" ins Schwanken geratenen Britischen Empires:
(v.l.) Lord Halifax, Außenminister Seiner Majestät
Neville Chamberlain, Premierminister Seiner Majestät

Psychopathica internationalis – schon damals

Eine sachliche Geschichtsschreibung kann sich nicht allein auf Dokumente, Memoiren und die Verwertung von geheim arrangiertem Hintergrundgeschehen stützen, sondern sie muß sich auch bemühen, die Gesamtatmosphäre, die allgemeinen Lagebedingungen und Kenntnis wie Bewertungsmaßstäbe der einst miterlebenden Generationen zu erfassen, in der historisch bedeutsame Entscheidungen gefallen sind.

Der nachfolgend abgedruckte Bericht aus dem amtlichen Mitteilungsblatt "Der Nationaldeutsche Jude" vom September 1930 ist historisch außerordentlich bedeutsam. Insbesondere die Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten durch ihn Informationen, die ihnen amtlicherseits und von der neukonformistischen Presse vorenthalten wurden. Diese Informationen sind jedoch notwendig, um das politische Geschehen der dreißiger Jahre in Europa zu verstehen, wobei allerdings hier die Machenschaften der Kommunistischen Internationale (Komintern), die die dramatische Konfrontation damals ebenfalls nachhaltig geprägt hat, hier nicht zur Sprache kommt.

Dieser Bericht aus "Der Nationaldeutsche Jude" gibt nicht nur eine sachgerechte Lagebeurteilung aus der Weimarer Zeit, sondern er enthält gleichzeitig unwahrscheinlich sichere politische Entwicklungsprognosen, — und dies aus der Feder einer unangreifbar neutralen Quelle.

Wenn sich der Geist der französischen und — unter anderen Voraussetzungen — auch der polnischen Politik gegenüber dem deutschen Volk zwischen 1919 und heute erheblich geändert hat, so ist dies im allseitigen Interesse dankbar anzuerkennen. Dennoch bleibt festzustellen, daß er anno dazumal tatsächlich so, wie er im Bericht skizziert wird, gewesen ist und das politische Klima Europas nachhaltig belastet und zu entsprechenden Reaktionen auf deutsche Seite, die sich aus Existenznotwendigkeiten ergeben haben, herausgefordert hat. Gleichzeitig ist hierbei jedoch auch darauf hinzuweisen, daß sich diese Änderung in der Einschätzung des deutschen Nachbarn heute auch auf ganz andere Voraussetzungen stützt als im Jahre 1919: Im Gegensatz zu 1919 gibt es heute kein einheitliches und souveränes Deutsches Reich mehr, auch keine deutschen Territorialgrenzen von 1914 oder 1919 mehr, sondern ein zerstückeltes, von den Siegern und Mitsiegern beherrschtes, zumindest von ihnen dominiertes Rest-Deutschland in mehreren Teilen mit unterschiedlicher Fahne, Nationalhymne und "gesellschaftlichen" Strukturordnungen und Waffenträgerorganisationen unter ausländischem Befehl bzw. — wie in Österreich — unter ausländischem Vertragskonzept. Die angeeignete Territorialbeute von 1919 ist nicht nur eingeheimst und "längst vergessen": Der Landraub ist um ein Vielfaches — um 1/3 des ganzen ehemaligen Deutschen Reiches! — vergrößert, die vielerorts angestrebt gewesene Dezimierung des deutschen Volkes ist mit 8 - 10 Millionen Kriegs-, Vertreibungs- und Nachkriegstoten längst geschehen.

Dafür haben sich für Frankreich und Polen Existenzsorgen ganz anderer Art ergeben, die sich aus der globalen Machtveränderung der Weltlage und Waffentechnik bzw. der Supermächte und ihren Zielsetzungen ergeben und zum Umdenken gezwungen haben.

Eine echte und glaubwürdige Bewußtseinsänderung gegenüber einem gleichberechtigten Partner Deutschland kann doch erst dann als vorhanden erkannt werden, wenn dieses Deutschland von jenen Mächten die ihm vorenthaltene Einheit sowie die ihm geraubten Gebiete zurückerhält und seine Stellung als gleichberechtigte Nation ohne zweckgerichtete Schulddiffamierung behaupten kann. Geht man von diesen normalerweise selbstverständlichen Voraussetzungen an die Beurteilung der heutigen internationalen Freundschaftsbeteuerungen heran, so wird sofort deutlich, wo und warum diese Freundschaft sofort endet und für welchen Einsatz sie gewährt wird: für die Akzeptierung des Status Quo von 1945 und die Unterordnung unter die jeweiligen neuen Willensträger! Veränderungswünsche aus Gründen des Rechts, der internationalen Moral und der sich aus ihnen ergebenden Friedensnotwendigkeiten rufen die gleichen Agitatoren auf der anderen Seite unverzüglich wie einst in Versailles auf den Plan, wobei die Moskauer Agitation und Erziehung zum Haß unabhängig davon auf vollen Touren läuft, ob das deutsche Volk sich mit dem Status Quo der Zerstückelung, Vertreibung und Schulddiffamierung abfindet oder nicht.

So sind gerade die in dem Bericht "Der Nationaldeutsche Jude" angesprochenen Zusammenhänge auf Grund unseres heutigen Erkenntnisstandes so außerordentlich geeignet, friedensnotwendige Voraussetzungen in Publizistik und Politik zu erkennen, tragische Folgen einer egoistischen Haßmentalität zu ermessen bzw. den Irrsinn dessen, was sie an Ergebnissen für die Menschheit erbringt, zumal das Ergebnis immer anders

aussieht, als es den Haßpredigern und Glaubenseiferern vorschwebt.

So kommentierte also "Der Nationaldeutsche Jude" im September 1930 die Lage:

"... Treviranus [7] hat eine Rede gehalten und darin Wahrheiten ausgesprochen, die uralt sind, bei denen das Neue aber darin besteht, daß sie zum ersten Male aus berufenem deutschem Ministermund kommen: Daß Unrecht mit den Jahren an Rechtmäßigkeit nichts gewinnt. Daß Unrecht, aus Unverstand gezeugt, jede aufkeimende Hoffnungssaat friedlicher Verständigung um so tiefer niederstampft, je 'höher es zu Jahren kommt'. Daß Unrecht nach Gesetzen der Naturnotwendigkeit sich am Ende gegen den zurück richtet, der es zugefügt hat, und daß dieser zum eigenen Besten handelt, es beizeiten wieder gutzumachen.

Aus solchen doch ganz natürlichen Gedankengängen hat eine böswillige, man muß schon sagen: stierstirnige Interpretation jenseits der Weichsel und des Rheines eine — mit Kriegsdrohungen gepflasterte Aufmarschstraße gemacht, und wiederum war es das 'Echo de Paris', das im aufgeregt brüllenden Chor beider Chauvinistenherden die Rolle jenes Stentor übernahm, von dessen Stimme Homer gerühmt hat, sie überschreie fünfzig Ochsen. — Auch sonst hat das 'Echo de Paris', dem zur gewaltigen Kehle sich ein winziges Hirn paart, bei dieser Gelegenheit seine Zugehörigkeit zu jenen 'schwer dahinwandelnden' Wesen dargetan, deren Lebensgewohnheit ist, Dinge malmend wiederzukäuen, von denen man meinen müßte, sie seien längst verdaut.

Seit fünf Jahren ist über nichts so viel gesprochen und geschrieben worden, wie über den 'Locarno-Vertrag'. Daß dieser sich einzig und allein auf die französische Grenze bezieht, doch ganz und gar nicht auf die polnische, daß sein Sinn vielmehr, nach Stresemanns wiederholt bekräftigter und vom Vertragspartner Briand niemals widersprochener Erklärung darin besteht, im Westen reinen Tisch zu machen, um für den Osten freie Hand zu haben — diese Tatsachen pfeifen die Pariser Spatzen von den Dächern ...

Die sture Begriffsstutzigkeit des 'Echo de Paris' aber vermag das Selbstverständliche nicht zu fassen, und mit einer Einfalt, die in ihrer Größe beinahe etwas Ergreifendes hat, brüllt er Herrn Briand die Mahnung ins Gesicht, er solle die deutsche Regierung — 'an den Sinn des Locarnopaktes erinnern'. Und die anderen Pariser Zeitungen: 'Temps' — 'Liberté' — 'L'Avenir' — 'Journal

Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23.8.1939, von Stalin als sog. "taktischer Vertrag" aufgefaßt, "um Zeit zu gewinnen". (v.l.) Reichsaußenminister v. Ribbentrop, Molotow, Stalin.

des Débats — 'Ami du Peuple' und wie sie alle heißen mögen? Nun, ihr lieben Landsleute und unentwegten Verständigungspolitiker, leider hat es sich auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, daß, wo es sich einmal — ausnahmsweise — um ein deutsches R e c h t handelt, ganz Frankreich darin einig ist, in der Inanspruchnahme dieses Rechtes, ja schon in der bloßen Andeutung, daß der Wunsch danach besteht, ein Verbrechen zu sehen.

Selbst die sozialistische Oppositionspresse — der 'Populaire' z.B. — wendet sich in ihren Leitartikeln nicht etwa gegen diese spezifisch französische Geistesverfassung, sondern nimmt die Treviranus-Rede zum Anlaß allgemeiner innenpolitischer Angriffe gegen die Regierung, wie denn überhaupt die Sozialisten in Frankreich, ganz im Gegensatz zu den 'Genossen' in Deutschland, niemals vergessen, d a ß s i e i n e r s t e r R e i h e F r a n z o s e n s i n d. Einen französischen Arthur Crispien etwa, der sagen würde, er 'kenne kein Vaterland, das Frankreich heißt', kann man sich nicht gut vorstellen an der Spitze einer Partei, deren Wahlspruch war, ist und sein wird: 'Allons enfants — de la patrie'. La patrie aber ist Frankreich — 'La Grande Nation', und wie im französischen Vaterlandslied zur 'Patrie' die 'Gloire' gehört, so gehört zur Gloire ein schwaches, ein gedemütigtes, ein ohnmächtiges Deutschland. Um es im Zustand der Schwäche zu erhalten, darf an einem Status quo nicht gerüttelt werden, der eben diesen Dauerzustand verbürgt!

Der raffiniert ausgeklügelte 'Korridor' zerstückelt nicht nur ein staatspolitisch, verwaltungstechnisch und wirtschaftlich zusammenhängendes Gebiet, er schafft auch im Osten statt e i n e r strategischen Grenze deren d r e i und gibt schon im Frieden das

---

7) Gottfried Treviranus = 1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, 1931 Reichsverkehrsminister, 1933 Emigration nach Kanada
Woodrow Wilson = Präsident der Vereinigten Staaten
Lloyd George = Premierminister Großbritanniens
Ignacy Paderewski = polnischer Emigrationspolitiker, 1919 polnischer Ministerpräsident
Aristide Briand, seit 1906 wiederholt französischer Minister + Ministerpräsident, zuletzt 1925/26 + 1929
Raymond Poincaré, französischer Staatspräsident v. 1913 - 1920, 1920 Vorsitzender der fr. Reparationskommission, 1922 - 1924 + 1926 - 1929 Ministerpräsident
Gustav Stresemann, 1923 Reichskanzler, 1923 - 1929 Außenminister
A. Crispien, 1919 Vorsitzender der USPD, anschließend SPD-Parteivorstand, MdR; Werke: Glossen eines vaterlandslosen Gesellen

Bild einer Schlachtordnung, die das Zentrum durchstößt und den rechten Flügel abschneidet. Ein dergestalt anormales Mißverhältnis, bei dem alle natürlichen Vorteile auf der einen und alle Nachteile auf der anderen Seite sind, würde auch weniger expansionslüsterne und chauvinistische Nachbarn, als es die Polen sind, zur künstlichen Schaffung eines casus belli anreizen. Wer sich der säbelrasselnden Reden polnischer Militärs erinnert, wer den unverblühmten Annexionsplänen Aufmerksamkeit schenkt, die sich nicht nur auf das 'unerlöste Ostpreußen' erstrecken, sondern auf westlich des Korridors bis zur Oder, wer die polnische Nationalistenpresse liest und die Tag für Tag an deutschen Minoritäten verübten Rechtsverletzungen auf ihre Gründe hin untersucht, für den besteht kein Zweifel, daß Polen den Krieg will. Die unaufhörlich sich häufenden Grenzverletzungen zu Lande, die allen deutschen Protesten zum Trotz fortgesetzten Überlandflüge polnischer Piloten, was sind sie anderes, als planmäßig betriebene Herausforderungen mit dem kaum verhüllten Endziel, daß eines Tages von selber die Gewehrschüsse knallen! — Völkerbund? — In der Tat, was von ihm im Ernstfall zu erwarten ist, hat Polens Handstreich auf Wilna gezeigt. Vestigia terrent! —

Wenn Treviranus nichts weiter erreicht hat, als den jetzt zusammentretenden Völkerbund auf die in einer unerträglichen Grenzziehung liegende latente Kriegsgefahr hingewiesen, ihn gewarnt zu haben, ehe der im Korridor schwelende Brandherd zur lodernden, ganz Europa ansteckenden Kriegsfackel wird, sein Verdienst und der Erfolg seiner Rede wären groß genug. Die aus England, Skandinavien, Italien und Spanien, die aus allen Kontinenten der Alten und Neuen Welt zu uns gelangenden Pressestimmen lassen erkennen, daß dieser Erfolg erreicht worden ist. Die Aufgabe unserer Regierenden wird es jetzt sein, die endlich in Fluß kommende Diskussion nicht im Sande verlaufen zu lassen und nicht eher zu ruhen, als bis die nunmehr akut gewordene Korridorfrage eine friedliche und — gerechte Lösung gefunden hat.

Treviranus hätte es nicht erst nötig gehabt, Deutschlands unbedingte Friedensliebe zu beteuern und sie mit dem Hinweis auf seine militärische Ohnmacht zu bekräftigen, sowohl die eine wie die andere sind aller Welt bekannt. Wenn wir vor dem Völkerbund unseren Anspruch anmelden, so liegt wohl ein Refus im Bereich der Möglichkeit, unmöglich aber ist es, daß sich außer der französischen und polnischen eine Stimme erheben wird, die Deutschlands friedliche Absicht nicht anerkennt.

Wenn man sich die französische und polnische Presse ansieht — es ist kein Vergnügen, sollte aber Pflicht jedes Deutschen sein —, wenn man das wutschäumende Gestammel eines entfesselten wilden Deutschenhasses auf sich einwirken läßt, so kann man sich nur schwer des bitteren Gedankens erwehren, wozu das alles gewesen ist: der Locarno-Vertrag und der Kellogg-Pakt, die freudige Zustimmung zum Paneuropa und die mit unendlicher Geduld aufgenommene Riesenlast des Young-Planes, wenn eine das Weltgewissen anrufende Ministerrede schon als Friedensbruch gilt.

Bittere Früchte trägt von Jahr zu Jahr der süße Orangenblütentraum von Thoiry: Zuerst war's auf Stresemanns höfliches Erinnern an die fällige Räumung der ersten Rheinlandzone (1925) Briands höhnische Antwort: 'Der von den Deutschen zitierte Locarno-Geist spukt nur in ihren eigenen Köpfen und nirgendwo sonst'. — Dann waren's Poincarès von Woche zu Woche fortgesetzte Denkmalsreden, von denen eine immer die andere übertraf an Grobheit der Beleidigung deutschen Empfindens. Deutschland war als 'vollberechtigtes' Ratsglied in den Völkerbund eingetreten, aber im besetzten Gebiet nahm die Drangsal einer schutzlosen Bevölkerung kein Ende, hörte bis zuletzt das barbarische Reitgertenregiment der weißen und farbigen Soldateska nicht auf.

Deutschland hat ehrlich abgerüstet, sein kleines Heer, kaum ausreichend, eine 50-Kilometer-Grenze zu besetzen, geschweige denn zu verteidigen, ist unvollkommen armiert, hat keine großkalibrigen und weittragenden Geschütze, keine Kampfflugge-schwader, keine Gaswaffen, keine Tanks, während Europa, im Versailler 'Friedens'-Traktat zur Abrüstung verpflichtet, ringsum in Waffen starrt. Seine Westgrenze bildet die 'entmilitarisierte Zone', ein Glacis für Frankreichs Festungsgeschütze und Aufmarschgelände für seine Armeen. Wir haben zuletzt den Young-Plan unterschrieben und uns über zwei Menschenalter hinaus auch vom wirtschaftlichen Wettbewerb ausschalten lassen, weil alles, was unsere Industrie an Werten schaffen wird, auf Konto unerhörter Tributleistungen geht. Damit nicht genug, haben wir auch Polen als unseren 'Gläubigerstaat' freiwillig anerkannt und ihm im Liquidationsabkommen ein Milliardengeschenk gemacht. Über die Versailler Verpflichtungen hinaus und weit über seine Kräfte hat Deutschland alles getan, die Welt zu befrieden, aber von dem einzigen ihm vertragsmäßig zustehenden Recht, die Revision unhaltbarer Zustände zu beantragen (Mantelnote zum Versailler Vertrag und Artikel 19 der Völkerbundsatzung) — von diesem guten Recht Gebrauch zu machen, gilt als 'Sünde gegen den Geist des Friedens'. Frankreich, das sich selber das schmückende Beiwort 'Hort des Friedens' gegeben hat, das 'ritterliche Frankreich' fährt fort, die ruhmlose Rolle des Räubers zu spielen, der — die Anklage der Ruhestörung erhebt, wenn der Beraubte aufstöhnt!

Leider muß gesagt werden, daß die Treviranus-Rede auch im eigenen Lande nicht überall ein zustimmendes Echo gefunden hat. Wenn der 'Vorwärts', der französischen Nationalistenpresse sekundierend, seinen Leitartikel mit der Überschrift 'Treviranus auf dem Kriegspfade!' versieht, wenn gewisse, ihm wesensverwandte Montagsblätter und Wochenschriften ihre zeternden Stimmen mit dem brüllenden Chor jenseits des Rheins und der Weichsel vereinen — nun gut, man ist's gewöhnt. Die polnischen Grenzverletzungen sehen sie nicht, die polnischen Kriegsreden hören sie nicht — aber in allem, was ein deutscher Patriot tut oder sagt, sehen sie und hören sie verbrecherische Absichten, Vertragsbruch und die Bedrohung des Weltfriedens. Lassen wir sie; die Ärmsten leiden an einer schweren Geisteskrankheit, sie heißt: 'Psychopathia internationalis'.

Das 'Berliner Tageblatt' bescheinigt Herrn Treviranus, er habe 'nur auf die heute schon ziemlich in ganz Europa anerkannte Tatsache hingewiesen, daß die ungelöste Korridorfrage eine europäische Sorge und Gefahr bleibt. Er hätte sich dabei ja unter anderen sogar auf ernsthafte französische Politiker berufen können, wie den Grafen d'Ormesson, der, man mag über seinen Lösungsvorschlag denken wie man will, doch offen die Unhaltbarkeit, Ungerechtigkeit und politische Unzweckmäßigkeit des jetzigen Zustandes zugegeben hat'. — Und die 'Vossische Zeitung' erklärt, in der Treviranus-Rede 'nichts zu finden, was nicht vorher andere deutsche Politiker in verantwortlicher Stellung, was nicht auch Stresemann gesagt hätte. Auch der Sozialdemokrat Dr. Breitscheid hat einmal ähnlich gesprochen. Kein Deutscher wird jemals die Grenzziehung im Osten als gerecht und zweckmäßig anerkennen.' ...

Die Grenzziehung im Osten beruht auf einer vollkommenen Unkenntnis der geographischen und geopolitischen Voraussetzungen. Über diese, für uns sehr verhängnisvolle Ignoranz kursierten unter den englischen und italienischen Teilnehmern an der Pariser Vorkonferenz (Winter 1919) die — traurigsten — Witze. Die Polen begründeten ihren Anspruch auf ganz Westpreußen, den masurischen Teil von Ostpreußen und das oberschlesische Industriegebiet mit der lächerlichen Lüge, die Bevölkerung sei zu 90 vom Hundert polnisch. Man gab sich nicht einmal die Mühe, diese einseitige Behauptung auf ihre Richtigkeit hin zu untersuchen, und wie die Dinge damals lagen, muß es schon als eine Gunst des Zufalls betrachtet werden, daß Paderewski, Wilsons intimer

Freund, sich bei Lloyd George unbeliebt machte (von so äußerlichen Umständen hing damals Deutschlands Schicksal ab), und dieser durchsetzte, daß den Polen 'nur' der Korridor zugesprochen wurde, alles übrige von ihnen beanspruchte Land aber einer späteren Abstimmung unterworfen werden sollte. Welches Ergebnis dieses dann hatte, ist bekannt: Rund 85% [8] der west- und ostpreußischen Bevölkerung entschied sich für Deutschland: die Teilung Oberschlesiens beruht auf Fälschung des Volkswillens und brutalem Raub.

Den 'Korridor' erhielt Polen, wie gesagt, schon in Versailles, und zwar als 'lebensnotwendigen Zugang zum Meere'. Polen behauptete, seine Landesprodukte nur auf der Weichsel ausführen zu können. Die unumschränkte Landeshoheit über diesen Wasserweg sei Vorbedingung seiner wirtschaftspolitischen Unabhängigkeit. Diese Beweisführung drang durch, der deutsche Gegenvorschlag, den Strom von Thorn bis Danzig zu internationalisieren, wurde von der Pariser Vorkonferenz verworfen. Kaum war Polen im Besitz der Weichsel, ging es daran, in Gdingen, einem kleinen, 20 km von Danzig entfernten Fischerdorf an der Putziger Bucht, einen Hafen zu bauen. Gleichzeitig wurde die Bahnstrecke Warschau - Thorn - Bromberg - Dirschau - Karthaus bis Gdingen weitergeführt. Auf diesem Schienenwege rollen jetzt Polens Landesprodukte bis zum Kai und werden dort in die Schiffe umgeladen. Der Danziger Hafen verödet, die Weichsel versandet, Polen bedarf beider nicht mehr.

Die Gründe dieser scheinbar unsinnigen Nationalökonomie liegen auf der Hand: Da es Polen trotz allen Schikanen nicht gelang, Danzig durch Mittel der Machtpolitik in seine Hand zu bringen, will man es wirtschaftspolitisch versuchen. Der Gdinger Hafen hat rund eine Milliarde Zloty gekostet: Danzig ist eine Milliarde wert. ...

Die Abstimmungsergebnisse 1920 und 1921 liefern den Beweis, daß die Alliierten über das Nationalitätenverhältnis in den abgetrennten Ostgebieten getäuscht worden sind, und die polnische These von der 'Lebensnotwendigkeit' des Weichselbesitzes wird durch die polnische Praxis ad absurdum geführt. ....

Über den Begriff 'unanwendbar gewordene Verträge' können Meinungsverschiedenheiten bestehen, nicht aber darüber, daß die Aufrechterhaltung der (gegenwärtigen) internationalen Verträge, m.a.W.: daß der Status quo im Osten eine Friedensgefährdung im Sinne des Artikels 19 der Völkerbundsatzung darstellt. Polen selbst, das täglich neuen Zündstoff an den Grenzen häuft, liefert die Beweise."

Reichsaußenminister Joachim v. Ribbentrop auf der internationalen Pressekonferenz anläßlich des Beginns des Rußlandfeldzuges am 22. Juni 1941

8) Abstimmungsergebnis im Ostpreußen eingegliederten Teil Westpreußens = 92,28% deutsch, im Allensteiner Bezirk = 97,8% deutsch, in Masuren = 99,3% deutsch. In Danzig waren von den 350.000 Einwohnern = nur 3,5 - 4% polnisch.

"20 Millionen Deutsche zuviel"

Die Geschichte der deutschen Spaltung und ihrer "Bewältigung" kann nicht geschrieben werden ohne Bezugnahme auf die Vorkriegs- und Kriegsgeschichte beider Weltkriege. Dieser Rückgriff auf die Jahrhundertwende, ja auf das Jahr 1871 — Gründung des Zweiten Deutschen Reiches durch Reichskanzler Otto von Bismarck — ist nicht nur deshalb geboten, weil es sich 1914 und 1939 um ein und dieselben Imperien handelt, die gegen Deutschland aufmarschierten bzw. diesen Aufmarsch organisierten, sondern mit Ausnahme Rußlands auch um dieselben Herrschaftsgruppen innerhalb dieser Weltreiche.

Bezeichnend deutlich formuliert ein Leitartikel der "Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung" vom 22.1.1982 unter der Überschrift "Jalta gilt heute noch — eine klärende Antwort" die von maßgebenden ausländischen Kreisen seit Jahrzehnten verfolgte strategische Zielsetzung:

> "Der Westen wird auch die Wiederherstellung des uneingeschränkten sowjetischen Herrschaftssystems in Polen hinnehmen. Denn mangels eines Friedensvertrages für Deutschland — der auch nicht mehr kommen wird — gelten die territorialen Bestimmungen von Jalta als de-facto-Friedensregelung. Ob es einem schmeckt oder nicht: Jalta ist seit nunmehr 37 Jahren die territoriale Grundlage des Friedens in Europa — einschließlich der Teilung Deutschlands. Wer daran mehr als verbal rüttelt, gefährdet den Frieden. ...
>
> Die Konferenz von Jalta ist nicht wegen der Zukunft Polens oder der Teilung der Welt zusammengetreten, sondern in erster Linie, um die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands und die schon 1942 zwischen der Sowjetunion und Großbritannien und 1943 in Teheran unter Teilnahme der Vereinigten Staaten beschlossene Teilung Deutschlands vorzubereiten. Dabei war es nicht die Absicht der drei Alliierten, Deutschland zu 'bestrafen', sondern die von Bismarck geschaffene Konstruktion zu zerschlagen. In ihr waren 1914 über 65 Millionen, 1939 in ihrer von Hitler erzwungenen Ausweitung sogar an die 80 Millionen Deutsche im Herzen Europas zu einem gewaltigen Potential zusammengeschlossen, das von allen Nachbarn als höchst bedrohlich empfunden wurde. Sie schlossen sich zur Abwehr dieser vermeintlichen oder echten Gefahr zusammen, was in Deutschland wiederum als ebenso gefährliche Einkreisung empfunden wurde — und so brachen in Europa 1914 und 1939 als Präventivkriege die beiden entsetzlichen Weltkriege aus. Damit dieser Mechanismus nicht noch einmal wirksam werde, wurde Deutschland 1945 geteilt, und zwar für unabsehbare Zeit."

So hat in der Tat nicht nur Winston Churchill, wie er selbst eingestand, dreiviertel seines Lebens mit dem Kampf gegen Deutschland bzw. seiner Vorbereitung zugebracht und "den Zweiten Weltkrieg als dreißigjährigen Krieg gegen deutschen Angriff von 1914 an" betrachtet [9], sondern mit ihm auch seine mächtigen Gesinnungsfreunde in den USA und anderwärts, die ihm ja erst seine Machtstellung in Großbritannien als Publizist, Militär und Politiker verschafft haben.

Einst — 1919, als Adolf Hitler noch gasvergiftet im Lazarett in Pasewalk lag — hatte der französische Ministerpräsident Clemenceau das Wort geprägt, "es leben 20 Millionen Deutsche zuviel". Derartiges z.B. gegenüber den Franzosen zu äußern, sollte einmal ein deutscher Politiker wagen! Was würde man mit ihm, was würde man mit einer solchen Äußerung in der weltweiten Presse wohl machen? Doch Clemenceau hatte dies nicht nur geäußert, sondern er motivierte damit seine Politik und fand dafür internationales Wohlverhalten! Einige Monate nach der Unterzeichnung des Versailler Friedensdiktates hatte er dem späteren US-Handelsminister und US-Präsidenten Herbert Hoover deutlich gemacht, "es wird noch einen Weltkrieg geben zu Ihrer Zeit, und man wird Sie wieder in Europa brauchen".

In der alliierten Mantelnote vom 16. Juni 1919 hieß es:

> "unter dem Einfluß Preußens war Deutschland zum Vorkämpfer der Macht und Gewalt, der Täuschung, der Intrige und der Grausamkeit bei der Behandlung internationaler Angelegenheiten geworden... und hat diesen Krieg geplant und entfesselt". [10]

Dies war genau jener Geist des Hasses, der den Versailler Frieden durchtränkte. Der US-Kongreß hatte das "Versailler Friedensvertragswerk" vornehmlich der Verpflichtungen wegen abgelehnt, die die Völkerbund-Satzung als integrierender Teil des Versailler Friedens-

---

9) Winston Churchill in einem Schreiben an Stalin vom 27.2.1944. – Schriftwechsel, russ. Bd. I, S. 204. — "Stalin's Correspondences with Churchill, Attlee, Roosevelt and Truman 1941 - 1945", London 1958 sowie: Schriftwechsel des Vorsitzenden des Ministerrates der CCCR und der Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und den Premierministern Großbritanniens während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 - 1945, Moskau 1957, 2 Bände.

10) Hermann Lutz, "Verbrechervolk im Herzen Europas?", Tübingen 1959 S. 97.

diktates den USA auferlegte, weniger der Deutschland zugemuteten harten und ungerechten Bedingungen wegen. Nicht das Kaisertum war das eigentliche Kampfziel — obgleich dies als Motivation vorgestellt wurde —, sondern es war Deutschlands Stellung in der Welt. Die alliierte Nachkriegspolitik hat dies vollends enthüllt.

Wenn auch eine Reihe maßgebender Männer dieser Haßpolitik in den zwanziger Jahren durch andere Persönlichkeiten ersetzt wurde, so blieb es doch ein Verhängnis, daß diese Mentalität in den einflußreichen Kreisen Frankreichs, Großbritanniens, der USA, Polens, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion — diese schloß sich aus eigenen Machterwägungen diesem Treiben an — bis zum Zweiten Weltkrieg anhielt und besonders von Politikern und Publizisten jener Staaten genährt wurde, die bereits 1918 persönlich diese Zielsetzung mitgestaltet haben. In den Kategorien weltweiter Mandatsverwaltungen und Kolonialausbeutung zu denken, war man in den Führungskreisen dieser Imperien ohnehin gewöhnt.

Hitler schob diesen Vorstellungen zeitweilig — soweit es Deutschland betraf — einen Riegel vor, ohne jedoch die Mentalität dieser "Großen" ändern zu können. So blieben sich Roosevelt, Churchill und ihre Hintermänner in Washington und London auch einig — Frankreich und andere Staaten wurden mehr und mehr in die Rolle von Mitläufern gedrängt —, ihre Zielsetzung nicht allzu deutlich in die Öffentlichkeit zu tragen, sondern lieber mit der Verkündung ihrer Kriegsziele zeitweilig zurückzuhalten, sich dafür aber selbst als die eigentlichen und alleinigen Repräsentanten bzw. Vorkämpfer der "Demokratien", der "Humanität" darzustellen.

Deutsch-russische Verhandlungen an der neuen deutsch-russischen Demarkationslinie in Polen, September 1939

Zwei bewährte deutsche Heerführer:
(v.l.) Generalfeldmarschall Schörner
Generaloberst Dietl

Politik "zur Niedermetzelung von Millionen Menschen vorangetrieben"

Premierminister Neville Chamberlain äußerte 1939 nach Kriegsbeginn: Großbritannien ist

"von Amerika und dem Weltjudentum in den Krieg getrieben worden." [11]

und "Wir waren bemüht, die Dinge voranzutreiben". [12]

Was das für "Dinge" waren, die "vorangetrieben" werden sollten, erläuterte Winston Churchill bei seiner Beschreibung der britischen Garantie an Polen vom 31.3.1939: "So wie sie gegeben worden war, mußte sie notwendigerweise zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen, doch Großbritannien sollte hierbei nicht stehenbleiben, sondern nun vorwärtsgehen". (Memoiren, "Der Zweite Weltkrieg" Bd. I "Der Sturm zieht auf" S. 421 - 423 sowie Unterhausrede am 3.4.1939)

Dieses Streben wurde damit motiviert, man "müsse" die "Nazi-Tyrannei" ausrotten, "das Streben Deutschlands nach Weltherrschaft" vereiteln, "Recht, Moral und Humanität im internationalen Zusammenleben wiederherstellen", "das europäische Gleichgewicht erhalten" usw.

"Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands."

Diese Aussage Churchills im BBC im November 1939, wenige Tage nach den Vermittlungsvorschlägen Belgiens und der Niederlande, kam der wahren Sachlage schon nahe. Auch der Hinweis, daß Churchill damals nicht Mitglied der britischen Regierung gewesen und deshalb seine Aussage nicht mit dem Willen der britischen Regierung zu identifizieren sei, ist nicht sachgerecht, denn:

Churchill gab nur kund, was die britische Regierung oder ihre Vertreter selbst aus "Schicklichkeit" zwar nicht publizieren wollten, sie aber in Wirklichkeit betrieben, was auch durch die Nachkriegsveröffentlichungen der britischen Akten bestätigt wurde. Diese Wahrheit kann auch nicht mehr dadurch vertuscht werden, daß aus den britischen geheimen Kabinettspapieren von 1938, die nach 30 Jahren Bewährungsfrist am 1.1.1969 für das öffentliche Studium freigegeben werden sollten, der für die Vorkriegsgeschichte wichtigste Aktenband "spurlos verschwunden" ist. "Es fehlen", so heißt es in der Presse, "nun Aufzeichnungen der Periode, in der Chamberlain sich für Entspannung oder Kriegsvorbereitung entscheiden mußte". Immerhin ist dieser Sachverhalt bezeichnend. Schließlich hat ja auch der "sehr ehrenwerte" Lord Vansittart seine Akten zeitig verschwinden lassen.

Bereits damals hatte sich Winston Churchill, der erneut "First Lord of the Admirality", diesmal im Kabinett Neville Chamberlain war, immer deutlicher zum stärksten Mann hinter den Kulissen entwickelt, nicht zuletzt dank seiner vertraulichen Privatkorrespondenz mit US-Präsident Franklin Delano Roosevelt, die bekanntlich heute noch versiegelt ist. Wie Churchill in den Besitz des mit höchster Geheimhaltungsstufe versehenen amerikanischen Geheimcode gelangen konnte, ist nach wie vor ungeklärt. Seine erste von mehreren hundert Botschaften lautete:

"Ich bin Halb-Amerikaner und die naturgegebene Person, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Es ist notwendig, uns persönlich zu treffen (It is evident we see eye to eye). Wenn ich Premierminister werden sollte, könnten wir die Welt kontrollieren." [13]

Wer also wollte die Welt kontrollieren — Adolf Hitler oder Winston Churchill?

Bezeichnend ist auch, daß der in der Code-Abteilung der US-Botschaft in London tätige Tyler Kent, der diese Korrespondenz verschlüsselt von und nach Washington zu empfangen bzw. zu senden hatte, sofort im Mai 1940 in den britischen Kerker verbannt wurde, als Winston Churchill zum Premierminister in Großbritannien aufrückte. Er wurde mit Zustimmung der Regierung Roosevelts den ganzen Krieg über im Camp Hill Gefängnis, Newport, auf der Insel Wight festgehalten.

11) W. Millis, "The Forrestal Diaries", New York 1951, S. 122.
12) K. Feiling, "The Life of Neville Chamberlain", London 1947, S. 416; — Chamberlain in einem Brief an seine Schwestern vom 10.9.1939.
13) John Howland Snow, "The Case of Tyler Kent", New Canaan, Connecticut 1982, S. 6 (USA — 06840, P.O. Box 3).

Er hatte Kopien der diplomatischen Korrespondenz, die Roosevelts geheime Kriegspolitik enthüllten, Kongreßabgeordneten und Senatoren zugeleitet, um sie auf diese Machenschaften des Präsidenten hinter dem Rücken des amerikanischen Volkes hinzuweisen und um Abhilfe zu sorgen. Dies führte zu seiner 5-jährigen Inhaftierung. Roosevelts Kriegsmaßnahmen liefen jedoch ungehindert weiter. Die diesbezügliche Korrespondenz zwischen ihm und Churchill von 1939 bis 1945 blieb bis heute — 40 Jahre danach — geheim. Als Tyler Kent am 21.11.1945 entlassen wurde, konnte er nur noch die Umrisse hiervon im Gedächtnis haben.

Tyler Kent anläßlich seines ersten öffentlichen Auftretens nach dem Krieg Anfang September 1982 im Bismarck-Hotel in Chicago.

****

Winston Churchill hatte jahrelang das Vorfeld der gegen Deutschland gerichteten Agitation abgesteckt, so daß vor allem die ausländischen "Freunde" — vornehmlich die Sowjets — sowohl aus den direkten als auch indirekten Äußerungen die eigentlichen Absichten und und Zielsetzungen sezieren konnten. So aus der Presse, offiziösen Verlautbarungen, Reden führender Männer, diplomatischen Gesprächen usw. Der ehemalige britische Botschafter in Berlin, Henderson, sprach 1941 von "Nachkriegsdeutschland" in dem Sinne, daß es nach dem Sieg fortan kein Land mehr geben dürfe, das "Deutschland" heißt. *"Daily Mirror"* suggerierte zur gleichen Zeit seinen 15 Millionen Lesern

> "Nur der Name? Löscht das Land aus, werden manche Leute sagen, viele Leute ... jede Art von Einheit verbieten... wie Mandatsgebiete behandeln!"

Gleichzeitig agitierte der Hauptredner des britischen Außenministers, Lord Vansittart, zusätzlich zu seinen zum Völkermord aufrufenden Büchern "Black Record" ("Schwarze Vergangenheit") und "Lessons of my Life" ("Lehren meines Lebens") für die Vernichtung des deutschen Volkes; es sei ihm zufolge "sogar besser, die Russen am Rhein zu haben als die Deutschen". 14)

Ihm standen die Führungskräfte zur Seite, die diese Politik auch durchführten. Unzählig sind die Forderungen maßgebender britischer "Demokraten" schon zu Kriegsbeginn, teilweise schon vor 1939 auf Einbeziehung der Frauen und Kinder in die Blockade, in den totalen Bombenkrieg, bei den "Maßnahmen zur Westverschiebung der polnischen Grenzen" (Anthony Eden, Duff Cooper, Lord Halifax, Lord Berisha, Prof. Lindemann, Luftmarschall Harris, Lord Vansittart). Und die Manager der britischen Presse wurden nicht müde, diese Proklamationen tagein, tagaus ins Volk, ja in die Welt zu tragen. Schon am 18. Dezember 1939 verkündete *"Daily Herald"* :

> "Hört endlich auf, von Friedensbedingungen zu sprechen, schlagt Deutschland in Stücke, macht den Rhein zur Westgrenze und die Oder zur Ostgrenze. Gebt Sachsen den Tschechen und Holstein an Dänemark, nehmt den Hunnen alle Chancen."

"Financial News" lobte im September 1941 die Ansicht von Raymond C. Miller sehr, die deutsche Industrie vernichten, die deutschen Großstädte entvölkern und die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland durchsetzen zu wollen.

KPD einmal sachlich

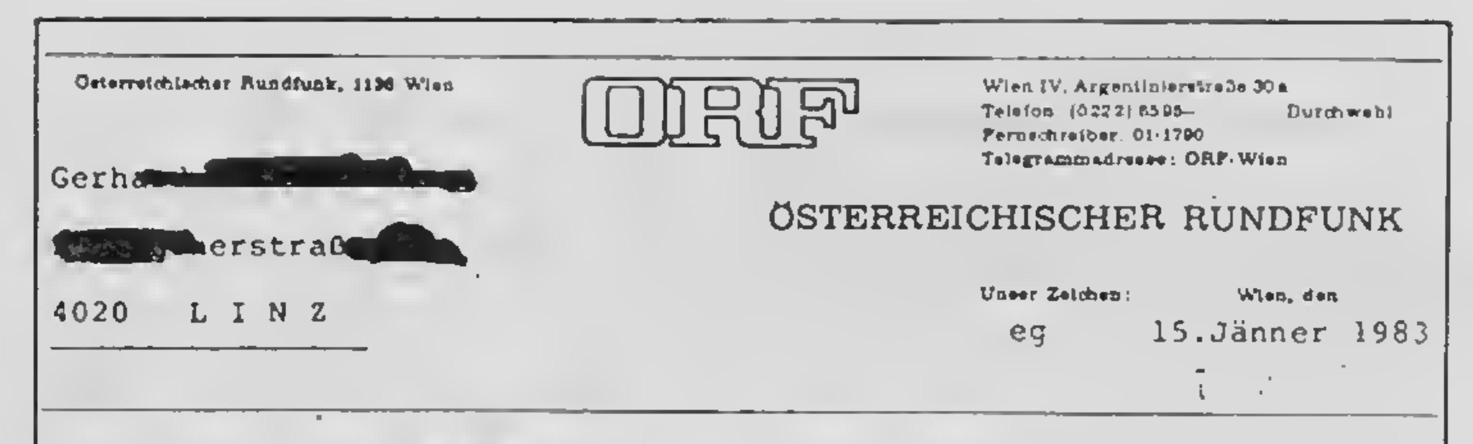
Eine außerordentlich bemerkenswerte Broschüre von Karl Bittel, "Die Feinde der deutschen Nation — Eine historische Dokumentation über die Deutschland-Politik der imperialistischen Westmächte" bietet hierzu nähere Einzelheiten. Das geschichtlich Bedeutsame dieser Broschüre besteht darin, daß sie vom Parteivorstand der KPD — "Innerparteiliches Material" — in mehrfach verbesserten Auflagen 1952 und 1953 in Berlin herausgegeben worden ist. Sie trägt somit kommunistisch-parteiamtlichen Charakter.

Aus dieser parteiamtlichen Publikation wird einmal mehr deutlich, daß

1.) der sowjetischen Führung frühzeitig — bereits vor Ausbruch des Krieges am 1. September 1939 — bekannt war, wie intensiv die führenden Länder auf die Zerschlagung Deutschlands hingearbeitet haben, und es daher für die Sowjetunion gar kein Risiko war, sich ebenfalls diesem Feldzug anzuschließen und eigene diesbezügliche Forderungen gegen Deutschland und die osteuropäische Staatenwelt massiv durchzuzwingen,

2.) die Behauptungen der deutschen Führung während des Zweiten Weltkrieges über die Zielsetzungen Großbritanniens und der USA weder erlogen noch übertrieben waren.

14) Anton Zischka, "War es ein Wunder? ", Hamburg 1966, S. 75.



Österreichischer Rundfunk, 1136 Wien

ORF

Wien IV, Argentinierstraße 30a
Telefon (0222) 6595– Durchwahl
Fernschreiber 01-1790
Telegrammadresse: ORF-Wien

ÖSTERREICHISCHER RUNDFUNK

Gerha[geschwärzt]
[geschwärzt]erstraß[geschwärzt]
4020 L I N Z

Unser Zeichen: eg
Wien, den 15.Jänner 1983

Senr geehrter Herr [geschwärzt]r !

Sie haben am 24.Dezember 1982 um 9 Uhr richtig gehört. Die Sendung enthielt tatsächlich eine Meldung über die angebliche Zusammenarbeit von Admiral Canaris mit dem amerikanishen Geheimdienst. Sie finden beiliegend eine Ablichtung dieser Meldung und des kurzen AFP-Berichtes, auf den sie sich bezog. Die Darstellung ist im übrigen in den Tagen darauf - also nach den Feiertagen - auch von mehreren deutschen Zeitungen wiedergegeben worden.

Mit freundlichen Grüßen

Adolf Poindl
Leit.Redakteur der Nachrichten des AKTUELLEN DIENSTES

ZCZCAAAA
U S A Canaris-US-Agent
APA 005-AL
US-Geheimdienst arbeitete mit Canaris zusammen
Utl.: Informationen über "V-1" und "V-2" gesammelt=
W A S H I N G T O N, 24.12. (afp) - Die deutsche Spionageabwehr unter Admiral Canaris hat mit dem amerikanischen Geheimdienst zusammengearbeitet. Das geht aus Kongreßprotokollen hervor, die jetzt in Washington veröffentlicht wurden. ++++
Diesen Dokumenten zufolge, die aus dem Jahre 1947 stammen, hatte der spätere CIA-Chef Allen Dulles als Agent in der Schweiz während des Krieges Kontakt zur Gruppe Canaris. Wie Dulles vor einem Untersuchungsausschuß angab, konnten durch diese Kontakte erste Informationen über Hitlers ''Wunderwaffe'' V-1 und V-2 gesammelt werden.
(Schluß) ak/ss
APA 005 1982-12-24/00:10

♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦

So also gesteht die parteiamtliche KPD-Broschüre:

"Eine bezeichnende Beobachtung aus England, wo er sich damals als Emigrant aufhielt, übermittelt darüber Hermann Rauschning, wenn er folgendes bemerkt:

'Gab es schon vor Ausbruch des Krieges Elemente, die es ablehnten, zwischen dem nationalsozialistischen Regime und dem deutschen Volk, einem 'wahren Deutschland' und dem Zerrbild des Hitler-Deutschland zu unterscheiden, so wurde dies fortan überhaupt unmöglich... Nachdem Hitler seinen Angriff auf Rußland lanciert hatte, setzten sich ganz andere Tendenzen durch. Der Westen sah in dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges nun die Chance, Deutschland endgültig niederzuwerfen und definitiv am Boden halten zu können.

Bezeichnend für die Wandlung war des späteren Lord Vansittarts Broschüre 'Black Record', die im Winter 1940 erschien und einen großen Erfolg hatte. Ihre Tendenz war offensichtlich: 'ceterum Germaniam esse delendam!'.

Lord Vansittarts 'Black Record' war für mich der innerlich überzeugende Beweis für die Tatsache, daß sich mindestens eine machtvolle politische Gruppe in England die dauernde Beseitigung Deutschlands als gleichrangigen politischen und wirtschaftlichen Faktor zum Ziel gesetzt hatte." [15]

Lord Vansittart, seit 1930 Unterstaatssekretär im englischen Außenministerium und von 1938 ab Hauptberater der englischen Außenpolitik, hatte mit diesem Schlachtruf 'Deutschland muß zerstört werden'! bereits im Jahre 1940 eine Parole von außerordentlicher Wirkung geprägt. In England und vor allem auch in Amerika wurde sie als imperialistischer Macht- und Vernichtungswille aufgenommen und durch Presse und Rundfunk propagiert, so daß sie weitgehend die öffentliche Meinung zu beherrschen begann.

Vansittart forderte eine rücksichtslose Politik der Ausrottung. Deutschland sollte auf der Weltkarte 'ausradiert' werden, niemals mehr dürfe eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden, und selbst der Name 'Deutschland' müsse verschwinden....

Imperialistische Haßpropaganda gegen Deutschland wurde vor allem auch in Frankreich betrieben. Hier kamen die alten Forderungen wieder an die Tagesordnung, daß man Deutschland in ohnmächtige Kleinstaaten zerstückeln und ihm seine nationale Souveränität als Einheitsstaat nehmen solle. Sehr deutlich lesen wir von solchen Plänen in einem Artikel von Charles Maurras in der 'Action Francaise' (Paris, 30. Mai 1940). Der Zwischentitel lautete 'Deutschland in 26 Staaten aufteilen!' Wörtlich heißt es in diesem Artikel:

'Die Aufteilung Deutschlands in eine Anzahl kleiner Staaten, das ist das Hauptziel, für das Frankreich kämpft, und das ist die permanente Hauptsorge der französischen Propaganda, sagen wir des wahrhaften Frankreich.... Mit Ausnahme der sozialistischen Elemente wird die Idee in Frankreich weitgehend vertreten.'

Pläne zur vollständigen Vernichtung Deutschlands in Amerika und in England seit 1941/1942

Wer auch nur einigermaßen die imperialistische Kriegspropaganda in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien während des Hitlerkrieges beobachten konnte, weiß, daß nicht der Sieg über den Faschismus und der Sturz der Hitlerdiktatur im Mittelpunkt standen, sondern daß die absurdesten Pläne zur Vernichtung Deutschlands als Nation diskutiert und propagiert wurden. Pläne sowohl gegen den territorialen und staatlichen Bestand Deutschlands als auch in bezug auf die physische Existenzvernichtung des deutschen Volkes überhaupt. Äußerungen von Repräsentanten des amerikanischen Imperialismus, unzählige Presseartikel und Broschüren aus dieser Zeit geben Zeugnis von solchen territorialen Zerstückelungsplänen und den Absichten zur Dezimierung und Ausrottung der deutschen Bevölkerung.

Allbekannt ist, daß am Tage des heimtückischen Überfalls Hitlers auf die Sowjetunion [16] – am 22. Juni 1941 – vom damaligen amerikanischen Senator Harry S. Truman die zynische Parole ausgegeben wurde:

'Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, so sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, so sollten wir Deutschland helfen; sollen sich nur auf diese Weise möglichst viele totschlagen.' (Let them kill as many as possible) [17]

Wie solche Brutalität imperialistischen Denkens sich damals mit politischem Irrsinn bei den Vernichtungsplänen mischte, zeigt beispielsweise eine in hoher Auflage in den USA im selben Jahr 1941 verbreitete Schrift von Th. N. Kaufman 'Deutschland muß untergehen!' [18] Zu den abstrusen hirnverbrannten Maßnahmen, die dieser Kaufman propagierte, gehörte auch der Plan einer

15) Hermann Rauschning, "Deutschland zwischen West und Ost", Berlin 1950, S. 35.

16) Vergl. zur Richtigstellung: "Historische Tatsachen" Nr. 14: "Moskau 1940 kriegsentschlossen"

17) "New York World-Telegram", 23. Juni 1941 + "Time", 2.7.1951.

18) Th. N. Kaufman, "Germany must perish!", New York 1941, 104 Seiten.

vollständigen territorialen Liquidierung Deutschlands und die restlose Aufteilung all seiner Gebiete an die Nachbarstaaten. Wie diese totale Auslöschung der deutschen Nation aussehen sollte, ist in einer in jener Schrift abgedruckten Karte eingezeichnet, aus der sich folgende Aufteilung ergibt:

Von Deutschland sollte also Null-Komma-nichts übrigbleiben! Doch dieser Wahnwitz hatte Methode und ging noch weiter. Für die totale physische Vernichtung der nach den sinnlosen Luftbombardements auf die Wohnbezirke der Großstädte noch übrigbleibenden Reste des deutschen 'Volkes ohne Vaterland' hatte sich Herr Kaufman eine Sterilisierung aller überlebenden Männer und Frauen ausgedacht, um damit das Aussterben der Deutschen in einer einzigen Generation herbeizuführen. Entsprechend sollte auch die deutsche Sprache sofort verboten, sollten sämtliche deutschen Zeitungen eingestellt, alle Literatur und selbst in den Schulen für die Jugend die deutsche Sprache abgeschafft werden.

In den Fußstapfen Kaufmans bewegte sich eine ganze Serie von Autoren.[19] Wenn man ihre literarischen Produkte sichtet, bekommt man die Vorstellung von einer wahnsinnigen Zerstörungshysterie, die während des Krieges in den USA und in England geradezu gezüchtet worden ist. So schrieb der Engländer Lorimer, daß man eine Reihe autonomer deutscher Kleinstaaten schaffen und die deutsche Schriftsprache zugunsten der nationalen Dialekte abschaffen müsse. Der Amerikaner Dodd propagierte den alten Plan des Generals Foch hinsichtlich einer Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland. Ein gewisser Heartman gab in seiner Flugschrift die radikale Parole aus: Nach diesem Krieg darf es kein Deutschland mehr geben! Er verlangte die vollständige Auslöschung der deutschen Nation; ein kleiner Rest, den man 'entweder Hannover oder Neuland' nennen sollte, könne bestenfalls übrigbleiben. Er griff dabei zurück auf einen Plan, der während des I. Weltkrieges bereits ausgeheckt worden war und von Deutschland damals nichts übrig lassen wollte als eine kleine ohnmächtige Provinz 'Thüringen', wie sie auf nebenstehender Karte abgebildet ist.

Auch ein Kanadier Lionel Gelber forderte die Zerstückelung Deutschlands. Der Engländer Einzig befürwortete die vollständige Demontage der Industrie, vor allem der Werkzeugmaschinenindustrie, wobei die freiwerdenden deutschen Arbeiter als Kolonialsklaven verwendet werden sollten. Der Engländer Duncan verlangte, daß die junkerlichen Güter und die deutsche Schwerindustrie nicht einfach ihren Eigentümern abgenommen, sondern daß sie zerstört werden müßten, wobei er sich ausdrücklich von einer Gruppe von Engländern distanzierte, die den Plan der Sterilisierung von 40 Millionen männlicher Deutscher, 'zehn Minuten pro Sterilisation, mit einem Kostenaufwand von 5 Millionen Pfund Sterling', entworfen hatten. Der ehemalige langjährige amerikanische Handelsattaché in Berlin, Douglas Miller, schrieb in einem Artikel der 'New York Times' 1941, daß es untragbar sei, weiterhin 70 Millionen Deutsche im Herzen Europas leben zu lassen:

'Deutschland muß von einer produktiven Mitarbeit in der Nachkriegswelt ausgeschlossen werden. Alle Transportmittel sind fortzuschaffen, Metall und Maschinenlager mit Beschlag zu belegen, strategisch wichtige Eisenbahnlinien sind in der Hand der Siegermächte zu halten. Die künftigen Grenzlinien sind so zu ziehen, daß die Kohlen- und Erzgebiete im Osten und Westen außerhalb der Reichsgrenze liegen. Die Häfen und die Grenzen sind so zu bewachen, daß Maschinen und Metalle nicht in das Reich hereinkommen. Deutschland muß gezwungen werden, sich lediglich auf Ackerbau und eigene Ernährung zu beschränken. Die deutschen Städte müssen entvölkert werden. Die Bevölkerung muß gewaltsam niedergedrückt werden. Die deutsche Jugend muß zur Auswanderung in fremde Länder gezwungen werden.'

Daß Projekte zur Zerstückelung Deutschlands in den ersten Kriegsjahren auch bereits ein wesentlicher Bestandteil der offiziellen amerikanisch-englischen Kriegspolitik gewesen sind, bestätigte später Professor Ph. E. Mosely, seinerzeit Experte im amerikanischen Außenministerium, mit außerordentlich aufschlußreichen Enthüllungen:

'Der Gedanke, Deutschland in mehrere oder viele unabhängige und miteinander rivalisierende Staaten aufgeteilt zu halten, hat eine lange Vorgeschichte. Er war ein Hauptziel der französischen Politik von Richelieu bis zu Napoleon III. und Clemenceau...

Es besteht einiger Grund zu der Annahme, daß Churchill gelegentlich seines ersten Besuches bei Roosevelt im Dezember 1941 die Möglichkeit einer Zerstückelung Deutschlands vorgebracht hat. Jedenfalls scheint Roosevelt diese Möglichkeit schon Anfang 1942 im Sinne gehabt und Staatssekretär Sumner Welles darauf hingewiesen zu haben, daß sie verdiene, vom Außenministerium studiert zu werden.

Auf jeden Fall wurde das Für und Wider einer Zerstückelung Deutschlands seit Beginn des Jahres 1942 im amerikanischen Außenministerium sorgfältigen Erwägungen unterzogen. Staatssekretär Sumner Welles übertrug die Untersuchung dieses Problems dem 'Beratungsausschuß für Nachkriegsprobleme', der im Januar 1942 ernannt worden war und sich aus einer Anzahl hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammensetzte, die über weltweite politische Erfahrungen verfügten. Es war eine der Hauptfragen, denen dieser Ausschuß langwierige Untersuchungen widmete. Ausführliche Zusammenstellungen der Argumente für und wider die Aufteilung wurden auch von einer aus Mitarbeitern des Außenministeriums bestehenden Forschungsgruppe ausgearbeitet.

Es wurden Pläne für die Aufteilung Deutschlands nach dem Kriege in drei, fünf oder sieben einzelne Staaten entworfen und die sich daraus jeweils ergebenden politischen, wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Probleme analysiert. "[20]

Unerwähnt in dieser KPD-Broschüre blieb indessen, wie von Berlin aus diese USA-Strategie provoziert worden sein soll. Adolf Hitler hatte mit keinem einzigen Akt in amerikanische Lebensinteressen eingegriffen oder einzugreifen beabsichtigt. Das war in Washington eindeutig bekannt! Die Beherrscher der Weltmeere, somit auch des Atlantik, waren Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika. Auch wurde in der KPD-Broschüre nicht hervorgehoben, daß die Zerstückelungspläne gegenüber Deutschland bereits zu einer Zeit in Washington genährt wurden, als zwischen Deutschland und den USA offiziell Frieden herrschte. Doch jeder Sachkenner weiß das. Von "imperialistischer Kriegs- und Haßpropaganda", von "Brutalität imperialistischen Denkens", von "hirnverbranntem Wahnwitz" im Zusammenhang mit Aufteilungsplänen gegenüber einem souveränen Land (Deutschland) zu sprechen, ist somit sachgerecht. "Kriegsschuld" und Kriegsverbrecher-Anklagen daraus zu folgern wäre notwendig.

19) E.O. Lorimer, "What the German needs", London 1942 +
Maurice Leon Dodd, "How many World Wars? ", New York 1942 +
Charles F. Heartman, "There must be no Germany after War", 1942 +
Lionel Gelber, "Peace by Power", New York 1943 +
Paul Einzig, "Can we win the Peace? ", London 1942 +
Ivor Duncan, "Die Quelle des Pan-Germanismus", "Central European Observer", London, März 1942.

20) Ph. E. Mosely, "Dismemberment of Germany, The Allied Negotiations from Yalta to Potsdam" in "Foreign Affairs", April 1950, S. 487.

Friedensbedingungen, sprich: Kriegsziele "fürchterlich"

Wie verhielt sich Winston Churchill als Kriegspremier gegenüber den Haßsängern aus den Reihen der britischen Publizistik, Diplomatie und ausländischer "Freunde"? Er trat diesen Völkermordaposteln keineswegs entgegen, sondern war ja ihr Exponent, der jahrelang vorher von weniger verantwortlichen Positionen aus diese Flöte geblasen hatte. Als Kriegspremier weigerte er sich indessen aus propagandistischen Gründen, seine Kriegsziele bekanntzugeben.

So erklärte er nach Rückkehr von der Atlantik-Konferenz mit Roosevelt am 9.9.1941 vor dem Unterhaus:

"Wie das Haus weiß, habe ich eine Formulierung der Friedens- und Kriegsziele durch die Regierung Seiner Majestät bisher konsequent abgelehnt. Ich lehne sie auch jetzt ab, da das Ende des Krieges noch nicht in Sicht ist... da die Bedingungen und Bindungen, die bei Kriegsende herrschen werden, noch nicht abzusehen sind... Es wäre für uns in diesem Augenblick nicht förderlich, in langwierige Diskussionen über die Anwendung auf die mannigfaltigen Probleme verwickelt zu werden, denen wir nach dem Krieg gegenüberstehen werden." 21)

In der Atlantik-Charta, die auch der "friedliebende", nicht im Krieg befindliche Roosevelt unterzeichnet hat, stand es deutlicher:

"Endgültige Zerstörung der Nazi-Herrschaft und Entwaffnung der Angreifer."

Geheim war die Absprache geblieben, daß die Atlantik-Charta Deutschland keinerlei Rechte zugestand, denn "für die Feinde sollte sie nicht gelten". Was aber hieß für Churchill "Zerstörung der Nazi-Herrschaft"?

Am 8.12.1941 definierte er im Unterhaus: "Vernichtung der Wurzel des Übels und seiner Zweige"; "Verwischung der Spuren materieller und sittlicher Verwüstung, welche die Deutschen hinterlassen". 22)

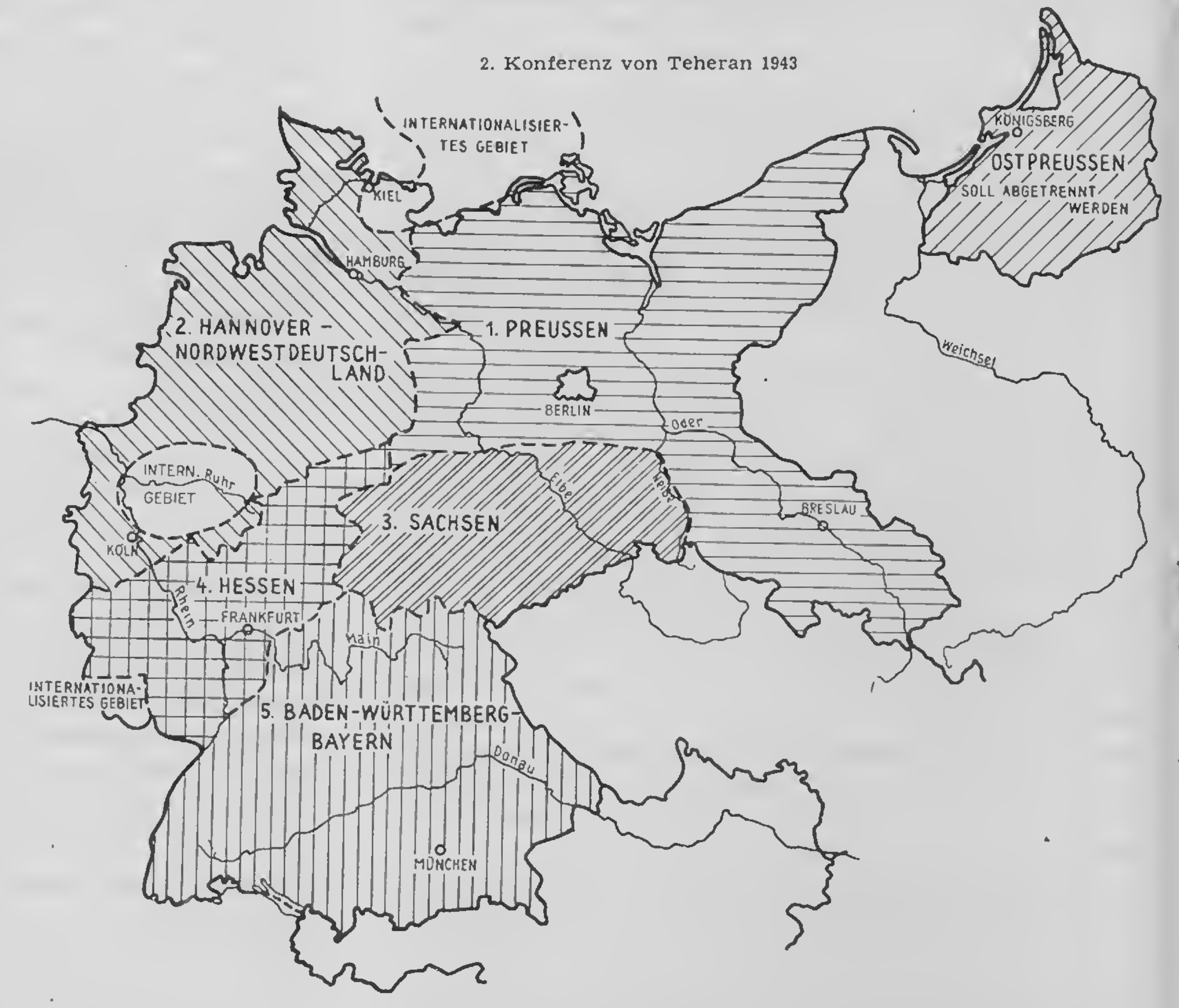
Drei Tage später, am 11.12.1941:

"Es wäre wirklich eine Schmach für unsere Generation, wenn wir ihnen nicht eine Lektion erteilen würden, die in 1.000 Jahren noch nicht vergessen sein wird." 23)

Im Schreiben vom 22.11.1941 teilte er Stalin mit:

"Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie auch über die Friedensregelung nach dem Kriege sprechen möchten. Unsere Absicht ist es, im Bündnis und in ständiger Fühlungnahme mit Ihnen den Krieg in äußerster Anstrengung zu führen, ganz gleich, wie lange er dauern möge. Und wenn der Krieg gewonnen ist — ich bin sicher, daß es so sein wird — erwarten wir, daß Sowjetrußland, Großbritannien und die USA auf der Konferenz der Sieger zusammenkommen als die drei Hauptpartner und als die Mächte, die den Nazismus vernichtet haben. Natürlich muß es die erste Aufgabe sein, Deutschland, und vor allem Preußen, daran zu hindern, ein drittes Mal über uns herzufallen". 24)

2. Konferenz von Teheran 1943



Stalin war zufrieden und einigte sich schnell auf diese Formel, die alles enthielt.

Allein die Formulierung "ein drittes Mal über uns herfallen" mußte selbst Stalin als Blasphemie erscheinen, denn 1939 hatten schließlich Frankreich und England an

21) W. Churchill, Reden, Band II, Zürich 1947, S. 349.
22) ebenda S. 461.
23) ebenda S. 495.
24) Winston Churchill an Stalin vom 22.11.1941. — Schriftwechsel aaO., russ. Bd. I, S. 33.

Deutschland den Krieg erklärt, und keineswegs ist Deutschland über jene Länder "hergefallen"; auch 1914 sind Mobilmachungen und militärische Aufmärsche zuerst gegen Deutschland vorgenommen worden und nicht umgekehrt. Schon 1914 hat Großbritannien an Deutschland den Krieg erklärt und nicht umgekehrt. Und was den Rußlandfeldzug von 1941 anbetrifft, so wußte Stalin nur zu gut — und natürlich auch der britische Premier längst! —, daß der "deutsche Überfall auf die friedliebende Sowjetunion" die Folge seines eigenen Kriegsentschlusses vom April/Mai 1940 gegen Deutschland war. Doch was störten sich die "demokratischen" Politiker Stalin, Roosevelt und Churchill schon um solche Fakten, wo sie doch mit skrupelloser Verdrehung der Sachverhalte und verwildeter Agitation jeder für sich national-egoistische Expansionsziele durchsetzen wollten!

Schließlich gibt Churchill in seinen Memoiren zu:

"Mein Hauptbeweggrund, die Bekanntgabe festumrissener Friedensbedingungen immer wieder abzulehnen, obwohl sie oft verlangt wurde, war, daß eine Erläuterung der Bedingungen, auf denen die drei großen Bundesgenossen unter dem Druck der öffentlichen Meinung hätten bestehen müssen, auf jede deutsche Friedensbewegung noch abstoßender gewirkt hätte als die verschwommene Formel von der 'bedingungslosen Kapitulation'. Ich erinnere mich an einige Versuche, Friedensbedingungen zu entwerfen, mit denen man dem Rachedurst der Sieger Genugtuung verschaffen wollte. Sie wirkten schwarz auf weiß so fürchterlich und gingen soweit über das hinaus, was später in Wirklichkeit geschah, daß ihre Veröffentlichung den deutschen Kampfwillen nur geschürt hätte. Man mußte sie tatsächlich nur niederschreiben, um sie zu verwerfen". [25]

Reichsminister Dr. Joseph Goebbels schrieb bereits 1941 in seinem Buch "Zeit ohne Beispiel" (S. 396):

"Und so stellen wir die erstaunliche Tatsache fest, daß England einen Krieg auf Leben und Tod führt, ohne daß der dafür verantwortliche Mann in der Lage wäre, zu sagen, wofür. Mehr noch, daß die Presse in den USA sich dieses Kriegsziel, das doch offenbar in tiefes Geheimnis gehüllt ist, trotzdem zu eigen macht. Denn es wird doch wohl niemand an uns die Zumutung stellen wollen, daß wir die billigen Phrasen von Menschlichkeit, Zivilisation und Humanität und Kultur, die die englischen Publizisten, wenn sie gestellt werden, unverbindlich vor sich hinmurmeln, für die wahren Kriegsziele Großbritanniens anzusehen... Lord Halifax, Botschafter in Washington, erklärte auf einem Bankett der amerikanischen Pilgrimsgesellschaft in New York: 'England kämpfe für einen gerecht verteilten Wohlstand'. — Wozu kämpfen? London hätte ja den Wohlstand der Welt, der sich ohnehin zum größten Teil in seinen Händen befindet, auch schon vor dem Krieg gerecht verteilen können..."

In der Tat war im geheimen längst etwas anderes abgesprochen.

War die us-amerikanische Öffentlichkeit infolge der Politik Roosevelts bereits seit 1937 ("Quarantänerede") in eine stetig gesteigerte Kriegspsychose hineinversetzt worden — zwecks Ablenkung der amerikanischen Öffentlichkeit von den 11 Millionen Arbeitslosen in den USA —, so urteilt jeder sachkundige und ehrliche Historiker rückblickend, daß es F.D. Roosevelt gar nicht darum gegangen war, Hitler oder die NSDAP abzuschaffen, um damit "die Welt" und das deutsche Volk von einer "Tyrannis" zu befreien. "Für ihn waren Hitler und das deutsche Volk dasselbe" [26]. Seine Politik war auch seinem eigenen Volk gegenüber durch und durch verlogen: er pflegte der Öffentlichkeit, ja selbst seinen Kabinettsmitgliedern, etwas anderes mitzuteilen, als W. Churchill oder Stalin bzw. als was er durchführte. Sein Entschluß, die Japaner zu provozieren und somit durch die "Hintertür" in den europäischen Krieg auch "gegen den Willen der Öffentlichkeit" einzusteigen, ist von zahlreichen amerikanischen Historikern wie Theobald, Barnes, Chamberlin, Dall, Tansill, Flynn, Fish u.a. als kriegsverbrecherisch nachgewiesen worden. Auch nach diesem Kriegseintritt — entsprechend seiner Feststellung: "Ich kann keinen Krieg erklären, aber ich kann Krieg machen" — entschied dieser "Demokrat" im konspirativen persönlichen Alleingang über Zielsetzung und Einsatz der Weltmacht USA. — Spitzenleistung eines angeblichen "Volkswillens"!

Dann gab es jene verhängnisvolle Pressekonferenz, auf der er die Forderung auf "Bedingungslose Kapitulation" aufstellte. Kurz darauf log er erneut seine Umgebung an, indem er feststellte, dieses Wort sei ihm "in einem unbedachten Augenblick herausgeschlüpft". Sherwood schreibt hierzu:

"Mit jener Erklärung, die andeutete, er habe in der Hitze des Augenblicks ein unbedachtes Wort sich entschlüpfen lassen, tat er sich selbst schweres Unrecht. Denn diese Ankündigung der bedingungslosen Kapitulation war mit sehr tiefer Absicht gesprochen. Ob sie klug war oder töricht, ob sie den Krieg verlängerte oder abkürzte — oder ob sie überhaupt keinen Einfluß auf die Dauer des Krieges hatte (was möglich scheint) — sie gab jedenfalls der vorbedachten Politik Roosevelts den wahren Ausdruck, und er hat alle Zumutungen, die Ankündigung zurückzuziehen oder sie abzuschwächen, zurückgewiesen bis zu seinem Tode. Er hat sie in der Tat sehr oft wiederholt. Roosevelt behauptete zwar, er sei auf die Pressekonferenz in Casablanca nicht vorbereitet gewesen, aber Hopkins vermerkte in seiner Beschreibung der Konferenz, daß Roosevelt bei seiner Ansprache Notizen zu Rate zog. Die Aufnahmen von der Konferenz zeigen ihn, wie er mehrere Bogen in der Hand hält, die vorher sorgfältig vorbereitet waren. Die Seiten enthielten folgenden Absatz: 'Der Präsident und der Premierminister sind in Ansehung der gesamten Kriegslage mehr denn je dazu entschlossen, daß nur eine totale Beseitigung der deutschen und der japanischen Kriegsmacht der Welt den Frieden bringen kann. Dies führt zu der einfachen Formulierung der Kriegsziele, welche eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Japans und Italiens zum Inhalt hat. Die bedingungslose Kapitulation dieser Mächte kann allem Ermessen nach den Weltfrieden für Generationen sichern. Bedingungslose Kapitulation bedeutet nicht die Vernichtung der deutschen, japanischen oder der italienischen Bevölkerung, sie bedeutet vielmehr die Zerstörung einer Weltanschauung in Deutschland, Italien und Japan, die auf der Eroberung und Unterjochung anderer Völker beruht.'" [27]

25) W. Churchill, "Der Zweite Weltkrieg" 4. Buch, Bd. 2, S. 312.
26) Rudolf Fiedler, "Würfelspiel um Deutschland 1944 - 1956", Düsseldorf 1957, S. 45.
27) Robert Sherwood, "Roosevelt und Hopkins", Hamburg 1948, S. 570.

Morgenthau-Plan – Roosevelts Lieblingsgedanke

Rudolf Fiedler ergänzt in seinem Buch "Würfelspiel um Deutschland 1944 - 1956", S. 49 - 50 :

"Robert Sherwood, der zeitgenössische Chronist, bemerkte über Roosevelts Aufenthalt in Tunis: 'Roosevelt bezeigte großes Interesse an der Lage des alten Karthago – das sich auch einmal bedingungslos hatte ergeben müssen. Damit steht außer Zweifel, daß – allen anderen nachträglichen Darstellungen zum Trotz – der Morgenthauplan keineswegs nur die Eingebung flüchtiger Stimmungen war und blieb. Dazu haben sich damals die maßgeblichen Politiker Amerikas viel zu lange und intensiv mit Erinnerungen an den Untergang Karthagos belastet...' "

Ja, Fiedler bestätigt (S. 46), daß die Zerstückelung Deutschlands zu Roosevelts "Lieblingsgedanken" zählte. Schon in Teheran hatte er sie angeregt, und auch in Jalta kam er wieder darauf zurück:

"Ich bin für die Zerstückelung. Als ich vor 40 Jahren Deutschland besuchte, ist dort der Nationalstaatsbegriff im Grunde unbekannt gewesen (!). Nach wie vor scheint mir die Aufteilung Deutschlands in fünf oder sieben Staaten eine gute Idee."

Ernst Deuerlein bestätigt diese Zerstückelungsabsichten Roosevelts:

"Bevor aber noch die sichtbare militärische Wende des Weltkrieges II, die Schlacht von Stalingrad, eingetreten ist, ist die Forderung nach einer Teilung Deutschlands zu einem festen Bestandteil der politischen Zielsetzung der Gegner Deutschlands geworden." 28)

"So zahlreich die publizistisch-propagandistischen Forderungen auf Zerstückelung Deutschlands sind, die bekannt gewordenen politisch-diplomatischen Bemühungen setzen erst im Dezember 1941 ein, wobei sie auch in diesem Zeitpunkt noch im Bereich unverbindlicher Erwägungen und Erörterungen bleiben (S. 142).

Bei den Besprechungen mit Stalin fällt jedoch auf, daß in Verträgen oder Abkommen festgelegte eindeutige Entschlüsse nicht gefaßt worden sind, wiewohl bereits eingehende Beratungen über Ausmaß und Art der Zerstückelung Deutschlands gepflogen worden sind. So sehr diese Frage diskutiert worden ist, sie mangelt der Festlegung einer darüber erzielten Verständigung. Es ist freilich so gesprochen worden, als ob eine ratifizierbare Einmütigkeit darüber bestehe, Deutschland aufzustückeln... (S. 143)

Die Beschäftigung mit der Teilung Deutschlands ist aber nicht nur das Spiel mit den Möglichkeiten der Zukunft. Ihre Behandlung ist so geführt worden, daß die Absicht, die erwogenen Pläne auch zu verwirklichen, nicht bezweifelt werden kann... (S. 146)

Unmißverständlich in bezug auf die Aufteilung Deutschlands ist der Plan Morgenthaus jun., der für Deutschland eine Form des politischen und wirtschaftlichen Lebens vorgeschlagen hat, die zu einer Auszehrung Europas hätte führen müssen...

Der Morgenthauplan hat den Gedanken der Aufteilung Deutschlands am stärksten propagiert. Seine Vorschläge liegen offen da...

Der Morgenthauplan setzt die Entwicklung fort, die mit der Ausschließung Deutschlands von der Atlantik-Charta eingeleitet und mit Roosevelts Forderung nach bedingungsloser Kapitulation weitergeführt worden ist." (S. 147)

"Noch blutdürstiger als im vergangenen Jahr"

Die Herausgeber der "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" in München, die sich seit Jahren ihres Auftrages der Umerziehung befleißigen, veröffentlichten im Heft 5, Juli 1959, hierzu folgende Ausführungen:

"In keinem Krieg des 19. Jahrhunderts, von den kolonialen abgesehen, ist der Sieg so total angestrebt oder so vollständig erreicht worden, daß bedingungslose Kapitulation gefordert worden war ... (S. 284)

Irgendeine Untersuchung darüber, welche Bedeutung die Forderung auf bedingungslose Kapitulation für die Kriegführung gewinnen werde, wurde nie von seiten der Washingtoner Generalstäbe aufgestellt... (S. 294)

Die Annahme, daß die Erklärung von Casablanca eine Roosevelt'sche Improvisation darstellte, ist unzutreffend...

Kosten und Mehrkosten der Forderung auf bedingungslose Kapitulation, ihr unelastischer Charakter, wurden von der Roosevelt-Administration gar nicht erst in Rechnung gestellt. Churchill erhob keinen Widerspruch, auch nicht das von ihm befragte Kriegskabinett in London. Dieses bestand sogar darauf, daß entgegen Churchills Vorschlag, solches nicht von Italien zu verlangen, ebenfalls bedingungslos kapitulieren müsse... (S. 295)

Gegenüber den immer wiederholten Anträgen der Männer der Propaganda, eine 'Hoffnungsklausel' verwenden zu dürfen, von oberster Stelle eine genauere, dem Feind mitzuteilende Erläuterung der Kriegsziele der Alliierten zu erlangen, um so 'die guten Deutschen' – wenn es ihrer genug gäbe, um den Versuch der Mühe wert zu machen – von den schlimmen zu trennen, hielt Roosevelt (Churchill war Mitläufer) unerschüttert an der Forderung nach unbedingter Übergabe fest, fester wohl als an allen Stücken seiner Politik. Ihn berührte es nicht, wenn ihm berichtet wurde, daß die Aufrechterhaltung seiner Forderung Goebbels erlaube, 'dies seinem Volk als das offizielle Bekenntnis der alliierten Absicht, Deutschland zu zerstören, zu erklären', eine Absicht, wie sie durch den Morgenthauplan oder den Vorschlag eines New Yorker Anwalts, die Deutschen en masse zu kastrieren, erhärtet zu sein schien." (S. 299)

28) Ernst Deuerlein, "Die Einheit Deutschlands", Frankfurt/M 1957, S. 141.

Roosevelts Behauptung in Jalta, er sei infolge der auf der Krim sichtbaren Zerstörung "noch blutrünstiger als im vergangenen Jahr" und er erwarte daher einen neuerlichen Trinkspruch Stalins auf den Tod von 50.000 deutschen Offizieren, war gleichermaßen erlogen. Er war vorher schon so "blutdürstig"! Bereits im August 1944, noch vor Unterzeichnung des Morgenthau-Planes, erklärte Roosevelt:

"Einige wohlmeinende, aber irregeleitete Beamte des Außenministeriums planen einen Frieden für Deutschland, den ich für einen weichen Frieden halte. Das ist nicht mein Plan. Man muß dem deutschen Volk beibringen, daß es für den Krieg verantwortlich ist. Für lange Zeit soll es nichts anderes haben als Suppe am Morgen, Suppe am Mittag und Suppe am Abend." 29)

Und im gleichzeitig vom US-Präsidenten unterzeichneten Morgenthauplan stand es ja klipp und klar: Deutschland sollte nicht nur entindustrialisiert werden, sondern auch aufgeteilt: Ostpreußen, Schlesien, das Saarland und die Gebiete zwischen Rhein und Mosel sollten an die jeweiligen Nachbarstaaten abgetrennt werden, das Ruhrgebiet, das Rheinland und die Gebiete nördlich des Nord-Ostsee-Kanals sollten als Freihandelsgebiet internationalisiert und der Rest Deutschlands in zwei lose verbundene Staaten umgestaltet werden. Der US-Staatssekretär Hull, ein Gegner dieses Planes, erkannte, daß, sollte dieser Plan durchgeführt werden, mindestens 40 Prozent der deutschen Bevölkerung daran zugrunde gehen müßten. Doch die spätere US-Besatzungsdirektive JCS/1067 war auf die konsequente Durchführung dieses Morgenthauplanes abgerichtet, somit auch auf die Zerstückelung Deutschlands.

Aber noch ein weiteres geht aus diesen US-amerikanischen Plänen hervor (man denke an den Nathan - Kaufman - Plan von 1941, der die Ausrottung des deutschen Volkes mittels Sterilisation propagierte und der von der Roosevelt-Administration gleichermaßen wohlwollend wie jeder andere Haßgesang gegen Deutschland geduldet und gefördert worden war.): Roosevelt wollte seine Truppen allenfalls für 2 bis 4 Jahre in Europa belassen und diesen Kontinent anschließend dem Bolschewismus übergeben. Und Stalin wußte das, waren doch engste Berater Roosevelts (Alger Hiß, Dexter White, Harry Hopkins u.a.) kommunistische Agenten.

Kardinal Spellmann gab ein Interview mit Roosevelt vom 3. September 1943, also noch vor der Teheraner Konferenz, wieder, das außerordentlich aufschlußreich ist:

"Ein Gespräch mit Stalin soll so bald wie möglich stattfinden. Präsident Roosevelt glaubt, ihm fiele es leichter, mit Stalin zu einer Verständigung zu kommen, als Churchill. Churchill sei zu idealistisch, während er, genau so wie Stalin, realistisch sei. Deshalb scheint eine Verständigung auf realistischer Grundlage wahrscheinlich. Roosevelt wünscht, so unwahrscheinlich es auch sein mag, von Stalin das Versprechen, die russischen Grenzen 'nicht über eine gewisse Linie' hinauszuschieben. Mit Sicherheit bekommt Stalin Finnland, die baltischen Staaten, die östliche Hälfte Polens, Bessarabien. Es besteht kein Anlaß, sich diesen Wünschen Stalins zu widersetzen, weil er die Macht hat, sich diese ohne weiteres selbst zu erfüllen. Deshalb ist es besser, ihm alles freiwillig zu geben. Es kommt hinzu, daß die Bevölkerung Ostpolens angeblich russisch werden möchte. Aber es ist keineswegs sicher, ob Stalin sich mit diesen Grenzen begnügen wird. Auf den Hinweis, Rußland habe bereits Regierungen kommunistischen Charakters für Deutschland, Österreich und andere Länder ernannt, die dort ein kommunistisches Regime errichten würden, so daß die Russen nicht einmal einzumarschieren brauchten, gab Präsident Roosevelt zu, daß dies zu erwarten sei. Ferner fragte ich, ob die Alliierten nicht von sich aus etwas tun könnten, um diese Entwicklung zu hemmen, indem sie die guten Elemente ebenso förderten, wie die Russen die Kommunisten gefördert haben; Roosevelt erklärte, so etwas würde nicht erwogen. Deshalb stehe zu erwarten, daß kommunistische Regimes errichtet werden. Aber was können wir dagegen tun? Vielleicht bleibt Frankreich davon verschont, falls es eine Volksfront-Regierung nach Art der von Leon Blum bildet. Die Volksfront könnte solche Fortschritte machen, daß die Kommunisten sie womöglich hinnehmen. Auf die eindeutige Frage, ob Österreich, Ungarn und Kroatien unter ein russisches Protektorat irgendwelcher Art geraten würden, gab Präsident Roosevelt ein klares "Ja" zur Antwort. Aber er fügte hinzu, wir dürften die hervorragenden wirtschaftlichen Leistungen

Prof. Albert Einstein, u.a. Deutscher, u.a. Amerikaner, maßgeblicher Inspirator zur Entwicklung der US-Atombombe, "warnte" vor einer angeblichen deutschen Atombombe. Roosevelt griff die "Warnung" begierig auf.

29) J. Byrnes, "In aller Offenheit", Frankfurt/M. o.J., S. 243.

Rußlands nicht übersehen. Die Finanzlage der Sowjetunion sei gesund. Es versteht sich, daß die europäischen Länder gewaltige Verwandlungen durchmachen müssen, um sich Rußland anzupassen; aber Roosevelt hofft, daß im Laufe von zehn oder zwanzig Jahren der europäische Einfluß die Russen weniger barbarisch machen wird. ... Die europäischen Völker werden die russische Herrschaft einfach ertragen müssen, in der Hoffnung, daß sie nach zehn oder zwanzig Jahren in der Lage sein würden, mit den Russen gut zusammenzuleben. Schließlich hofft er, daß die Russen vierzig Prozent des kapitalistischen Systems übernehmen und die Kapitalisten nur sechzig Prozent ihres Systems behalten werden, so daß eine Verständigung möglich wird. Dies ist auch Litwinows Meinung". 30)

Auch gegenüber seinem Freund, Unterstaatssekretär Sumner Welles, äußerte sich Roosevelt 1943 vertraulich in ähnlichem Sinne:

"Preußen, der eigentliche Bösewicht Mitteleuropas, sollte aus Deutschland ausgeklammert und in eine Art ständiger Quarantäne verwiesen werden; Ostpreußen sollte an Polen gehen; die anderen deutschen Staaten sollten entwaffnet werden und in diesem Status durch alliiertes Militär überwacht werden. Man dachte daran, den Nord-Ostsee-Kanal zu internationalisieren; die Teile Deutschlands sollten Reparationen in Form von Arbeitskräften und Ausrüstung zahlen." 31)

Aufbauend auf dieser Vorgeschichte konnte Stalin warten und sich in Schweigen hüllen. Während Churchill ihm auf der Teheraner Konferenz mit Streichholz-Beispielen die "Westverschiebung der polnischen und russischen Grenzen" schmackhaft zu machen versuchte, unterzeichnete Roosevelt in Jalta "die historischen Dokumente, die Millionen Menschen zur Heimatlosigkeit und weitere Millionen zu Zwangsarbeit und Tod verurteilten, als kleine Abwechslung in den Pausen dieses Essens in einer nach Bratensauce und edlen Weinen duftenden Atmosphäre" (so urteilte sein höchster Marineberater Admiral Leahy). Ja, Stalin konnte sich um so mehr in Geheimnisse hüllen, da er nicht nur über alle internen Nachrichten aus Washington binnen 24 Stunden unterrichtet wurde und er nicht nur unentwegt Spionagematerial per Luftfracht-Diplomatengepäck aus den USA zugeliefert bekam, Stalin konnte auch deshalb warten, weil er über seine Spione dem US-Präsidenten seine eigenen Pläne unerkannt unterschieben und diese sich anschließend von ihm als Absichten des amerikanischen Präsidenten servieren lassen konnte. So "klug" war der Präsident der "freien Welt", daß er dies nicht merkte. So hat der amerikanische Schriftsteller John T. Flynn "nachgewiesen, daß der (Morgenthau-)Plan ursprünglich von Stalin ersonnen und von den Russen an Harry Dexter White übermittelt wurde, einen Förderer des Kommunismus und Assistenten des amerikanischen Schatzamtes. Er gewann ohne Schwierigkeiten seinen Chef Morgenthau für den Plan, der daher als Morgenthau-Plan bekannt wurde. 32)

Am 5.9.1946 wurde die "Rhein-Neckar-Zeitung" in Heidelberg lizensiert. Links Lizenzträger Dr. Theodor Heuß, in der Mitte Kontrolloffizier Oberst Stanley

30) Robert I. Gannon, "Kardinal Spellmann", Neuenbürg 1963, S. 190 - 191.
31) Frankfurter Allgemeine, 4.8.1965, S. 11.
32) P. N. Nicoll, "Englands Krieg gegen Deutschland", Tübingen 1963,S. 352.

Es waren ja nur Deutsche

Greifen wir zurück auf die Schilderung der Broschüre des KPD-Parteivorstandes von Karl Bittel "Die Feinde der deutschen Nation" und auf das Jahr 1943 — ein Jahr, bevor Roosevelt angeblich "noch blutrünstiger" wurde (er war es schon Jahre früher!):

"Einige interessante Details über diese Besprechungen im März 1943 in Washington erfahren wir noch bei W. L. Neumann:

'Roosevelt erklärte sich mit den von Eden vorgebrachten Teilungsplänen einverstanden, war jedoch der Meinung, daß die von Clemenceau in Versailles im Jahre 1919 geforderten Methoden vermieden und stärker innerdeutsche separatistische Bewegungen gefördert werden sollten. Wenn diese nicht von selbst entständen, so sollte nach Meinung Roosevelts und Edens Deutschland nach freiem Ermessen in mehrere Staaten gespalten werden, von denen einer Preußen sein würde. In Anbetracht dessen, daß Deutschland dann nicht länger als Nation bestehen würde, glaubte Roosevelt, daß weder Frankreich noch Polen eine Wiederaufrüstung benötigten. [33]

Die Teilungsfrage Deutschlands sollte auf der ersten Außenministerkonferenz der drei Mächte in Moskau vorgebracht werden. Am 5. Oktober 1943, dem Vorabend seiner Abreise — behauptet Hull —, habe ihm der Präsident erklärt, daß er eine Teilung Deutschlands in drei oder mehrere Staaten stark befürworte. Wörtlich schreibt Hull hierüber in seinen Erinnerungen:

'Was Deutschland anbetrifft, so erklärte der Präsident kategorisch, er begünstige eine Aufteilung Deutschlands in drei oder auch mehrere Staaten, die, an sich vollständig unabhängig, leicht durch postalische Abmachungen, Verkehrsmittel, Straßen, Zölle und vielleicht auch Elektroenergie verbunden sind. In den neuen deutschen Staaten sollte jede militärische Tätigkeit, einschließlich der Ausbildung, sowie jede Kriegsindustrie verboten werden. Ostpreußen sollte von Deutschland abgetrennt und alle gefährlichen Elemente der Bevölkerung gewaltsam umgesiedelt werden.' [34]

Auf der Konferenz der Außenminister in Moskau, die vom 18. bis 30. Oktober 1943 stattfand, wurden diese Pläne vorgebracht und dazu das Projekt einer Einbeziehung der zerstückelten deutschen Länder in etwaige Paktsysteme, wobei die Delegierten Großbritanniens eine Donaukonföderation vorschlugen...

Zur nächsten Alliiertenkonferenz in Teheran, die vom 28. November bis 1. Dezember 1943 stattfand, wurde für die Delegation der USA ein konkreter Plan zur Teilung Deutschlands in mehrere Kleinstaaten vorbereitet. Diesen Plan trug der amerikanische Außenminister Hull in Teheran vor. [35] Er verlangte die Aufteilung in fünf autonome Kleinstaaten sowie eine Ausgliederung des Ruhrgebietes und der Saar, auch Hamburgs und des Kieler Hafens und Kanals unter internationaler Verwaltung. Im einzelnen sollten die projektierten Kleinstaaten folgende sein:

1. ein verkleinertes, entmachtetes Preußen;
2. Hannover mit Teilen Nordwestdeutschlands;
3. Sachsen und das Gebiet um Leipzig;
4. Bayern, Baden und Württemberg;
5. Hessen (Darmstadt und Kassel) sowie ein Streifen südlich des Rheins.

Unter internationaler Kontrolle:

6. das Ruhrgebiet;
7. das Saargebiet;
8. Hamburg, der Kieler Hafen und der Kieler Kanal.

Winston Churchill stimmte ausdrücklich für die englische Delegation diesem amerikanischen Zerstückelungsplan zu. In seinen literarischen Kriegserinnerungen wiederholt er sein Gespräch mit Stalin am 28. November 1943 in Teheran:

'Ich hatte das Gefühl, daß man Preußen isolieren und verkleinern solle; daß Bayern, Österreich und Ungarn eine Art lockerer, friedlicher, nichtaggressiver Konföderation bilden könnten. Ich meinte, man sollte Preußen strenger behandeln als die anderen Teile des Reichs, was diese veranlassen könne, nicht abermals mit Preußen zusammenzugehen.'

Und am 1. Dezember bei der Dreierbesprechung:

'Dann möchte ich Bayern, Württemberg, die Pfalz, Sachsen und Baden abtrennen. Während ich Preußen streng behandeln würde, möchte ich es für die zweite Gruppe leichter machen. Ich möchte sie gern in eine Art Donaukonföderation hineinarbeiten.' [36]

Das folgende Jahr 1944 war das Jahr zweier großer amtlicher amerikanischer Teilungspläne. Die hauptsächlichsten Manager waren die Staatssekretäre Sumner Welles im amerikanischen Außenministerium und Henry Morgenthau im Finanzministerium.

Der Welles-Plan (Juni 1944)

Sumner Welles entwickelte Mitte 1944 einen Plan [37], der die Teilung Deutschlands in drei Teile vorsah. Mit dieser Dreiteilung Deutschlands sollte von vornherein die Möglichkeit der Zentralisierung der Staatsgewalt in einem deutschen Einheitsstaat ausgeschaltet werden:

1. Süddeutscher Staat, bestehend aus den ehemals souveränen Ländern Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, dazu die Gebiete, die als Rheinland und Saar bezeichnet werden können.
2. Westdeutscher Staat, der die nachstehenden Provinzen und all die kleineren, in diesen Raum eingestreuten politischen Einheiten umfassen sollte: Oberhessen, Thüringen, Westfalen, Hannover, Oldenburg und Hamburg.
3. Ostdeutscher Staat, der einschließlich aller dort gelegenen kleineren Einheiten aus Preußen (ohne Ostpreußen), Mecklenburg und Sachsen zusammengesetzt sein sollte.

---

33) William L. Neumann, "Making the Peace 1941 - 1945. The Diplomacy of the Wartime Conferences", Washington 1950, S. 50.

34) Hull, "The Memoirs of Cordell Hull", London 1948, Bd. II, S. 1165.

35) Hull, ebenda Bd. II, S. 1205.

36) "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 4.10.1952: "Der britische Premier hat die Isolierung Preußens und die Errichtung eines Donaubundes gewollt, weil er die Macht eines geeinten Deutschlands tief fürchte. Was ihm in Teheran vorschwebte, war die dauerhafte Zerschlagung des Reiches."

37) Sumner Welles, "The Time for Decision", New York 1944, S. 336.

In Konkurrenz zu diesem gemäßigteren 'Welles-Plan' stand ein totales Zerreißungs- und Vernichtungsprojekt, das eine Clique um Finanzminister Morgenthau ersonnen hatte.

Der geheime Morgenthau-Plan (September 1944)

Einen besonderen Regierungsauftrag zur Bearbeitung der Probleme der Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland hatte im Herbst 1944 das 'Cabinet Comittee on Germany' erhalten. Dort wurde der von Henry Morgenthau vorgelegte Zerstörungsplan behandelt und am 5. September angenommen. In bezug auf die neuen deutschen Grenzen forderte der Morgenthau-Plan im Westen die Zuteilung des Saargebietes und der angrenzenden Gebiete zwischen Mosel und Rhein an Frankreich. Aus dem Ruhrgebiet und den anschließenden Industriegebieten sollte eine 'Internationale Zone' gebildet werden. Wörtlich heißt es im Originaltext weiter:

'Was nach diesen Gebietsabtrennungen von Deutschland übrig bleibt, soll in zwei autonome und unabhängige Staaten geteilt werden, nämlich

1. Süddeutscher Staat, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und einigen kleineren Gebietsteilen, und
2. Norddeutscher Staat, bestehend aus dem Großteil der ehemals preußischen Provinzen, aus Sachsen, Thüringen und einigen kleineren Staaten.

Zwischen dem neuen süddeutschen Staat und Österreich soll eine Zollunion geschaffen werden.

Im Ruhrgebiet (das heißt: die Ruhr, die anliegenden Industriegebiete, wie in der beigefügten Karte eingezeichnet, das Rheinland, der Kieler Kanal und alle nördlich des Kieler Kanals gelegenen Gebiete) liegt das Herz der deutschen Wirtschaftsmacht. Dieses Gebiet sollte nicht nur aller jetzt dort vorhandenen Industrien entkleidet, sondern darüber hinaus so geschwächt und kontrolliert werden, daß sich dort in absehbarer Zeit nicht ein neues Industriezentrum entwickeln kann.

Dazu sind folgende Maßnahmen notwendig:

a) Innerhalb eines kurzen Zeitraums, der nicht mehr als sechs Monate betragen darf, sind alle Industrieanlagen und jedwede industrielle Ausrüstung, soweit sie noch nicht während des Krieges durch Luftangriffe zerstört wurden, restlos zu demontieren und den alliierten Regierungen im Rahmen der Rücklieferung gestohlenen Eigentums zu überlassen. Aus den Bergwerken soll die gesamte maschinelle Einrichtung entfernt werden. Die Gruben selbst sind zu schließen.

b) Das gesamte Gebiet wird eine 'Internationale Zone' bilden, die von einer internationalen, von den United Nations einzusetzenden Sicherheitsbehörde verwaltet wird. Dieses internationale Organ soll sich bei seiner Verwaltungstätigkeit von den oben entwickelten Grundsätzen leiten lassen.'

Auch über die Maßnahmen während der Besatzungszeit zur Vorbereitung der Teilung Deutschlands wird wörtlich im Morgenthau-Plan ausgeführt:

'Die Militärverwaltung soll von Anfang an auf die spätere Teilung Deutschlands hinarbeiten. Um diese Teilung zu erleichtern und ihre Dauer zu gewährleisten, sollen die Militärbehörden sich von den nachstehenden Grundsätzen leiten lassen:

a) Sämtliche politischen Beamten der Reichsverwaltung sind zu entlassen. Die Militärregierung verkehrt grundsätzlich nur mit Lokalbehörden.

b) Die Bildung von Länderregierungen in den 18 Gauen, in die Deutschland gegenwärtig eingeteilt ist, ist zu fördern. Die bisherigen preußischen Provinzen sind ebenfalls als Länder zu konstituieren.

c) Um die Teilung Deutschlands zu erreichen, sollen die verschiedenen Länderregierungen ermuntert werden, für die deutschen Teilgebiete, wie sie oben näher beschrieben sind, Bundesorgane zu schaffen.

Diese neuen Regierungen sollen die Form von Staatenbünden annehmen, wobei das Schwergewicht der Kompetenzen bei den Ländern liegen soll, die ihrerseits mit einer hochentwickelten lokalen Selbstverwaltung ausgestattet sein sollen.'

Sowjetische Umerzieher inspizieren westliche Umerzieher im besiegten Deutschland. Einen Gegenbesuch in ihrer Zone verweigerten sie. Druckereidirektor Max Klieber (Mitte) zeigt den Russen die neueste Nummer der amerikanischen Illustrierten "Heute".

Das sind einige Kapitel aus dem mit höchster amerikanischer Autorität vorgesehenen Zerstörungsplan.

Separate amerikanisch-englische Zerstörungsbeschlüsse

Das "Quebecer Abkommen" vom 16. September 1944

Wenige Tage nach der Annahme des Morgenthau-Planes fand erneut eine separate Konferenz in Quebec statt – vom 11. bis 16. September 1944 –, an welcher wieder Roosevelt und Churchill teilnahmen. Es wurden besondere Maßnahmen erörtert und beschlossen, die nach der Niederlage Deutschlands dessen industrielles Herz, die Ruhr und das Saargebiet, treffen sollten. Im Sinn des Morgenthau-Planes wurde das 'Quebec-Agreement' über

Deutschland unterzeichnet, nach welchem die Industrien der Ruhr und des Saargebietes völlig außer Betrieb gesetzt und zerstört werden sollten. Die Kontrolle und Verwaltung dieser beiden entscheidenden Industriegebiete sollte einem Organ der Vereinten Nationen unterstellt werden, das die vollständige Demontage vorzunehmen hätte. Wörtlich war in dem Quebecer Geheimabkommen gesagt:

'Dieses Programm hat die Umwandlung Deutschlands in ein Land zum Ziel, das in erster Linie den Charakter des Ackerbaues und der Weidewirtschaft trägt.' [38])

Bemerkenswert ist, daß diese Formulierung von Churchill eigenhändig vorgenommen worden ist. Über die Gründe der Zustimmung Churchills zu diesem 'Katastrophenplan' ist in den Memoiren von Cordell Hull zu lesen, daß diese buchstäblich erkauft sei durch einen von Morgenthau versprochenen Nachkriegskredit für England von 6 ½ Milliarden Dollar, sowie

'auf Grund dessen, daß so England viele von Deutschlands Eisen- und Stahlmärkten an sich bringen und einen gefährlichen Konkurrenten ausschalten würde.' [39])

Ein anderer Amerikaner, der sich damals an den Zerstörungsplänen beteiligte, war der jetzige amerikanische Hochkommissar James Bryant Conant. Am 7. Oktober 1944 schlug er in einer Rede die radikale Änderung der industriellen Struktur Deutschlands und eine Schwächung des deutschen Industriepotentials vor, wobei er insbesondere Wert auf die Verlagerung der wichtigsten Energiequellen Deutschlands ins Ausland legte.

Deutschland muß zerstört werden, damit das internationale Monopolkapital Deutschland nicht mehr als Konkurrenten hat! Das war damals das imperialistische Kriegsziel. In seinem im Jahre 1945 veröffentlichten Buch "Germany is our Problem" triumphiert Morgenthau immer wieder über die Erfolge seines Zerstörungsplanes. Er schreibt z. B.:

'Seit jener Quebecer Konferenz, das verdient festgehalten zu werden, haben die grundlegenden Prinzipien dieses Programms die amtliche Stellungnahme der Regierung der Vereinigten Staaten gebildet.'

Nicht umsonst weiden sich Tag für Tag englische und amerikanische Blätter an der sadistischen Vorstellung, wie man nach einer Besetzung Deutschlands dort mit Massenmorden, Verschleppungen und mit Hungerpeitsche arbeiten würde, um die deutsche Volkskraft zu zerbrechen.

'In Deutschland muß die Uhr um fünfzig Jahre zurückgestellt werden. Deutschlands Fabriken müssen planmäßig aller Maschinen bis herunter zu den Stahlträgern seiner Fabrikhallen beraubt werden. Alle brauchbaren Maschinen müssen an die Nachbarländer Deutschlands ausgeliefert werden.'

So schrieb im Oktober 1943 die vielgelesene amerikanische Zeitschrift 'Popular Science', und zur gleichen Zeit erklärte W. B. Howell im Londoner 'Spectator':

'Ich halte es für richtig, Deutschland, sobald wir es besiegt haben, für alle Zeit zu verkrüppeln. Ich würde die deutsche Bevölkerung um ein Drittel oder vielleicht auf die Hälfte reduzieren. Die Waffe, die ich dabei in Anwendung bringen würde, ist die Aushungerung. Wenn mich ein gutmütiger Engländer fragt: 'Würden Sie dabei nicht auch die deutschen Frauen und Kinder aushungern? ', so antwortete ich ihm: 'Jawohl, ich würde es tun'!'

Und völlig im Geiste Morgenthaus schrieb William Brackley am 16. Mai 1944 im Londoner 'Daily Express':

'Wenn eine stark reduzierte deutsche Bevölkerung sich ihre Nahrung aus dem Boden kratzen wird, und zwar ohne jede technische Hilfe, ohne Maschinen, ohne eine Lokomotive, dann könnte sie vielleicht in idyllischer Weise glücklich sein.'

Das deutsche Volk kennt die niederträchtige Gesinnung, die ihm von seinen Feinden entgegengebracht wird. Wir haben immer wieder betont, daß es sich bei diesen Äußerungen eines fanatischen Vernichtungswillens nicht etwa um Privatmeinungen von Außenseitern handelt, und die Tatsache, daß diese Pläne aus dem Tollhaus jetzt zum anerkannten Kampfprogramm der amerikanischen und der englischen Regierung gemacht worden sind, beweist die Richtigkeit dieser Auffassung. Aber weil wir uns nicht den geringsten Illusionen darüber hingeben, welches Schicksal dem deutschen Volk beschieden wäre, wenn es auf diese Herausforderungen nicht unablässig die harte Antwort gäbe, die allein möglich ist, handeln wir wie jedes große Volk, dem man an Ehre und Leben greift.

Die geheime Generalstabsdirektive JCS/1067

Eine der ersten Regierungshandlungen des neuen Präsidenten Truman war am 10. Mai 1945 die Unterzeichnung der berüchtigten Geheimdirektive JCS/1067 an General Eisenhower, den Oberkommandierenden der amerikanischen Truppen in Deutschland. In diesem Befehl waren für die amerikanischen Besatzungstruppen scharfe Maßnahmen zur Zerschlagung der deutschen Einheit angeordnet, die nach dem 'Morgenthau-Plan' ausgerichtet waren. Also nach der Morgenthau-Devise 'Die Militärverwaltung soll von Anfang an auf die spätere Teilung Deutschlands hinarbeiten' ...

Aus dem Befehl JCS/1067 an General Eisenhower seien einige Punkte zitiert:

'Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Leiden und Chaos unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst verschuldet haben.

Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat.

Die deutschen Angelegenheiten sollen so behandelt werden, daß sie zu einer Dezentralisierung der politischen und administrativen Struktur des Landes und zu der Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung beitragen. Zu diesem Zwecke werden Sie alle Autonomiebestrebungen bei den provinzialen, örtlichen und Stadtverwaltungen unterstützen. Auch das deutsche Wirtschaftsleben soll dezentralisiert werden...

Zum Zwecke der größtmöglichen Dezentralisierung des Aufbaus und der Verwaltung der deutschen Industrie wollen Sie:

A) sicherstellen, daß die nötigen Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederingangsetzung öffentlicher Einrichtungen sowie die industrielle und landwirtschaftliche Tätigkeit überhaupt soweit als nur möglich auf regionaler und lokaler Basis erfolgen.

B) Im Kontrollrat unter keinen Umständen Vorschläge machen oder Vorschläge unterstützen, die eine zentralisierte Kontrolle der deutschen Wirtschaft bezwecken.' [40])

General Clay bestätigte später, daß 'unser Handeln durch JCS/1067, das einen Karthago-Frieden zum Ziel hatte, bestimmt wurde'. [41]) Es ist gewiß aufschlußreich zu hören, daß als damaliger stellvertretender Kriegssekretär Mister Mc Cloy diese Geheiminstruktion ausgearbeitet, als Verantwortlicher unterzeichnet und ausgegeben hatte.[42]) Sie blieb bis zum 17. Juli 1947(!) in Kraft und wurde erst dann durch neue Richtlinien ersetzt... "

---

38) William L. Neumann, aaO. S. 73.
39) Max Walter Clauss, "Der Weg nach Jalta", Heidelberg 1952, S. 220.
40) Department of State, Washington, Bulletin XIII.
41) Lucius D. Clay, "Decision in Germany", New York 1950, S. 33. (deutsch: "Entscheidung in Deutschland", Frankfurt/M 1950).
42) "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 22.6.1950.

Die Frage, wer erstmals die Forderung auf Zerstückelung Deutschlands erwogen oder politisch und militärisch zu realisieren versucht hat, ist müßig. Die Alliierten waren sich über diese Zielsetzung alle einig. Da die Geschichte der Teilung Deutschlands bereits in die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges zurückgeht, d. h. in eine Zeit, da die Kommunisten ihre Revolution in Rußland noch nicht durchgeführt hatten, sind die ersten Ansatzpunkte dieser Geschichte von Stalin unabhängig. Stalin wiederum, der seine politische Programmatik völlig unabhängig von den "westlichen Kapitalisten", die zu vernichten er sich auch geschworen hatte, gestaltete, sah lediglich zu, wie er am schnellsten und sichersten die machtpolitische Expansion seines bolschewistischen Systems bei gleichzeitiger maximaler Ausdehnung seines russischen Imperiums erreichen konnte. Er brauchte also seine Zielsetzung nicht zu ändern, weil Churchill und Roosevelt und andere "nützliche Idioten" ihm territoriale Köder anboten. Es war für ihn lediglich eine Frage der Diplomatie, möglichst weitgehende Zugeständnisse der Westmächte und die Gewißheit zu erhalten, daß er keinerlei militärisches Risiko für den Fall eingehe, daß er sich gewaltsam über Vereinbarungen und Absprachen "der Großen Drei" hinwegsetzt. So konnte er auch in Jalta auf einen Beschluß der Teilung drängen, als Churchill sich nicht festlegen wollte, wußte er doch, daß Roosevelt sich bereits auf die Teilung und Zerstückelung festgelegt hatte und dieser seinen Vetter aus England unter Druck zu setzen verstand. Es bedurfte daher auch nur einer Anregung Stalins, um Roosevelt und Churchill in Jalta darüber zur Einwilligung zu veranlassen, einen sowjetisch-britisch-amerikanischen Ausschuß zu gründen, der "das Verfahren der Zergliederung Deutschlands prüfen" sollte.

Die Methoden der Kriegführung für jeden erkennbar

Schließlich waren neben den "diplomatischen" Kriegszielerörterungen und -absprachen auch die Kriegsführungsmaßnahmen der einzelnen alliierten Partner den jeweils anderen zur Genüge erkenntlich, um ermessen zu können, wie "ernst" es der andere mit den Deutschen nun wirklich meine. Der Schrecken über das (bolschewistische) "blutrünstigste Schreckensregiment der Weltgeschichte" steckte W. Churchill bereits seit den zwanziger Jahren in den Knochen.

Noch am 20. Januar 1940 hatte er im BBC, London, erklärt:

> "Von allen Tyranneien der Geschichte ist die bolschewistische die schlimmste, die zerstörerischste und die degradierendste. Die Sklaverei des Bolschewismus ist schlimmer als der Tod."

Doch er schloß einen Pakt mit dem Teufel, um sein Ziel, die Vernichtung Hitlers, bzw. Deutschlands zu erreichen.

Die neuerlichen Hiobsbotschaften über die sowjetischen Greuel beim Vormarsch in Osteuropa veranlaßten seinen Informationsminister am 29. Februar 1944 sogar zu der Weisung an alle Multiplikatoren der "öffentlichen Meinung", angesichts der bereits geschehenen und noch zu erwartenden sowjetischen Bestialitäten die Öffentlichkeit mit verstärkter Greuelpropaganda gegenüber den Deutschen abzulenken.[43] Immer noch vertuschten die britische und US-amerikanische Regierung die Massenmorde der Sowjets von Katyn an dem 1939 gefangengenommenen polnischen Offizierskorps (über 15.000 Mann!).

Aber Winston Churchill war von Anfang an willens, dem nicht nachzustehen. Schon angesichts der britischen Garantie an Polen vom 31. März 1939 — ein halbes Jahr vor Kriegsbeginn! — forderte er, "hierbei nicht stehen zu bleiben, sondern weiterzuschreiten", obgleich er zugestand, daß bereits diese Garantie, so wie sie gegeben worden war, "zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen mußte".[44]

---

43) Edward J. Rozek, "Allied Wartime Diplomacy – A Pattern in Poland", New York 1958, S. 210.

44) Winston Churchill, "Der Zweite Weltkrieg", 1. Buch, Bd. I "Der Sturm zieht auf", S. 421 - 423.

Er war derjenige, der sofort und ohne Vorbehalte auf die "strategischen Luftoffensivpläne" der Royal Air Force von 1936 zurückgriff und am 10. Mai 1940 den erbarmungslosen zivilen Luftkrieg eröffnete, dem über 1 Million deutsche Zivilisten zum Opfer fielen. Auf die ausführliche Literatur von Luftmarschall Spaight, Spetzler, Szesany, Irving usw. sei verwiesen.

Ein britisches Dokument aus dem Jahre 1942, das erst kürzlich bekanntgeworden ist:

"Herr Premierminister! Die folgenden Ausführungen dürften ein einfaches Verfahren bieten, mit dem es uns möglich ist einzuschätzen, was wir mit der Bombardierung Deutschlands erreichen können. Eine gründliche Analyse der Bombenangriffe gegen Birmingham und Hull und andere Orte hat ergeben, daß im Durchschnitt mit dem Abwurf einer Bombenlast von einer Tonne über einem Stadtgebiet 20 bis 40 Gebäude zerstört und 100 bis 200 Menschen obdachlos werden. Nach unseren Erfahrungen wissen wir, daß wir für jedes gebaute Kampfflugzeug 14 Gefechtseinsätze veranschlagen können. Die Durchschnittslast der Kampfflugzeuge, die wir in den nächsten 15 Monaten bauen werden, beträgt etwa drei Tonnen. Das bedeutet, daß jeder dieser Bomber während seiner Lebensdauer eine Bombenlast von etwa 40 Tonnen abwerfen wird. Bei einem Einsatz dieser Bomben gegen städtische Gebiete werden 4.000 bis 8.000 Menschen obdachlos werden.

1938 lebten mehr als 22 Millionen Deutsche in 58 Städten mit einer Einwohnerzahl von über 100.000 Menschen. Mit Hilfe moderner Ausrüstung wird es leicht sein, diese Städte genau auszumachen und zu treffen. Von heute bis Mitte 1943 werden wir voraussichtlich 10.000 schwere Bomber, darunter auch solche vom Typ Wellington, bauen können. Selbst wenn diese 10.000 Bomber nur die Hälfte ihrer Bombenlast auf diese 58 deutschen Städte abwerfen, wird die große Mehrheit der Einwohner – etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung – ihr Obdach verlieren.

Aus Untersuchungen ist bekannt, daß die Moral eines Menschen durch die Zerstörung seines Heims sehr stark beeinträchtigt wird. Die Menschen fühlen sich davon mehr betroffen, als wenn ihre Freunde oder sogar ihre Verwandten getötet worden sind. In Hull sind Anzeichen von Spannungen festgestellt worden, obwohl dort nicht ein Zehntel der Häuser zerstört worden ist. Nach diesen Angaben werden wir in der Lage sein, jeder der 58 größeren deutschen Städte zehnmal so große Zerstörungen zuzufügen. Es besteht kaum ein Zweifel, daß die Moral des Volkes dadurch gebrochen wird.

Unsere Berechnungen gehen natürlich von der Annahme aus, daß wir die Hälfte unserer Bomben auf städtische Gebiete abwerfen. Noch nicht berücksichtigt ist hierbei die von den USA zugesagte Produktion von 6.000 schweren Kampfflugzeugen in dem erwähnten Zeitraum. Unberücksichtigt sind auch die unvermeidlichen Schäden für die Fabriken, das Fernmeldenetz usw. in diesen Städten sowie die Schäden durch die Brände, die sich beim Zusammenbruch der öffentlichen Versorgungseinrichtungen noch vergrößern dürften.

Gezeichnet: Professor Cherevel." 45)

Auf der Grundlage dieser Empfehlung unterbreitete der Vorsitzende der Liberalen Partei, Sir Archibald Sinclair, die folgenden Empfehlungen an den Premierminister:

"Wir müssen weitermachen und mindestens dreizehn oder vierzehn Angriffseinsätze für jeden gebauten Bomber erreichen. Dazu müssen wir den Verschleiß – im Einsatz wie durch Unfälle – vermeiden. Wir hoffen, daß uns das gelingen wird. Wir müssen sicherstellen, daß nicht weniger als die Hälfte der Bomben, mit denen unsere Flugzeuge von unseren Stützpunkten starten, die deutschen Städte erreichen. Ich glaube, daß die ersten Schritte, die jüngsten Angriffe gegen das Ruhrgebiet, Köln und Lübeck, ermutigend sind, und es gibt für uns keinen Grund, daran zu zweifeln, daß in 18 Monaten und mit Unterstützung der Amerikaner das Ausmaß an Zerstörung, das Lord Cherevel empfohlen hat, in der Tat erreichbar ist und auch wirklich erreicht wird." 45)

Der Redaktionsstab der "Neuen Zeitung" im Jahre 1946.
In der ersten Reihe von links: Arthur Steiner (später New Yorker Redakteur der "Quick"), Major Hans Wallenberg (später Präsident des Ullstein-Buchverlages), Major Hans Habe (sitzend). Dieser war ausersehen, im besiegten Deutschland "eine neue Presse ins Leben zu rufen".

♦♦

Und selbst seine Massenkriegsverbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung und den deutschen Städten bis hin zur überfüllten und wehrlosen Lazarett- und Flüchtlingsstadt Dresden im Februar 1945 genügte ihm noch nicht. Er war "noch blutrünstiger". Er war drauf und dran, den Bakterienkrieg noch in das bereits geschlagene Deutschland zu tragen und wurde daran nur gehindert, daß das Reich für ihn zu früh zusammenbrach. Nur durch Zufall ist dieser Sachverhalt der Öffentlichkeit bekannt geworden: Einem Reporter der britischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft BBC fielen bei seinen Recherchen im Londoner Staatsarchiv während des Sommers 1981 Dokumente in die Hand, denenzufolge Winston Churchill am 6. Juli 1944 seinem Generalstab schriftlich befahl:

45) Deutsche Wochenzeitung, Rosenheim, 30.7.1982

"Es ist kaltblütig zu prüfen, ob sich der Einsatz von Giftgas, wobei ich vor allem an Senfgas (Gelbkreuz) denke, auszahlen würde. Ich möchte die Angelegenheit kaltblütig von vernünftigen Leuten geprüft haben, und nicht von jener besonderen Art psalmierender, nicht informierter Defätisten, auf die man einmal hier, dann dort stößt. Ich werde Sie sicher bitten müssen, mich beim Einsatz von Giftgas zu unterstützen. Wir könnten das Ruhrgebiet und viele andere Orte in Deutschland derart damit überziehen, daß der größte Teil der Bevölkerung einer ärztlichen Behandlung bedürfte. Wir könnten die gesamte Tätigkeit an den Startplätzen der fliegenden Bomben (V-Waffen) unterbrechen. Ich sehe nicht ein, warum wir immer alle Nachteile des Umstandes in Kauf nehmen sollen, daß wir Gentlemen sind, während sie (die Deutschen) alle Vorteile davon haben, Schufte zu sein."

Churchill wollte sich darüber mit Stalin und Roosevelt verständigen, handelte es sich seiner Auffassung nach doch lediglich um "eine Frage sich verändernder Mode, so wie diese bei Frauenröcken zwischen lang und kurz wechselt". Reporter Harris gab in der BBC-Sendung zu, daß der Plan nicht nur erwogen, sondern auch vorbereitet worden war, an einem Tag im Mai 1945 mit 2.700 alliierten Bombenflugzeugen über deutschen Städten, vornehmlich über Berlin, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart Milzbranderreger abzuwerfen, die den Tod von drei Millionen deutschen Zivilisten, vornehmlich Frauen und Kindern zur Folge haben würden. Eine entsprechende Bombe war diesem Bericht zufolge bereits auf der schottischen Insel Gruniard erprobt worden. Laut Harris nahmen die USA dann die weitere Entwicklung mit einem Kostenaufwand von 40 Millionen Dollar und 4.000 "Wissenschaftlern" zur Produktion von Milzbrandwaffen auf. Doch der Krieg sei beendet worden, bevor eine hinreichende Anzahl dieser Bomben zur Verfügung gestanden habe. — Auch dies war nicht etwa begründet worden mit der schlechten Behandlung der Juden durch die Deutschen, ebenso wenig wie der Nathan Kaufman-Plan, Morgenthau-Plan oder der zivile Luftkrieg, die Millionen Opfer kostende Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung aus ihrer Heimat! Diese verbrecherische Grundhaltung führte schließlich zum Abwurf der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945, — auf das längst vorher kapitulationsbereite Japan "aus Versuchszwecken" mit Zustimmung Churchills!

Es ist schauerlich, diese "Vorkämpfer für Moral, Demokratie, Humanität und Fortschritt" an ihren Taten zu messen und erleben zu müssen, daß gerade die Vertreter dieser Kriegsverbrecher zu Gericht über Deutschland saßen und das internationale Rechtsgefüge der Nachkriegszeit bis zur Stunde mit den von ihnen formulierten Maßstäben — Blutrausch, Vernichtungswahn, Preisgabe der "kleinen Nationen", "Greuelpropaganda zur Ablenkung der Öffentlichkeit", Rache, Vernichtungspostulate gegenüber anderen Völkern, Vergewaltigung der Wahrheit und des Rechts — zur Durchsetzung ihrer Machtexpansion gestaltet haben.

Seit 1941 im Gespräch

— In Wirklichkeit seit 1890 —

(Siehe Karte S. 40)

Ernst Deuerlein schrieb hierzu:

"Es ist nicht zu bestreiten, daß seit dem Dezember 1941 die Aufteilung Deutschlands Gegenstand politischer und diplomatischer Gespräche gewesen ist. In Teheran und Jalta ist darüber ausführlich gesprochen worden. Amerika hat eigens dafür gebildete Beamtenstäbe mit der Prüfung der zweckmäßigsten Aufteilung Deutschlands beauftragt. Die Konferenz von Jalta hat dem ihr von der Europäischen Beratenden Kommission vorgelegten Vertragsentwurf der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands eine Bestimmung eingefügt, die eine bedingte Zerstückelung Deutschlands ankünden sollte. In Jalta ist ferner ein eigenes Komitee gebildet worden, das die Verfahrensfrage einer Aufteilung Deutschlands, nicht aber, wie Molotow ausdrücklich bemerkt hat, die Aufteilung selbst erörtern sollte. Es liegen Skizzen und Karten vor, die Aufschluß über die gedachte und erörterte Aufteilung Deutschlands geben. Es berührt jedoch merkwürdig, daß alle diese Erörterungen, Gespräche, Untersuchungen und Verhandlungen nur einen einzigen vertraglichen Niederschlag gefunden haben, nämlich in der Zusatzbestimmung zu dem Vertragsentwurf der politischen Kapitulation Deutschlands...

Die Annahme ist zulässig, daß an sich eine vertragliche Übereinkunft über die Teilung Deutschlands hätte erfolgen können, wie eine Verständigung über die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen erfolgt ist...

Der (in Jalta gebildete) Teilungsausschuß (Komitee) hat zwar seine Arbeit aufgenommen, ist jedoch von dem Vertreter der Sowjetunion zur Untätigkeit veranlaßt worden, indem sich dieser beharrlich dagegen gewehrt hat, daß Frankreich Mitglied des Dismemberment Committee wurde, obwohl es Mitglied der European Advisory Commission war...

In Washington und London liegen die Karten und Statistiken für die Aufteilung Deutschlands bereit. Stalin, der die entscheidende Anregung zur Behandlung dieser Frage gegeben hat, vollzicht eine weltpolitische Kehrtwendung." 46)

Stalin machte sich fortan zum Sprecher eines "einheitlichen Deutschland", wohlverstanden mit der Ostgrenze an der Oder-Neiße und gleichermaßen wohlverstanden unter kommunistischer Regie in diesem "einheitlichen Deutschland" mit "friedliebender Gesellschaftsordnung", wie die Kommunisten sie mit ihrem Dialektikverständnis verstehen.

---

46) Ernst Deuerlein, "Die Einheit Deutschlands", S. 158 - 159.

Protokoll von Teheran

Nur mit Erschütterung sind die Protokolle der Kriegskonferenzen zu lesen, geht doch aus ihnen unmißverständlich hervor, in welcher moralischen Entwurzelung und — was zusätzlich die westlichen "Staatsmänner" betrifft —, wie ohne Sachkenntnis, ohne vorherige Prüfung der Materie verhandelt und über das Schicksal Europas entschieden wurde. Ein Auszug aus den erst 1968 veröffentlichten sowjetischen Protokollen zur Teheraner Konferenz:

"Stalin: Stehen noch andere Fragen zur Diskussion?

Roosevelt: Die deutsche Frage.

Stalin: Welche Vorschläge liegen hierfür vor?

Roosevelt: Die Aufgliederung Deutschlands.

Churchill: Ich bin für eine Aufgliederung Deutschlands. Ich möchte jedoch die Frage einer Aufgliederung Preußens überdenken. Ich bin für eine Abtrennung Bayerns und anderer Provinzen von Deutschland.

Roosevelt: Um unsere Diskussion in dieser Frage anzuregen, möchte ich den von mir persönlich vor zwei Monaten aufgestellten Plan einer Aufgliederung Deutschlands in fünf Staaten darlegen.

Churchill: Ich möchte betonen, daß Preußen die Wurzel allen Übels in Deutschland ist.

Roosevelt: Ich möchte, daß wir zunächst ein Gesamtbild vor uns haben und dann über einzelne Komponenten sprechen. Meiner Meinung nach muß Preußen möglichst geschwächt und in seinem Umfang verkleinert werden. Preußen sollte den ersten selbständigen Teil Deutschlands bilden. In den zweiten Teil Deutschlands sollten Hannover und die nordwestlichen Gebiete Deutschlands einbezogen werden. Der dritte Teil ist Sachsen und das Gebiet von Leipzig. Der vierte Teil ist die Provinz Hessen, Darmstadt, Kassel und die Gebiete östlich des Rheins sowie die alten westfälischen Städte. Der fünfte Teil ist Bayern, Baden und Württemberg. Jeder dieser fünf Teile wird einen unabhängigen Staat bilden. Außerdem müssen von Deutschland das Gebiet des Kieler Kanals und das Gebiet von Hamburg abgetrennt werden. Diese Gebiete müssen von den Vereinten Nationen oder von den vier Mächten verwaltet werden. Das Ruhrgebiet und die Saar sollten entweder der Kontrolle der Vereinten Nationen oder der Treuhandschaft ganz Europas unterstellt werden. Das wäre mein Vorschlag. Ich muß vorausschicken, daß er nur ein Versuch ist.

Churchill: Sie haben den Kern der Sache erläutert. Ich denke, es gibt zwei Fragen: eine destruktive und eine konstruktive. Ich verfolge zwei Gedanken: Erstens die Isolierung Preußens vom übrigen Deutschland und zweitens die Abtrennung der süddeutschen Provinzen Bayern, Baden, Württemberg und der Pfalz von der Saar bis einschließlich Sachsen. Ich würde Preußen unter harten Bedingungen halten. Ich glaube, man kann die südlichen Provinzen leicht von Preußen losreißen und in einem Donaubund zusammenfassen. Die im Donaubecken lebenden Menschen sind nicht der Anlaß zum Krieg. Ich würde in jedem Falle mit den Preußen bedeutend härter verfahren als mit den übrigen Deutschen. Die Süddeutschen werden keinen neuen Krieg anfangen.

Stalin: Mir mißfällt der Plan neuer Staatenbünde. Wenn beschlossen wird, Deutschland aufzuteilen, dann braucht man auch keine neuen Bünde zu gründen. Ob es nun fünf oder sechs Staaten und zwei Gebiete sind, in die Roosevelt Deutschland aufzugliedern vorschlägt, der Plan Roosevelts zur Schwächung Deutschlands kann geprüft werden...

Roosevelt: Ich stimme mit Marschall Stalin besonders darin überein, daß es keinen Unterschied zwischen den Deutschen aus den einzelnen Provinzen gibt. Vor 50 Jahren gab es diesen Unterschied, doch jetzt sind alle deutschen Soldaten gleich. Natürlich betrifft das nicht das preußische Offizierskorps.

Churchill: Ich möchte nicht, daß man mich so auslegt, als sei ich gegen eine Aufgliederung Deutschlands. Ich wollte nur erklären, wenn wir Deutschland in einige Teile zerstückeln und keine Zusammenfassung dieser Teile schaffen, dann wird die Zeit kommen, wo sich die Deutschen, wie Marschall Stalin sagt, vereinigen werden.

Stalin: Es gibt keine Maßnahmen, die die Möglichkeit einer Vereinigung Deutschlands ausschließen würden.

Churchill: Zieht Marschall Stalin ein zerstückeltes Europa vor?

Stalin: Was hat Europa damit zu tun? Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, 4, 5 oder 6 selbständige deutsche Staaten zu schaffen. Diese Frage muß erörtert werden.

Roosevelt: Soll man für die Untersuchung der deutschen Frage ein spezielles Komitee bilden, oder soll man sie vielleicht an die Londoner Kommission überweisen?

Stalin: Man kann diese Frage an die Londoner Kommission überweisen, der Vertreter unserer drei Staaten angehören.

Churchill: Ich möchte jetzt nochmals auf die polnische Frage zurückkommen, die mir dringender scheint, denn die Polen können großen Lärm erheben. Ich möchte meinen folgenden Vorschlag zur polnischen Frage vorlesen. Dabei bitte ich, ihm nicht in der von mir zusammengestellten Form zuzustimmen, da ich selbst noch keine endgültige Entscheidung gefaßt habe. — Im Prinzip wurde beschlossen, daß die Heimstatt des polnischen Staates und Volkes zwischen der sogenannten Curzon-Linie und der Oder-Linie liegen soll, unter Einbeziehung von Ostpreußen und der Provinz Oppeln in den Bestand Polens. Die endgültige Grenzziehung erfordert jedoch eine sorgfältige Prüfung und eine mögliche Aussiedlung der Bevölkerung an einigen Stellen.

Stalin: Die Russen haben keine eisfreien Häfen an der Ostsee. Deshalb brauchten die Russen die eisfreien Häfen Königsberg und Memel und einen entsprechenden Teil Ostpreußens. Um so mehr als das historisch gesehen von altersher slawisches Gebiet ist. Wenn die Engländer einverstanden sind, daß wir das genannte Gebiet erhalten, dann werden wir der von Churchill vorgeschlagenen Formel zustimmen.

Churchill: Das ist ein sehr interessanter Vorschlag, den ich unbedingt prüfen werde." Ende der vierten Vollsitzung, 1.12.1943.

Von Volksbefragung, demokratischer Abstimmung, von unverdingbaren Lebensrechten der Völker, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker usw. usw. war keine Rede in diesem erlauchten Kreis von gentlemen; hingegen aber von der Anmaßung, willkürlich über andere Völker verfügen, Millionen von Menschen erschlagen, vertreiben, rechtlos machen, ihre Heimat zerstören zu können. — Bald hätten wir's vergessen: Es war genau jener Kreis von gentlemen, die lauthals jeder für sich und für den Bundesgenossen behaupten, gegen ein "Unrechtssystem", eine "Barbarei", eine "Tyrannei" und für Recht und Freiheit der kleinen Völker zu kämpfen!

Das Protokoll von Jalta

Auch beim Fortsetzungsgespräch in Jalta am 5.2.1945 ist bemerkenswert, daß Stalin seine Bundesgenossen nur reden zu lassen brauchte, sie brachten von selbst ihre Vorschläge vor:

"Stalin erklärt, wenn die Alliierten die Absicht haben, Deutschland aufzugliedern, müsse man das auch erklären. Es habe zwischen den Alliierten zweimal ein Meinungsaustausch über die Aufgliederung Deutschlands nach seiner militärischen Niederlage stattgefunden. Das erste Mal sei das in Teheran der Fall gewesen, als der Präsident vorschlug, Deutschland in fünf Teile zu teilen. Auch der Premierminister sei in Teheran für eine Aufgliederung Deutschlands eingetreten, wenn er auch geschwankt habe. Doch das sei lediglich ein Meinungsaustausch gewesen. Ein zweites Mal sei die Frage der Aufgliederung Deutschlands zwischen ihm, Stalin, und dem Premierminister im Oktober vorigen Jahres in Moskau behandelt worden. Es sei von dem englischen Plan die Rede gewesen, Deutschland in zwei Staaten aufzugliedern: in Preußen mit seinen Provinzen, und in Bayern, wobei man voraussetzte, daß sich die Ruhr und Westfalen unter internationaler Kontrolle befinden werden. Doch es sei in Moskau kein Beschluß gefaßt worden, und man habe auch keinen fassen können, weil der Präsident nicht in Moskau war.

Churchill erklärt, er sei prinzipiell mit einer Aufgliederung Deutschlands einverstanden, doch sei das Verfahren der Grenzziehung zwischen den einzelnen Teilen Deutschlands an sich zu kompliziert, um diese Frage hier innerhalb von 5 bis 6 Tagen zu lösen. ... Er, Churchill, müsse sich jedoch das Recht vorbehalten, seine Meinung zu ändern, wenn er die Empfehlungen der Ausschüsse erhalte, die diese Frage prüfen. Er, Churchill, habe dabei die Stärke Preußens im Auge, die Wurzel allen Übels. Es sei verständlich, daß Preußens Fähigkeiten, einen neuen Krieg zu beginnen, stark eingeschränkt werden, wenn es von Deutschland abgetrennt wird. Ihm selbst scheine, daß die Schaffung eines zweiten großen deutschen Staates im Süden, dessen Hauptstadt Wien sein könnte, die Trennungslinie zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland gewährleisten würde. Die deutsche Bevölkerung würde zu gleichen Teilen zwischen diesen beiden Staaten aufgeteilt werden...

Vor allem wären wir damit einverstanden, daß Deutschland einen Teil des Gebietes verlieren muß, das jetzt bereits größtenteils von den russischen Truppen erobert worden ist, und das an die Polen abgetreten werden muß. Es lägen auch noch Fragen vor, die mit der Rheinebene, mit der Grenze zwischen Frankreich und Deutschland zusammenhingen, und die Frage des Besitzes der Industriegebiete an Ruhr und Saar, die über ein Rüstungspotential verfügen (im Sinne einer dort möglichen Waffenproduktion). Sollte man diese Gebiete Ländern wie Frankreich übergeben, solle man sie einer deutschen Verwaltung unterstellen oder solle man sie für eine lange, aber zeitlich begrenzte Periode in Form eines Kondominiums der Kontrolle der Weltorganisation unterstellen — das alles müsse behandelt werden. Er, Churchill, müsse sagen, daß er im Namen seiner Regierung keine präzisen Gedanken zu dieser Frage äußern könne. Die britische Regierung müsse ihre Pläne auf die Pläne der Alliierten abstimmen.

Schließlich gebe es noch die Frage, ob Preußen einer inneren Zerstückelung unterzogen werde, nachdem es vom übrigen Deutschland isoliert worden ist. ... Er, Churchill, möchte erklären, daß die Alliierten auf die Entgegennahme einer sofortigen Kapitulation Deutschlands nicht schlecht vorbereitet seien. Alle Einzelheiten dieser Kapitulation seien ausgearbeitet und den drei Regierungen bekannt. Es bleibe noch der Punkt übrig, daß ein offizielles Übereinkommen über die Besatzungszonen und über den Kontrollapparat in Deutschland selbst erreicht wird. Wenn man annehme, Deutschland werde in einem Monat, in sechs Wochen oder in sechs Monaten kapitulieren, dann brauchten die Alliierten Deutschland nur entsprechend den Zonen zu besetzen...

Stalin sagt, das sei unklar...

Churchill ... Die bedingungslose Kapitulation wird es den Alliierten ermöglichen, den Deutschen die zusätzliche Forderung der Aufteilung Deutschlands zu stellen.

Stalin erklärt, die Forderung nach Aufgliederung sei keine zusätzliche, sondern eine sehr wesentliche Forderung.

Churchill erklärt, es sei natürlich eine sehr wichtige Forderung, doch er, Churchill, denke nicht, daß man sie den Deutschen im ersten Abschnitt stellen solle. Die Alliierten müßten sich präzise darüber einigen.

Stalin erklärt, er habe diese Fragen eben deshalb gestellt.

Churchill sagt, obgleich wir die Frage der Aufgliederung prüfen können, glaube er nicht, daß es möglich sein würde, darüber gegenwärtig zu einer genauen Absprache zu kommen. Diese Frage erfordere eine Untersuchung. Nach seiner, Churchills, Meinung, eigne sich eine solche Frage eher für die Behandlung auf einer Friedenskonferenz.

Roosevelt erklärt, wie ihm scheine, habe Marschall Stalin keine Antwort auf die Frage erhalten, ob wir Deutschland aufgliedern werden oder nicht. Er, Roosevelt, sei der Meinung, man müsse diese Frage jetzt prinzipiell entscheiden, die Einzelheiten könne man auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Stalin bemerkt, das sei richtig.

Roosevelt fährt fort: ... Roosevelt glaube, es wäre gut, den Deutschen die Kapitulationsbedingungen bekanntzugeben und ihnen außerdem zu erklären, daß Deutschland aufgegliedert wird. ... In wieviel Teile? In 6 bis 7 oder weniger? Roosevelt könne sich nicht entschließen, etwas Bestimmtes in dieser Hinsicht zu äußern. Diese Frage müsse man prüfen. Es sei jedoch erforderlich, sich schon hier, auf der Krim, darüber zu einigen, ob wir den Deutschen mitteilen, daß Deutschland aufgegliedert wird.

Churchill erklärt, seiner Meinung nach sei es nicht erforderlich, die Deutschen über die Politik zu informieren, die in Zukunft gegenüber ihrem Lande zur Anwendung kommen wird....

Roosevelt erklärt, der Premier trage das Element der Zeit in diese Frage hinein. Wenn man die Frage der Aufgliederung öffentlich behandeln würde, dann würden Hunderte von Plänen vorgeschlagen werden. Deshalb schlage er, Roosevelt, vor, die drei Außenminister sollten innerhalb von 24 Stunden ein Verfahrensschema für das Studium der Aufgliederung Deutschlands vorbereiten, und dann könne man im Verlaufe von 30 Tagen einen detaillierten Plan für die Aufgliederung Deutschlands zusammenstellen.

Churchill erklärt, die britische Regierung sei bereit, den Grundsatz der Aufgliederung Deutschlands anzunehmen und einen Ausschuß für die Prüfung des Aufgliederungsverfahrens zu bilden.

Stalin sagt, er habe diese Frage deshalb gestellt, damit klar sei, was wir wollen...

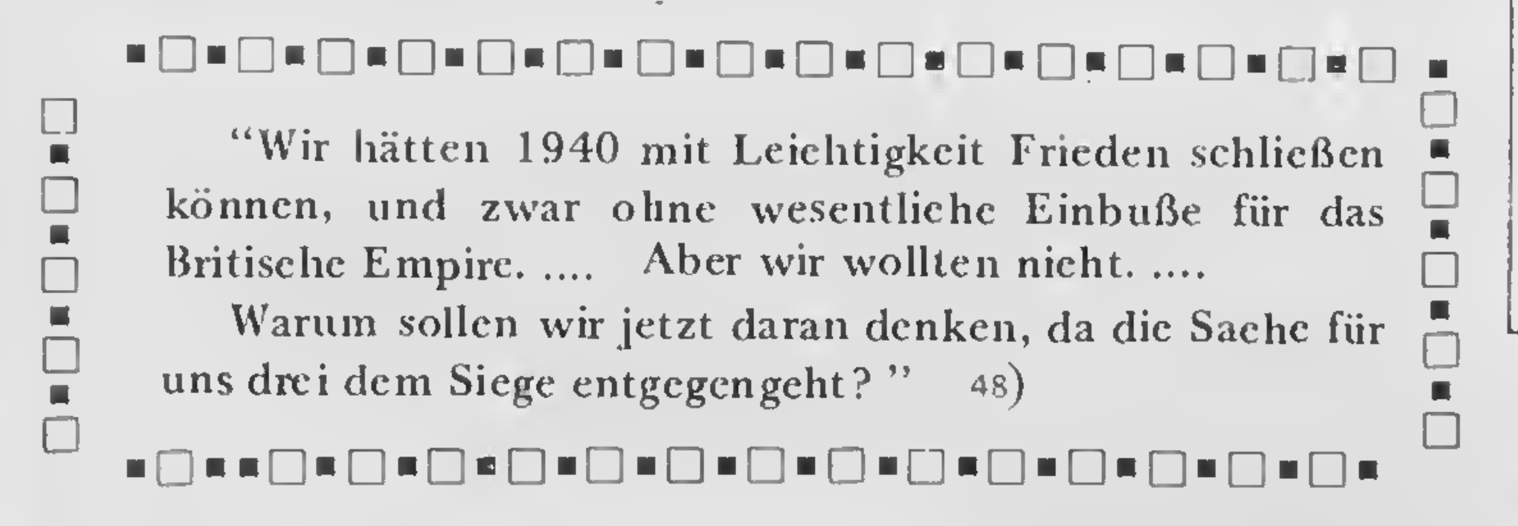
Der Präsident sagte dann, daß die Frage der französischen Zone noch zu entscheiden bleibe. Er sagte, er habe Marschall Stalin so verstanden, daß die Franzosen definitiv nicht wünschten, das ganze deutsche Gebiet bis zum Rhein zu annektieren.

Stalin erwiderte, daß das nicht der Fall sei, da es die Franzosen während des Besuches General de Gaulles völlig klargemacht hätten, daß sie beabsichtigten, das Gebiet bis zum Rhein dauernd zu annektieren...

Churchill erwiderte, er glaube, daß nach seiner Meinung die ganze Frage die zukünftige Rolle Frankreichs in Europa aufwerfe, und daß er persönlich der Ansicht sei, Frankreich solle eine sehr bedeutende Rolle spielen. Er legt dar, daß Frankreich eine lange Erfahrung in der Behandlung der Deutschen gehabt habe, daß es die größte Seemacht sei und bei der Verwaltung Deutschlands eine große Hilfe sein könnte. Großbritannien wünsche nicht, in Zukunft die ganze Last eines deutschen Angriffs zu tragen und deshalb würden sie Frankreich gern stark und im Besitz einer großen Armee sehen...

Roosevelt erwiderte, er glaube nicht, daß die amerikanischen Truppen länger als zwei Jahre in Europa bleiben würden..." 47)

Jeder der alliierten Partner wußte genau, was der einzelne vorhatte und wie die Vorgeschichte ihrer Bündnisse aussah. Neben Presseverlautbarungen, öffentlichen und vertraulichen Äußerungen der Politiker und ihrer Diplomaten sowie vertraglichen Absprachen war auch der Briefwechsel der "Großen" aufschlußreich. So hatte Churchill seinem Moskauer Bundesgenossen am 24.1.1944 in aller Deutlichkeit geschrieben:



"Wir hätten 1940 mit Leichtigkeit Frieden schließen können, und zwar ohne wesentliche Einbuße für das Britische Empire. .... Aber wir wollten nicht. ....

Warum sollen wir jetzt daran denken, da die Sache für uns drei dem Siege entgegengeht?" 48)

Wer also wollte den Krieg? Deutschland oder England?

Die Zielsetzung dieses Mannes war für Stalin schon im März 1939 — ein halbes Jahr vor Kriegsausbruch klar erkennbar, freilich auch jene seiner Hintermänner wie des Präsidenten der USA Franklin Delano Roosevelt:

"Nunmehr vorwärts zu schreiten" und es nicht mit der Garantie an Polen bewenden zu lassen, die "zum Niedermetzeln von Millionen von Menschen führen mußte".

Mit Hilfe des von ihm entfesselten zivilen Bombenkrieges und der offen zugegebenen Motivierung, die deutsche Arbeiterschaft und ihre Familien zu liquidieren, "möglichst viele Deutsche zu töten" war dem Bundesgenossen Stalin bereits ein ganzes Jahr vor Beginn des Rußlandfeldzuges — nämlich schon im Jahre 1940 — "demonstriert" worden, wie ernst es ihm mit seinem

47) A. Fischer, "Teheran, Jalta, Potsdam — die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der 'Großen Drei' ", Köln 1968, S. 84 - 87 + 107 - 113.

48) W. Churchill an Stalin vom 24.1.1944. — Schriftwechsel aaO. russ. Bd. I., S. 189.

Roumania
Russia 90%
The others 10%

Greece G. Britain (in accord with U.S.A.) 90%
Russia 10%

Yugoslavia 50/50%

Hungary 50/50%

Bulgaria Russia 75%
The others 25%

Mit willkürlichen Prozentzahlen auf einem Schmierzettel wurde Europa geteilt. USA-Präsident F.D. Roosevelt legte gemeinsam mit Winston Churchill für Großbritannien in Jalta im Februar 1945 diesen Schmierzettel auf den Tisch. Stalin hakte nur ab (siehe oben rechts) und kümmerte sich weiter gar nicht darum. Er kassierte diese genannten Länder alle zu "100%", und die beiden westlichen "Streiter für die Menschenrechte" protestierten nicht einmal!. -- "Die Jalta Dokumente", Göttingen 1956, S. 164, Churchill am 7.2.1945

Wunschziel war, Deutschland zu vernichten. Stalin brauchte nicht auf Vansittart oder Nathan Kaufman oder andere Vertreter der dritten angelsächsischen Garnitur zurückzugreifen, — die Spitzenführer aus London und Washington zeichneten für diese Richtlinien mit persönlicher Unterschrift verantwortlich. So Churchill in Jalta im Februar 1945, unmittelbar vor Kriegsende:

"Da ist dann noch das Problem, wie sie (die Deutschen) in Deutschland zu behandeln sind. Wir haben sechs oder sieben Millionen getötet und werden wahrscheinlich noch eine Million töten, bevor der Krieg aus ist.

Stalin: 'Eine oder zwei? '

Churchill: 'Oh ich habe nicht die Absicht, dies irgendwie zu begrenzen.' "

Polens Grenzen nach Westen "zu verschieben" (Churchill in Jalta: "Wir haben immer die Westverschiebung der polnischen Grenzen auf Kosten Deutschlands unterstützt"),

die Deutschen aus ihrer ostdeutschen Heimat zu vertreiben (Churchill in Jalta: "Die Vertreibung der Deutschen ist eine der befriedigendsten Maßnahmen") und schließlich

Deutschland zu zerstückeln, wobei "man über die Zergliederung Deutschlands nur untereinander, nicht aber mit den Deutschen reden werde". Wie man sich darüber einig würde? Nun, — so Churchill in Jalta:

"Die Alliierten brauchten Deutschland nur entsprechend den Zonen zu besetzen."

Auch der amerikanische Bundesgenosse war nach Stalins Geschmack, äußerte doch Roosevelt gegenüber jedem, der es hören wollte, daß es "ein großer Fehler wäre, eine öffentliche Diskussion über die Zergliederung Deutschlands abzuhalten",

wichtig sei hingegen,

"solange in Deutschland das Wort 'Reich' als Ausdruck der nationalen Einheit besteht, ... müssen wir das Wort 'Reich' und alles, was es heute bedeutet, zu eliminieren suchen."

Stalin brauchte dem kaum etwas hinzuzufügen.

Inzwischen regelte das "Londoner Abkommen" vom 14.11.1944 über die Kontrolleinrichtungen in Deutschland die Art des gemeinsam gebilligten Vorgehens: Jede Regierung möge in ihrer Besatzungszone "die oberste Gewalt ausüben" und somit frei nach Gutdünken schalten und walten. Wörtlich heißt es dort in der ergänzenden Fassung vom 1. Mai 1945 nach Beitritt der Französischen Republik:

"Die oberste Gewalt in Deutschland wird auf Weisung ihrer jeweiligen Regierungen von den Oberbefehlshabern der militärischen Streitkräfte der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik ausgeübt. ..." (Art. 1)

Auch in der Satzung der UNO — § 53 und § 107, den sogenannten "Feindstaatenklauseln" — wurde "völkerrechtlich verbrieft", daß alle Maßnahmen irgendeines Signatars dieser Satzung gegenüber den "Feinden der Vereinten Nationen" unanfechtbar "rechtens" seien. Auch hiermit haben die "Großen Zwei" (Großbritannien und die USA) — ja, wenn man so will, alle Mitglieder der Vereinten Nationen — die Vertreibung von ca 18 Millionen Deutschen aus ihrer ostdeutschen und osteuropäischen Heimat unter Inkaufnahme von 3,28 Millionen Ermordeten und Umgekommenen sowie die Etablierung eines kommunistischen Staatswesens in Osteuropa inclusive der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands als "rechtens" anerkannt und damit die Zerstückelung Deutschlands als ihrer Verantwortung zufallend bescheinigt. Die Völker, weder die betroffenen, noch jene der "Großen Zwei" sind nie darüber befragt worden. Ihre diktatorisch regierenden Präsidenten haben darüber im persönlichen Alleingang entschieden. Es waren die Regierungschefs der führenden westlichen "Demokratien"!

Ihr roter Bundesgenosse pflegte seine Völker ohnehin nicht zu befragen, doch das war längst weltbekannt.

Winston Churchill am 27. Februar 1945 im britischen Unterhaus:

"Wenn ich Rußlands Verlangen nach einer Besitzergreifung Ostpolens unterstütze, lehne ich ab und weise jede Vermutung zurück, daß wir uns zu einem Kuhhandel bereitgefunden hätten und uns dem Zwang oder einer Furcht gebeugt hätten. Ich bestätige dagegen aus voller Überzeugung die breite Richtigkeit einer Politik, in der sich die drei großen Verbündeten England, Amerika und Rußland zum ersten Male einig geworden sind. Darüber hinaus sind die drei Mächte jetzt übereingekommen, daß Polen wesentlichen Landzuwachs sowohl im Norden wie im Westen erhalten soll. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß die Aufgabe, die neue Grenzlinie zu halten, sich als zu schwierig für Polen erweisen oder eine neue deutsche Revanche heraufbeschwören wird oder, um die landläufige Phrase zu gebrauchen, die Saat für künftige Kriege enthält. Wir gedenken, weitaus drastischere und wirksamere Maßnahmen als nach dem ersten Weltkrieg zu ergreifen, weil wir jetzt mehr von diesem Geschäft verstehen und ein offensives Vorgehen von Seiten Deutschlands auf Generationen hin gänzlich unmöglich gemacht werden wird." 49)

Derselbe Mann ein Jahr später, inzwischen war er in der "Opposition", agitierte erneut nach dem Geschmack des Tages:

"Die rußlandhörige polnische Regierung hat sich ermutigen lassen, ungeheure und ungerechte Einbrüche in deutsches Land vorzunehmen, und Massenausweisungen von Millionen von Deutschen gehen eben vor sich in grauenhafter und unerwarteter Art." 49)

Millionen Menschen wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. . Wer so fliehen konnte, hatte noch "Glück".

49) Hans Grimm, "Erkenntnisse und Bekenntnisse", Göttingen 1956, S. 147 - 148.

Alles, was Würde und Wert der Menschen ausmacht, waren sie los: Obdach, Heimat, Recht, vielfach auch Familie, Gesundheit und Arbeit, von Freiheit gar nicht zu reden, von "Vermögen" auch nicht. – Deutschland, geteilt und zerstückelt im Jahre Null.

Das Protokoll von Potsdam

Mentalität, Zielvorstellungen und Verhandlungsniveau der "Großen Drei" hatten sich auf der Potsdamer Konferenz nicht gebessert. Mister Truman war ebenso unerfahren, wie sein inzwischen verstorbener Vorgänger Roosevelt; Churchills Position war geschwächt durch die in England anstehende Wahl, die schließlich auch zur Abwahl Churchills und seine Ersetzung durch Mister Attlee führte. So wurden in Potsdam auch weniger grundlegende Neuregelungen abgesprochen, als vielmehr inzwischen vollzogene Fakten unter Berufung auf vorangegangene Einigung sanktioniert und eine "endgültige Regelung" dieser Fakten einer zukünftigen Friedenskonferenz übertragen, die jedoch dann nie stattfinden sollte.

Das sowjetische Protokoll vermerkt für die siebente Vollsitzung vom 23. Juli 1945 u.a.:

"Truman: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die Frage der Übergabe des Gebietes von Königsberg in Ostpreußen an die Sowjetunion. Das sowjetische Dokument zu dieser Frage wurde gestern überreicht.

Stalin: Präsident Roosevelt und Herr Churchill haben bereits auf der Konferenz von Teheran ihr Einverständnis hierzu gegeben, diese Frage war zwischen uns abgestimmt. Wir möchten, daß diese Übereinkunft auf dieser Konferenz bestätigt wird.

Truman: Ich bin prinzipiell einverstanden. Ich bitte nur, mir die Möglichkeit zum Studium der Bedingungen zu geben, doch ich bin überzeugt, daß von unserer Seite keinerlei Einwände erhoben werden. Ich bin damit einverstanden, daß Rußland bestimmte Gebiete dieses Territoriums erhalten soll.

Stalin: Gut.

Churchill: Ich habe mich am 15. Dezember 1944 aus diesem Anlaß im Parlament geäußert. Ich legte dar, daß die britische Regierung mit dem sowjetischen Standpunkt sympathisiert. Die einzige Frage, die entsteht, ist die juristische Seite der Übergabe dieses Gebietes. Der sowjetische Entwurf, der hier vorgelegt wurde, fordert gleichsam, daß wir anerkennen, daß Ostpreußen nicht mehr existiert und daß das Königsberger Gebiet sich nicht mehr unter der Aufsicht des Alliierten Kontrollrates in Deutschland befindet. Was die britische Regierung betrifft, so unterstützen wir den Wunsch der Sowjetregierung, dieses Gebiet in den Bestand der Sowjetunion einzubeziehen. Das erkläre ich im Prinzip. Wir haben natürlich noch nicht die genaue Linie auf der Karte geprüft. Jedoch ich versichere die Sowjetregierung nochmals unserer ständigen Unterstützung für die russische Stellung in diesem Teil der Welt.

Stalin: Mehr schlagen wir auch nicht vor. Uns reicht es, wenn die amerikanische Regierung und die Regierung Großbritanniens diesen Vorschlag im Prinzip billigen.

Churchill: Einverstanden.

Truman: Einverstanden.

Churchill: Es ist eine kleine Änderung dieses Dokumentes erforderlich. Wenn es Teil des bei Konferenzende herauszugebenden Kommuniques sein soll, schlage ich eine mehr allgemein gehaltene Redaktion dieses Dokumentes vor.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Der nächste Punkt der Tagesordnung. ..." (ebenda S. 293 - 295)

So billigten Churchill und Truman die Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer Heimat und die Annektion von hunderttausenden Quadratkilometern zivilisierten Landes durch eine Staatsmacht, die Churchill noch fünf Jahre zuvor als die "schlimmste, zerstörerischste und degradierendste Tyrannei der menschlichen Geschichte", als "Sklaverei, die an die schlimmsten Zeiten des finsteren Mittelalters erinnert", bezeichnet hatte.

Und solche Leute maßten sich an, über "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zu richten, sich für ihre Militärtribunale gröblicher Rechtsbeugungen und Dokumentenfälschungen und verlogener Propaganda zu bedienen!

c) Wesentliche Schritte zur Durchsetzung dieser Absicht sind die Ausschaltung von Nazismus und Militarismus in allen ihren Formen, die sofortige Ergreifung von Kriegsverbrechern zum Zweck der Bestrafung, die industrielle Entwaffnung und Demilitarisierung Deutschlands mit fortdauernder Kontrolle über Deutschlands Fähigkeit zur Kriegführung und die Vorbereitung für einen späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf einer demokratischen Grundlage..."

Die Einigkeit über die Zielsetzung gegen Deutschland unter den Siegern überdauerte Deutschlands Niederlage und Zerstückelung. Die zur "Rechtfertigung" dieser Absichten verwandten Vokabeln über die "deutsche Schuld" und "die deutschen Verbrechen" blieben Bestandteil und Grundlage jeder Erörterung. Ehrliche und sachgerechte Diskussionen über diese propagandistisch zu apodiktischen Dogmen aufgeputzten und mit immer neuen Lügen oder auch nur einseitig diffamierenden Darstellungen angereicherte Optik blieben kraft Einsatz aller verfügbaren Machtmittel unterbunden.

Weiterhin einig in der

Besetzung des besiegten Landes

Im Befehl Nr. 2 hatte die Sowjetische Militäradministration am 10. Juni 1945 angeordnet:

"Auf dem Territorium der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen."

Daß unter "Demokratie", "bürgerlichen Freiheiten" usw. nur Betätigung im kommunistischen Sinne und damit restlose Ausmerzung jeglicher geistigen, juristischen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen, publizistischen Eigenregung der deutschen Bevölkerung zu verstehen ist, lag auf der Hand.

Die westliche Besatzungspolitik ging aus der Weisung der Vereinten Stabschefs an General Eisenhower vom April 1945 (JCS 1067) hervor. Teil 1, Punkt 4 lautete:

"Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland:

a) Es sollte den Deutschen beigebracht werden, daß Deutschlands skrupellose Kriegführung aus dem Geist des fanatischen Nazi-Widerstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat und daß die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht entrinnen können für das, was sie selbst über sich gebracht haben,

b) Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. Der Zweck ist nicht Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands erfolgt zum Zweck der Durchsetzung gewisser alliierter Ziele. ....

So 28. Nov. 1982 Am Abend

1. Advent

1. ARD

20.00 Tagesschau

20.15 O Heiland, reiß die Himmel auf (WDR)
Zum 1. Advent singt der Domchor Münster unter Leitung von Hans-Gert Freimuth

20.20 Europa unterm Hakenkreuz (5) (SDR)
Städte und Stationen – 13teilige TV-Reihe – Heute: Rom – Der Duce und sein Führer – Film von Roman Brodmann – Sechster Teil am 5. Dezember

20.15 Chorleiter Freimuth, seine Sänger

O Heiland, reiß die Himmel auf

Das diesjährige Adventsingen kommt aus dem Dom zu Münster. Die Lieder heute: „O Heiland, reiß die Himmel auf" (Hans Bauernfeind); „Macht hoch die Tür" (Max Reger).

Europa unterm Hakenkreuz (5) 20.20

Faschismus in Italien

Diktatoren unter sich: Duce und Führer

Benito Mussolini setzte in Italien die nationalistische Kleinbürger-Revolution in Gang. Doch erst der Österreicher Hitler zeigte ihm, wie man Faschismus mit deutscher Gründlichkeit betreibt. Als aus dem großen Welteroberungsgeschrei während des Krieges bitterer Ernst wurde, sah sich der Duce auf die „Gnade" des Führers angewiesen.

Wie hemmungslos die "deutschen" Fernsehmediengestalter noch 1982 -- dazu am 1. Advent! -- vom "großen Welteroberungsgeschrei Hitlers" schwindeln!. Dabei wissen sie sehr genau, daß sich selbst ein "kleines Welteroberungsgeschrei" von Adolf Hitler nicht nachweisen läßt!

Wollen sie heute die Wiederverveinigung? -

die Wiederherstellung eines gleichberechtigten, souveränen Deutschen Reiches ?

Die Zielsetzung, Deutschland zu zerstückeln, ist identisch mit der ebenso leichtfertigen wie gewissenlosen Absicht, erst Teile der osteuropäischen Staatenwelt, schließlich ganz Osteuropa inclusive der deutschen Bevölkerung bis zur Elbe dem sowjetischen Herrschaftssystem auszuliefern. Die Schuld Roosevelts und Churchills an diesem Geschehen ist ungeheuerlich. Die tragischen, ja existenzgefährdenden Folgen für ihre eigenen Länder sind offensichtlich. Die 1945 vollzogenen Fakten waren von den nachfolgenden Präsidenten der USA und Premierministern in England nicht mehr zu ändern, obgleich ein Wandel in der Beurteilung dieser Machtumschichtung, ihrer Methoden und Auswirkungen in den westlichen Ländern zunehmend sichtbar geworden ist, was auch für die Beurteilung des deutschen Volkes in der Welt seine positiven Auswirkungen hatte.

Gerade dieser Wandel in der Beurteilung des deutschen Volkes draußen in der Welt ist aber wiederum ein untrügliches Zeichen dafür, daß in Wirklichkeit gar nicht stimmen kann, was man jahrzehntelang aus machtpolitischer Agitation und expansiver Zielsetzung diesem Volk an Verwerfungen unterstellt hat.

Für uns im Jahre 1984 ist die Frage wichtig, inwiefern dieser Auffassungswandel das Bestreben nach Wiedervereinigung Deutschlands und Zuerkennung der deutschen Ostgebiete zu Deutschland einschließt, und die "kleinen Nationen" überhaupt noch ein Mitspracherecht in ihren eigenen Angelegenheiten bei den Entscheidungen "der Großen" haben oder nicht.

Die westlichen Staatsmänner, die das Kriegsbündnis und die gemeinsame Kriegspolitik mit der Sowjetunion gutgeheißen haben, verantworten gleichermaßen ihre Fehler, ihr Versagen, ihre amoralische "Gleichgewichts"-, Imperial-, Expansions-, Vertreibungs-, Teilungs- und Zerstückelungspolitik sowie ihre Militärstrategie gegen Frauen und Kinder, ihre Mord-, Aushungerungs- und zumindest offiziös propagierten Sterilisierungspläne gegenüber dem deutschen Volk, ja, sie verantworten ebenso die ersten Atombombenabwürfe auf Japan und damit die nukleare Vernichtungsdimension in ihrer Militärstrategie.

Sie können diese Verantwortung weder den Deutschen noch den anderen osteuropäischen Völkern anlasten. Es bedarf zur Feststellung dieser Sachverhalte keiner einseitigen Prozesse, keiner meineidigen Zeugen, keiner gefälschten Dokumente, keiner Umerziehungsmethoden. Diese Tatbestände sind wirklich "offenkundig"!

Ihre Politik bleibt solange unglaubwürdig, wie sie sich nicht zur Sachlichkeit in bezug auf die Lebensrechte der osteuropäischen Völker, insbesondere auch des deutschen Volkes durchringen und wie sie für die deutsche Vergangenheit bzw. für das deutsche Volk nicht die gleichen Wertmaßstäbe gelten lassen, wie für sich selbst.

Eine glaubwürdige Änderung ihrer politischen Konzeption setzt voraus:

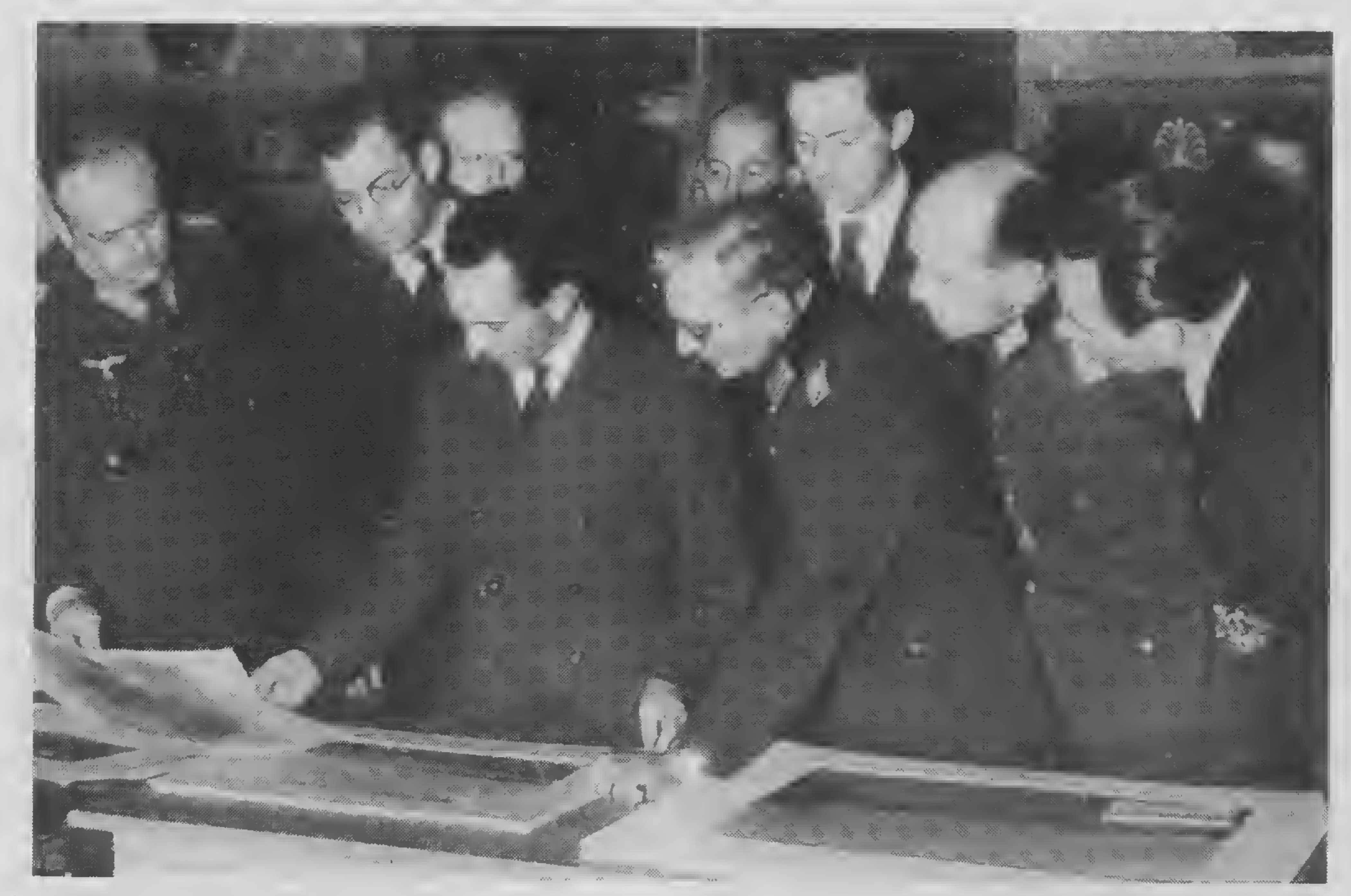
a) das Eingeständnis ihrer Fehler und "Schuld", wo es sachlich geboten ist, — in der Kriegsschuld- und Kriegsverbrechensfrage vornehmlich,

b) eine Rehabilitierung des besiegten Gegners, wo sie sachlich geboten ist, somit zunächst im Gesamtkomplex der "Kriegsverbrecher"-Terminologie und -Rechtsetzung.

c) ein überzeugendes Bemühen um die Wiederherstellung eines Rechtsfriedens und einer gleichberechtigten Behandlung des besiegten Volkes. Hierunter fällt sowohl das Bemühen um ein international wirklich sachgerechtes Recht, was naturgemäß die Rückgabe der geraubten deutschen Ostgebiete einschließt.

Keine der Siegermächte hat seit 1945 diese Gesinnungsänderung gegenüber dem deutschen Volk wirksam zu machen versucht. Auffassungsänderungen beziehen sich lediglich auf eine opportune Zweckpolitik, die zwar bemüht ist, das Wirtschafts-, und Wehrpotential des unter ihrem Machteinfluß befindlichen Teilstück-Deutschland für die eigene Machtsicherung optimal zu nutzen und unter Kontrolle zu halten, nicht aber die souveräne Rechtsposition eines Gesamtdeutschland wiederherzustellen.

Wenn auch das "Gleichgewicht des Schreckens", das das Ergebnis ihrer "friedliebenden" und "menschheitsbeglückenden", "den Frieden sicherer machenden" Politk des Zweiten Weltkrieges ist, territoriale Änderungen im Sinne einer Rückgabe der deutschen Ostgebiete realiter zu vereiteln scheint, und eine solche Rückgabe um den Preis einer "Auslösung dieses Schreckens" nicht erstrebenswert ist, so fehlt jedoch bis heute selbst jedes offizielle Bemühen um eine ehrliche und wahrheitsgemäße Zeitgeschichtsanalyse in bezug auf Deutschland. Die Gefahren hingegen, die sich daraus ergeben, weiterhin mit egoistischer Dialektik (Parteilichkeit) Weltpolitik betreiben zu wollen, sind zwischenzeitlich menschheitsbedrohend gefährlich geworden!



Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Joseph Goebbels beim Betrachten von Kriegszeichnungen. Links außen im Bild Generalmajor Hasso von Wedel, Chef der deutschen Propagandatruppen, links neben Dr. Goebbels (im Bild rechts) Hauptmann d. R. Prof. Adam, hinter diesem Staatssekretär Dr. Werner Naumann.

Staatssekretär a.D. Dr. Werner Naumann in einem Interview am 1.5.1982 zur Propagandaarbeit von Dr. Joseph Goebbels:

"Dr. Goebbels gilt als Meister der Propaganda. ... Eine Propaganda, die mit Lügen arbeitet, kann nicht erfolgreich sein. ... Mit Lügen sind vielleicht Augenblickserfolge zu erreichen, aber keine Dauerwirkung, keine 6 Jahre Krieg zu überstehen. Daher lautete Dr. Goebbels Propagandamaxime Nr. 1: 'Was wir der Bevölkerung mitteilen, muß stimmen. Wir wollen ihr Vertrauen. Falschmeldungen stören dieses Vertrauen.' Ein Propagandist ist nicht gezwungen, alles zu sagen, was er weiß. Die Staatsraison erfordert, daß wichtige Dinge geheim bleiben. Dafür hat – zumal im Krieg – jedermann Verständnis. Ich kann deshalb Tatbestände verheimlichen oder nur zum Teil über sie berichten; ich darf auswählen, was für eine Veröffentlichung geeignet ist oder nicht; ich kann eine Nachricht ausführlich oder gekürzt bekanntgeben; das alles ist mir überlassen. Was ich aber sage, das muß der Wahrheit entsprechen, sonst ist – wie gesagt – alle meine Arbeit vergebens! ...

Interviewer: Trotzdem wird heute von Dr. Goebbels als dem 'Meister der Lüge' gesprochen.

Dr. Werner Naumann: Er hat den Krieg verloren, und es ist das Schicksal des Besiegten, sich nicht mehr wehren zu können; der Sieger hat immer recht. Es kommt aber ein wichtiges Argument hinzu: Das eigene Volk vertraute sehr lange der von Dr. Goebbels verkündeten Siegeszuversicht. ... Eine erfolgreiche Binnenpropaganda vor dem Hintergrund von Stalingrad und der Zerstörung der Städte durch den Luftterror war nur deshalb möglich, weil die feindlichen Handlungen genau die Richtigkeit unserer Propaganda zu bestätigen schienen. Die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation auch vor den Sowjets, die Beschlüsse von Jalta und Teheran, die Morgenthau- und Kaufmann-Pläne, kurz: die geplante Zerstörung des Reiches sowie das sinnlose Morden der Zivilbevölkerung durch die alliierten Bomber bewiesen besser als jede eigene propagandistische Meisterleistung, daß ein Entrinnen, ein Entkommen aus dieser Verdammnis für das deutsche Volk nur durch den eigenen Sieg möglich ist. Die 'überzogene sogenannte antibolschewistische Angst- und Dämonisierungspropaganda' bestand darin, daß Dr. Goebbels die Zustände an der Ostfront völlig realistisch schildern ließ. ... Die damals oft schwache Moral der Truppe wurde mit diesen Meldungen aber mehr belastet als gut war. So wurden nicht Zorn, sondern Angst produziert. Verheimlicht werden konnte aber nicht, was z.B. in Nemmersdorf in Ostpreußen und im Osten im Herbst 1944 geschah. Ganz Deutschland sprach darüber. ... Die Heimat fiel der Front nicht in den Rücken. Die deutsche Rüstungsproduktion erreichte Ende 1944 ihren höchsten Ausstoß. Und man stelle sich vor, unter welchen Bedingungen damals gearbeitet werden mußte." [9]

---

9) Ortwin Buchbender / Horst Schuh, "Die Waffe, die auf die Seele zielt – Psychologische Kriegführung 1939 - 1945", Stuttgart 1983, S. 187 - 188.

Größenvergleiche für das Jahr 1939, die die Machtverteilung in der Welt deutlich machen und real einschätzen lassen, wer welchen Zielvorstellungen bereits Jahrzehnte vor der Zweiten Weltkriegskatastrophe nachgehen konnte und nachgegangen ist.

Sowjetunion

1/6 Landmasse der Welt mit 22,4 Mill. qkm; Herrschaftsform: Diktatur bei Enteignung der gesamten 258 Millionen-Bevölkerung; politische Zielsetzung: Erringung der Weltherrschaft für den Bolschewismus; erst nach Erringung dieses Zieles sei der Weltfriede möglich.

Großbritannien

Britische Inseln mit 46 Millionen Einwohnern und 244.044 qkm; Empirebesitz und Herrschaft über 40 Millionen qkm sowie Beherrschung der internationalen Seewege; = 1/4 der Welt.

Frankreich

37 Millionen Franzosen beherrschten und regierten einen Komplex von cirka 10 Millionen qkm; auch Frankreich war Kolonial- und Weltmacht; europäisches Territorium = 547.026 qkm.

Vereinigte Staaten von Amerika

9,363 Millionen qkm mit 216 Millionen Einwohnern; außerdem weitreichenden, gesicherten Führungseinfluß im pazifischen, mittel- und südamerikanischen Raum, sowie wirtschaftlichen Einfluß auf Frankreich und Großbritannien bis hin zur Beeinflussung der Politik in Paris und London, wie sich aus den diplomatischen Vorkriegs- und Kriegs-dokumenten ergeben hat.

Deutsches Reich 1914

540.858 qkm Land ohne Kolonien

Deutsches Reich 1919

470.700 qkm Land. Dem Deutschen Reich geraubtes deutsches Siedlungsgebiet im Osten, Westen und Norden = rund 70.000 qkm.

Großdeutsches Reich 1939

Rund 600.000 qkm; davon Österreich 83.800 qkm, Sudetenland = ca 21.000 qkm, Memelland = 2.417 qkm. Der Zuwachs gegenüber 1914 erklärt sich lediglich daraus, daß das deutsche Österreich vor 1914 als "Österreichisch-Ungarische Monarchie" souveräne Großmacht gewesen war, die jedoch 1918 zerschlagen wurde.

Deutsche Territorien nach 1945

Bundesrepublik Deutschland = 247.973 qkm
"DDR" = 107.897 qkm
Geraubte deutsche Ostgebiete (ohne die Verluste von 1918/1919, also auch ohne Österreich, Sudetenland und Memelgebiet) = 114.300 qkm.

Mit Karikaturen wie diesen ließ sich die Welt leicht von den eigentlichen Zielsetzungen ablenken. Ganz einfach: "Hitler ist an allem schuld". "Los Angeles Times" 1944: "Der Hexen Gebräu", womit der geistige Entwicklungsstand des Mittelalters wieder nachvollzogen wurde.

Grundgesetz Art. 5

"(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Art. 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden."

Wissenschaftliche Schriftenreihe "Historische Tatsachen"

Jedes Heft 40 Seiten, ill, DM 5,--

Nr. 1 Richard Harwood ~~Starben [illegible]n sechs Millionen?~~

— seit 1975 frei verkäuflich gewesen. Mit Landgerichtsbeschluß Kleve vom 3.4.1980 (AZ 1 Qs 26/80) bestätigt, daß kein strafbarer Inhalt vorliegt; wurde 1983 kraft neuer Rechtsprechung aus dem Verkehr gezogen. Seit der Bundesgerichtshofentscheidung vom 18.9.1979 (AZ: VI ZR 140/78) (Wortlaut in "Historische Tatsachen" Nr. 7, S. 29) sind bestimmte Zweifel nicht mehr vom "Recht auf freie Meinung gedeckt". — Seit der Bundesgerichtshofentscheidung vom 26.1.1983 (AZ: 3 StR 414/82 (S) — betreffend das Buch von Dr. Wilhelm Stäglich, "Der Auschwitz-Mythos, Legende oder Wirklichkeit?") "schließt der Eintritt der Strafverfolgungsverjährung gegenüber dem Täter die Sicherungszwecken dienende Einziehung von Schriften und die daran anknüpfende Unbrauchbarmachung im selbständigen Verfahren nicht aus". — Der Verleger wurde seitens der Staatsanwaltschaft mehrfach schriftlich aufgefordert, das letzte (Beleg-) Exemplar zwecks Vernichtung herauszugeben.

Nr. 2 Die Methoden der Umerziehung von Udo Walendy

Nr. 3 Der Nürnberger Prozeß von Richard Harwood

Nr. 4 Der Verrat an Osteuropa von Udo Walendy

~~[illegible]~~

Nr. 6 Realitäten im Dritten Reich von Hans Kehrl

Nr. 7 Der moderne Index von Udo Walendy

Nr. 8 Zum Untergang des Dritten Reiches von Hans Kehrl

Nr. 9 Holocaust nun unterirdisch? von Udo Walendy

Nr. 10 Deutsch-israelische Fakten von Udo Walendy

Nr. 11 Deutsches Schicksal Westpreußen von Udo Walendy

Nr. 12 Das Recht, in dem wir leben von Udo Walendy

Nr. 13 Behörden contra Historiker von Udo Walendy

Nr. 14 Moskau 1940 kriegsentschlossen von Udo Walendy

Nr. 15 Kenntnismängel der Alliierten von Udo Walendy

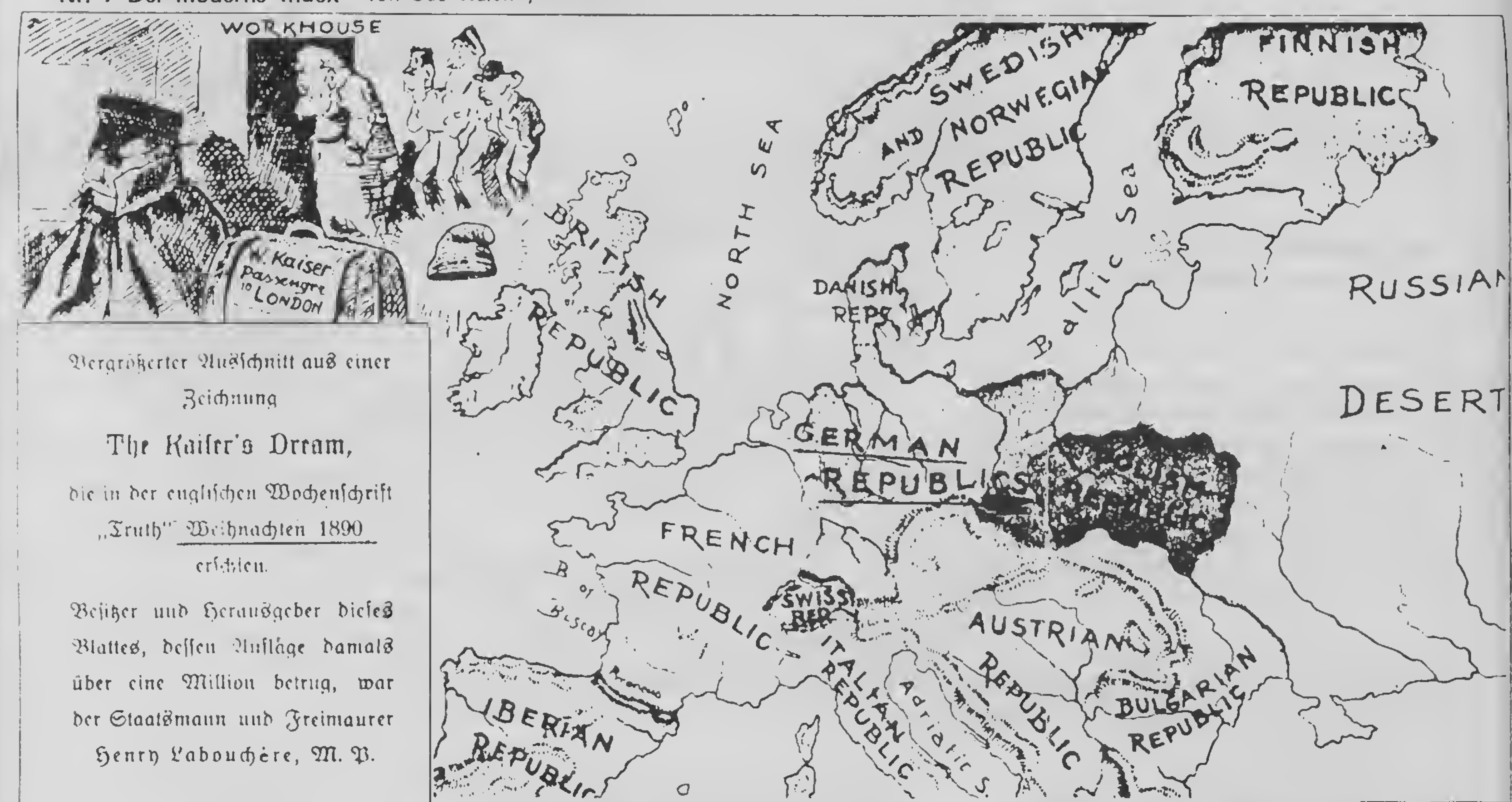
— Am 25.7.1983 "wegen Leugnung feststehender Tatsachen" ohne sachgerechte Auseinandersetzung mit dem Inhalt beschlagnahmt. Ein Prozeß zwecks "Einziehung im objektiven Verfahren" ist gegenwärtig anhängig. Wie gesagt, es handelt sich um eine wissenschaftliche Schriftenreihe, bei der jedes Heft vor Drucklegung juristisch dahingehend geprüft worden war, daß keine Verstöße gegen Strafgesetze vorliegen. Der Staatsanwalt hat nicht einen einzigen Satz dieses Heftes als sachlich falsch bezeichnet oder gar nachgewiesen.

Nr. 16 Einsatzgruppen im Verbande des Heeres, 1. Teil

Nr. 17 Einsatzgruppen im Verbande des Heeres, 2. Teil

Nr. 18 Adolf Eichmann und die "Skelettsammlung des Ahnenerbe e.V."

Nr. 19 Die Einheit Deutschlands Nr. 16 - 19 von Udo Walendy



Vergrößerter Ausschnitt aus einer Zeichnung **The Kaiser's Dream,** die in der englischen Wochenschrift „Truth" Weihnachten 1890 erschien.

Besitzer und Herausgeber dieses Blattes, dessen Auflage damals über eine Million betrug, war der Staatsmann und Freimaurer Henry Labouchère, M. P.

War die Veränderung der europäischen Staatsgrenzen und die republikanische Ordnungsvorstellung für die europäischen Völker auch kein Traum des Deutschen Kaisers Wilhelm II, so doch sicherlich ein frühzeitiger Wunschtraum Anderer, deren Horizont freilich bei der Grenze Rußlands bereits endete.